



13. Juli 1925

## EDUARD BERNSTEIN · ZUM GEDENKEN EDMUND FISCHERS



EDMUND Fischers Tod hat die deutsche Sozialdemokratie eines Mitreiters beraubt, der sich durch ungewöhnliche Leistungen Anspruch darauf erworben hat noch lang in ihrem Gedächtnis fortzuleben. Man kann von ihm sagen, daß er, an den dazu geeigneten Posten gestellt, als Praktiker das bewahrheitet hat, was er in den Diskussionen der Partei über die Fragen ihrer Politik und Arbeitsmethode lange Jahre in Wort und Schrift verfochten hatte.

Die Leser der Sozialistischen Monatshefte kennen Edmund Fischer als einen der entschiedensten und radikalsten Verfechter derjenigen Richtung in der Sozialdemokratie, für die seinerzeit der Sammelname Revisionisten gebildet worden ist, und deren Kampf in der Partei sich vornehmlich gegen die Auffassung von einem, in naher Zeit bevorstehenden katastrophalen Zusammenbruch der bürgerlichen Gesellschaft und eine von der Spekulation auf diesen bestimmte Politik richtete. Schon der erste Artikel Fischers in dieser Zeitschrift war ein Kampfsartikel gegen Pläne, die von solcher Spekulation ausgingen. Er steht im 1. Band des Jahrgangs 1904 und ist überschrieben Die neueste Revision unserer Theorie und Taktik. Es ist im Licht der Erfahrungen, die seit jener Zeit gemacht worden sind, von Interesse einige der damaligen Aussprüche Fischers, die programmatischen Charakter tragen, uns neu zu vergegenwärtigen.

Zu Anfang erklärt Fischer, sein Standpunkt in der Streikfrage decke sich mit dem des holländischen Sozialdemokraten Willem Hubert Vliegen, der gegen den Plan den Sozialismus vermittelt des Generalstreiks zum Sieg zu führen in der Neuen Zeit geschrieben hatte:

»Der Sieg des Sozialismus ist ein *ökonomischer Entwicklungsprozeß*, auf den Regierungen in großen, entscheidenden Augenblicken *einigen*, aber nicht *großen*, fördernden oder hemmenden Einfluß üben können. Der Generalstreik kann nichts anderes bewirken als für einige Zeit das ökonomische Leben zerstören. Der Sozialismus kann von einer Störung des ökonomischen Lebens nur *geschädigt* werden.« Das sei, heißt es bei Fischer weiter, »*durchaus marxistisch gedacht*«. Der Gedanke, daß wir zurzeit oder in den nächsten Jahren oder überhaupt in einer Periode durchweg kapitalistischer Produktionsweise durch einen Gewaltstreik »die politische Macht ergreifen und dann die sozialistische Produktionsweise nur so "einführen" könnten«, verstoße »gegen alle Lehren der Geschichte, gegen die Lehren von Marx und Engels und auch gegen die

Regeln der Vernunft«. Der Meinung sei auch Kautsky früher gewesen. Und gegen einige Zugeständnisse, die Kautsky damals den Anwälten eines Hinarbeitens auf die Ergreifung der politischen Macht durch einen Gewaltstreich machen zu müssen glaubte, führt Edmund Fischer eine Reihe von Satzstücken aus früheren Abhandlungen Kautskys an, die dartun, daß politische Umwälzungen nur dort soziale Revolutionen im vollen Sinn des Wortes zur Folge gehabt haben, wo die Ansätze zu solchen schon vorher bis zu einer gewissen Höhe entwickelt waren,

Kautsky hatte in der Tat im Jahrgang 1879-1880 des Richter-(Höchberg-)schen Jahrbuchs für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik geschrieben:

»Als die Bourgeoisie im Jahre 1789 in Frankreich zur Herrschaft kam, baute sie weder ihren Staat noch ihre Gesellschaft nach bloßen Prinzipien auf: Fast sämtliche Einrichtungen, von denen man glaubt, daß sie damals neu geschaffen wurden, sind in ihren Ansätzen schon vor der Revolution vorhanden gewesen. Die Bourgeoisie hat sie bloß weiter entwickelt...«

Auf diese Tatsache, für die die Geschichte auf verschiedenen Blättern schlagende Bestätigungen geliefert hat, verweist Fischer als Beweis für die Unmöglichkeit des Gedankens beim damaligen Stand der wirtschaftlichen Entwicklung die Umwandlung der kapitalistischen in die sozialistische Produktion vermittelt der politischen Gewalt in Kürze bewirken zu können:

»Es ist klar: Der Gedanke die ganze privatkapitalistische Produktion, diesen ungeheuren Mechanismus, der aus Hunderttausenden und Millionen von Rädern und Rädchen besteht, die sich im Verlaufe von einem halben Jahrtausend ineinandergefügt haben, in wenigen Tagen, Monaten oder Jahren "übernehmen" und neuorganisieren zu wollen: der grenzt nicht an Wahnsinn, das ist Wahnsinn.«

Fischer erläuterte das durch Hinweise auf Erfahrungen der Praxis und beantwortet dann die Frage, wie denn die Gegner jener Spekulation auf die Revolutionsgewalt zum sozialistischen Endziel zu kommen gedenken, mit dieser Parole: Weiterschreiten auf dem Weg, auf dem die Partei sich seither bewegt hat; fortfahren die Köpfe zu revolutionieren; mit den Organisationen der Arbeiter und durch die Tätigkeit in den Parlamenten Verkürzung der Arbeitszeit und Erhöhung der Löhne erwirken; den mit der Vermehrung der Anhänger wachsenden Einfluß der Partei in Staat und Gemeinde geltend machen, um alle Hindernisse der Entwicklung zu beseitigen, die genossenschaftliche, kommunale und staatliche Produktion zu fördern und sie in gesunde Bahnen zu lenken. Auf diese Weise mehre sich schrittweise die politische Macht und Schaffungsmöglichkeit der Sozialdemokratie. Gewiß könne ihr ein elementares Ereignis in nicht gar so ferner Zeit einmal die politische Macht in die Hände spielen. Aber an der Produktionsweise würde sie zunächst und gewaltsam gar nichts ändern.

Eine Gedankenreihe, die zur notwendigen Folgerung das Eintreten für eine konsequent festgehaltene systematische Reformpolitik haben mußte. Und sozialistischer Reformist ist Edmund Fischer denn auch die ganzen Jahre über gewesen, die seitdem verflossen sind. Einer der fleißigsten Mitarbeiter der Sozialistischen Monatshefte, hat er immer wieder Anlaß genommen die Geister von der Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit eines solchen "Reformismus" zu überzeugen. Und wo seine Aufsätze Fragen des politischen Kampfes behandeln, da zeigen sie, wie sehr diejenigen im Irrtum waren, die Reformismus für gleichbedeutend hielten mit Opportunismus im Sinn schwächerer Rechnungsträgerei. So scharf er dagegen ankämpfte die Köpfe durch Ausmalung phantastischer Revolutionsmöglichkeiten für eine

Denkweise zu bearbeiten, die nur auf einen neuen Utopismus hinauslaufen könne, so wenig ließ er sich durch seine feste Überzeugung vom unvermeidlichen Arbeiten der kapitalistischen Wirtschaft für den Sozialismus zum Predigen einer Politik sanftseligen Abwartens verleiten, hörte er auf als Sozialist frohmütiger Kämpfer zu sein. Ihm war die von Marx und Engels ausgearbeitete soziale Entwicklungstheorie, an der er festhielt, und auf die er sich im Kampf gegen alle soziale Phantastik berief, zugleich die Waffe zur Abwehr jedes Verfalls in mutlosen Pessimismus. Gern nahm er in seinen Artikeln von Vorgängen Kenntnis, die ihm festzustellen erlaubten, daß wir trotz allen Widerständen im Vormarsch auf dem Weg zum Sozialismus seien.

Einem so hoffnungsvolle Feststellungen vorführenden Artikel Edmund Fischers begegnen wir im 3. Band des Jahrgangs 1909 der Sozialistischen Monatshefte. Er ist überschrieben Das sozialistische Werden und zeigt an einer Reihe von Beispielen, wie zu jener Zeit, wo nur wenige Jahre zuvor die Sozialdemokratische Partei bei der Reichstagswahl die Hälfte ihrer Mandate verloren hatte, auf den verschiedensten Gebieten Fortschritte des Sozialismus verzeichnet werden konnten, daß, in Bestätigung der Marxschen Lehre und des Ausspruchs Wilhelm Liebknechts vom Hineinwachsen in den Sozialismus, sozialistisches Werden sich »vor unseren Augen« abspiele, »von uns wahrnehmbar« sei.

Der Artikel ist in mehrfacher Hinsicht interessant. Einmal durch die Art der Beweisführung und dann als der Vorläufer des großen Werkes, das Edmund Fischer 9 Jahre später, 4 Monate vor dem Zusammenbruch des kaiserlichen Systems in Deutschland, unter dem gleichen Titel veröffentlicht hat, und das dazu angetan ist seinen Namen noch lange unvergessen zu machen. Es hat auf eine eingehendere Würdigung Anspruch als sie in diesem Gedenkartikel möglich ist. Hier kann ich nur die Worte wiederholen, die ich ihm bei seinem Erscheinen in meiner Schrift Der Sozialismus einst und jetzt gewidmet habe:

»Man sagt kaum zu viel, wenn man diese bedeutende Arbeit als die *klassische Darstellung der Entwicklung der modernen Gesellschaft zum Sozialismus* hinstellt. Frei von aller doktrinären Beengtheit, aber mit warmem Empfinden für die sozialen Notwendigkeiten und klarer Einsicht in die Natur und Bedeutung der sozialen Triebkräfte unserer Zeit schildert Fischer an der Hand eines reichen Tatsachenmaterials in Kapiteln, von denen fast jedes auf den Rang einer Abhandlung Anspruch hat, überaus anschaulich, wie auf den wichtigsten Gebieten des sozialen Lebens der sozialistische Gedanke sich in unseren Tagen Schritt für Schritt größeren Einfluß erkämpft. Obwohl durchaus kein Gegner der theoretischen Betrachtung der Dinge, sucht Fischer in der Darstellung überall streng auf dem Boden der Wirklichkeit zu bleiben; er schreibt weniger über die Dinge als er sie zeigt, das heißt die Entwicklung vor den Augen des Lesers sich vollziehen läßt. So atmet das Buch, das noch vor der Novemberrevolution des Jahres 1918 herausgekommen ist, mehr *echte sozialistische Gewißheit* als die im Überschwenglichen sich ergebende sozialistische Literatur, die in unmittelbarem Anschluß an diese Revolution emporschoß.«

Die Revolution hat aber Fischer, der bis dahin fast nur als Agitator, Schriftsteller und Parlamentarier für den Sozialismus hatte tätig sein können, in die Lage gebracht praktisch Hervorragendes für das Werk der Vergesellschaftung zu leisten. Ende 1922 wurde er von der damaligen, überwiegend aus Vertretern der Sozialdemokratie zusammengesetzten Regierung des durch die Revolution in einen Freistaat umgewandelten ehemaligen Königreichs Sachsen an die Spitze der im Jahr 1919 von dieser Regierung ein-

gerichteten Landesstelle für Gemeinwirtschaft, als Nachfolger Max Schipfels, berufen. Was die Aufgaben und Rechte dieser Behörde sind, und was sie in den 5½ Jahren ihres Bestehens schon für die Förderung der Gemeinwirtschaft in Sachsen geleistet hat, finden die Leser der Sozialistischen Monatshefte in dem hier am 14. April 1925 veröffentlichten letzten Artikel Edmund Fischers dargelegt. Für den, der wußte, daß Fischer der Direktor dieser Anstalt war, was er im Artikel selbst bescheidenerweise unerwähnt ließ, verriet er, mit welcher Freude ihn gerade die Ausfüllung dieses Amtes beseelte, dessen Aufgaben er sich mit um so größerer innerer Genugtuung hingab, als er für sie bei seinen Mitarbeitern viel Verständnis und guten Willen feststellen konnte. Er hatte außer einem Wissenschaftlichen Hilfsarbeiter 24 ehrenamtliche Mitglieder neben sich, von denen nur der kleinere Teil der Sozialdemokratie angehört, die anderen sich auf alle sonstigen politischen Richtungen verteilen:

»Aber von einem gemeinwirtschaftlichen Wollen sind alle Mitglieder beseelt, und sei es auch nur für das spezielle Gebiet, auf dem sie sachverständig sind und arbeiten.« Ein Lob, von dem es schwerlich zu viel gesagt ist, daß es zu einem guten Teil auf den zurückfällt, der es ausgesprochen hat. Denn ein so harmonisches Wirken wäre nicht möglich gewesen, wenn die Persönlichkeit, der die Leitung der Anstalt übertragen war, nicht mit dem für sie erforderlichen wirtschaftspolitischen Weitblick auch die Fähigkeit verbunden hätte den ehrenamtlichen Mitgliedern das Arbeiten neben ihm zu einer Freude zu machen. Auf diese Weise ist in Sachsen, unbeeinflußt vom Lärm des Tages, ein so bedeutendes Stück Gemeinwirtschaft gefördert worden, daß dieser Freistaat heute mit seinen gemeinwirtschaftlichen Einrichtungen so ziemlich, wenn nicht schlechthin, über Deutschland hinaus an der Spitze marschieren dürfte. Und man versteht es, wenn Fischer bei der Feststellung des Erreichten sich gehobenen Gefühls zu der Erklärung berechtigt hielt, jedenfalls habe das sächsische Gemeinwirtschaftsamts in den 5½ Jahren seines Bestehens »gezeigt, daß, was und wie in Deutschland sozialisiert werden kann«.

Aber es war ein müder Mann, der das niederschrieb. Müde vor allem infolge von Überarbeit. Neben den Aufgaben des Direktors des Gemeinwirtschaftsamts oblag ihm noch das Amt des 2. Vorsitzenden der Dresdener Stadtverordnetenversammlung und die Redaktion der Sächsischen Gemeindezeitung, und schon vor mehr als Jahresfrist, im März 1924, schrieb er mir, daß jedes dieser 3 Ämter den ganzen Menschen beanspruche. Es war eben seine Art jeder Sache, die er in die Hand nahm, seine ganze verfügbare Kraft zu widmen, und so verbrauchte er, der über ein unerschöpfliches Arsenal geistiger Frische zu verfügen schien, von dem in ihm lodernden Feuer hingerissen, in diesen Ämtern doch mehr der Kraft als ihm auf die Dauer gegeben war. Dazu kam dann der seelische Druck, den die Entwicklung des unseligen sächsischen Parteistreits auf ihm ausübte. Es ist bekannt, daß dieser ihn in Gegensatz zu Mitgliedern der Partei gebracht hat, mit denen er sich in früheren Jahren bei den Auseinandersetzungen über Fragen der Theorie und Praxis Seite an Seite gefunden hatte. Darüber sprach er sich in jenem Brief an mich schon mit einiger Betrübniß aus, und wenn er auch hinzufügte, er gewöhne sich daran diese Dinge mit den Augen des Historikers zu betrachten, so scheinen doch einige Vorgänge der neuesten Zeit den physisch Ermüdeten stärker mitgenommen zu haben als er noch philosophisch hinzunehmen vermochte. In der Furcht geistiger Ermattung zu verfallen hat er seinem Leben selbst ein Ende gemacht.

Ob er sich die Gefahr nicht stärker ausgemalt hatte als sie wirklich war: wer will sich vermessen aus der Ferne darüber zu entscheiden? Aber wer ihn gekannt hat, der wird es verstehen, daß ihm der Gedanke jedenfalls unerträglich war. Er war aus den einfachsten Volksschichten hervorgegangen. Von Beruf ursprünglich Kunsthandwerker, hatte er sich zu einem politischen Schriftsteller von nicht gewöhnlicher kritischer Schärfe emporentwickelt. Von ihr legt gerade der von mir zitierte Artikel über die Gemeinwirtschaft in Sachsen Zeugnis ab. Er ist keineswegs nur Beschreibung, er ist auch in hohem Grad *Kritik*, und zwar sehr zeitgemäße Kritik. Nämlich Kritik der in der Sozialdemokratie noch sehr verbreiteten Behandlung des Problems der Sozialisierung. Ich habe es nicht für passend gehalten in diesem Zusammenhang auf den polemischen Inhalt des Artikels einzugehen, glaube es aber dem Andenken Edmund Fischers schuldig zu sein auf ihn hinzuweisen. Er ist ein wichtiges Stück des wissenschaftlichen Testaments des Verstorbenen, als das wir sein Werk über das sozialistische Werden und seinen Artikel über die Gemeinwirtschaft in Sachsen zu betrachten haben. Am Ende dieses letztgenannten Artikels sagt er sehr richtig, daß es sich im ganzen dabei »nur erst um Entwicklungsanfänge« handle, die aber, setzt er hinzu, »einen verheißungsvollen Ausblick in die Zukunft gewähren«. Und er fährt dann fort:

»Die große Industrie, so auch die besonders in Sachsen heimische Textilindustrie, ist noch restlos Marktwirtschaft, kapitalistische Produktion. Wer aber tiefer blickt, der sieht auch, daß und warum die Warenausfuhr sich nicht mehr in der alten Weise entwickeln will, daß die Wirtschaft auf eine neue Grundlage gestellt und planmäßig geregelt werden muß. Diese Erkenntnis ringt sich nur allmählich durch, aber sie ist heute wieder stärker und verbreiteter als im Jahre 1919. Dadurch erhält der Sozialisierungsgedanke wieder neue Nahrung. Und der Landesstelle für Gemeinwirtschaft fällt damit eine Reihe neuer Aufgaben zu. Ist es doch ihre Funktion die Vorarbeiten zu leisten für die *Metamorphose der Utopie zur Wirklichkeit*.«

Aus den von mir unterstrichenen Schlußworten geht hervor, wie wenig sich Edmund Fischer von der Genugtuung über das durch die Landesstelle Erreichte zu einer Überschätzung seiner Bedeutung hinreißen ließ, ohne darum in unfruchtbaren Skeptizismus zu verfallen. Er war sich der Begrenztheit ihrer Möglichkeiten bewußt, nennt darum ihr Werk nur Vorarbeit, ist aber in der Überzeugung gefestigt, daß diese Vorarbeit etwas für die Entwicklung zum Sozialismus *Notwendiges* ist. So atmet sein letzter Artikel noch in doppelter Hinsicht Hoffnungsfreudigkeit: Hoffnungsfreudigkeit für den Sozialisten im allgemeinen und Hoffnungsfreudigkeit in seinem eigenen Schaffen. Vom Zweifel am Bestand der seelischen Kraft zu diesem überwältigt, ist er in den Tod gegangen. Eine Tragik, die alle mit tiefstem Schmerz erfüllt, die ihn ihren Freund und Mitstreiter nennen durften.

Über diesem Schmerz soll jedoch nicht vergessen werden, daß Edmund Fischer uns die andere Hoffnungsfreudigkeit ungemindert hinterlassen hat. Sie läßt sich in dem Satz genauer bestimmen, mit dem ich an anderer Stelle eine kurze Besprechung seines Buches über das sozialistische Werden geschlossen habe, und den ich, entsprechend ergänzt, hier folgen lasse, weil er ihn besonders erfreut hatte:

»Der Sozialist, der den Sinn dieses Satzes [des Schlußsatzes des Fischerschen Werkes] erfaßt hat, ist vor 2 Dingen geschützt: sich in Utopistereien zu verlieren oder dem Kleinmut anheimzufallen.«

Als Schaffender, der das vermocht hat, lebt er in unserer Erinnerung fort.

# MAX SCHIPPEL · ZOLLWIRRWARR, HANDELS- VERTRAGSPOLITIK UND VEREINTES EUROPA



AUF dem Gebiet der Handelspolitik vollzieht sich innerhalb der verschiedenen nationalen Flügel der allgemeinen Arbeiterbewegung die hier so oft geschilderte, meines Erachtens sachlich ganz notwendige und darum unaufhaltsame geistige Umstellung neuerdings mit auffälliger Beschleunigung. An die österreichischen, tschechoslowakischen, belgischen und noch manche anderen Vorgänge und Erörterungen reihte sich, von der bereits traditionell gewordenen "Produzentenpolitik der verschiedenen überseeischen Arbeiterparteien ganz abgesehen, im Monat Juni ein überaus bezeichnender Frontwechsel eines beträchtlichen Teils der englischen parlamentarischen Labour Party.

In England verwirklicht sich die Abkehr vom alten amorphen Freihandel bekanntlich zunächst in den Anläufen zur Herausbildung einer engeren handelspolitischen Verbindung zwischen Mutterland und Kolonien (das letzte Wort in seiner weitesten, dem englischen Staatsrecht, wie man weiß, keineswegs geläufigen, Anwendung genommen). Jede denkbare zollpolitische Annäherung der Reichsteile als solcher bedingt im europäischen Inselmittelpunkt wie in den kolonialen Außenzonen immer irgendwelche Schutzmauer nach außen, die nach innen zu entweder ganz wegfällt oder sich wesentlich vermindert. Für die alte Freihandelstheorie und -praxis, die keine handelspolitischen Gruppierungen und Organisationen mit festem und engerem Gefüge nach innen sondern nur ein gestaltungsloses Nebeneinander von gleichgestellten individuellen Staatsgebilden kannten und erstrebten, mußte dies naturgemäß jederzeit ein Greuel und Scheuel sein. Ohne Zweifel haben sie dabei bis zu einem gewissen Grad die voraussetzungslose gedankliche Folgerichtigkeit auf ihrer Seite.

Denn jeder Vorzugszoll für britische Einfuhren in Canada, Australien, Südafrika und gegebenenfalls in Indien ist im Bereich und je nach der Höhe dieser Präferenzen protektionistisch, ist staatliche Begünstigung der britischen Waren gegenüber den konkurrierenden vereinsstaatlich-amerikanischen, deutschen, belgischen, französischen Einfuhren, ist Schutzpolitik nicht nur für das (allerdings noch höher geschützte) canadische, australische, südafrikanische und indische sondern zugleich für das mutterländisch-englische Erzeugnis, ist Preisgabe des Freihandels, die in diesem Fall freilich noch nicht vom Mutterland selber sondern zunächst von den handelspolitisch selbständigen Reichsaußenländern ausging. Hervorragende englische Blätter nehmen hierin auch gar kein Blatt mehr vor den Mund. So urteilte das Times Trade Supplement vom 6. Juni 1925 über die zollpolitische Behandlung der verschiedenen Schuhwareneinfuhren in Canada: Der 17½prozentige Wertzoll gegenüber englischen Herkünften schütze zwar den canadischen Produzenten gegenüber dem englischen. Jedoch ebenso schütze die sonst allgemeine Erhebung eines 30prozentigen Schuhwarenzolls den englischen Produzenten vor dem amerikanischen. Dazu komme eine nochmalige 10prozentige Vergünstigung, wenn das englische Erzeugnis in unmittelbarer Verschiffung ohne das Dazwischentreten einer fremden Vermittlungsschiffahrt nach Canada gelangt:

»Der canadische Einfuhrzoll gewährt natürlich ein bestimmtes Maß von Schutz dem canadischen Fabrikanten. Aber durch die Verbindung mit der Zollvorzugs-klausel

schützt er zugleich den britischen Fabrikanten, denn, wenn die Einfuhren aus allen Ländern zollfrei nach dem Dominion einströmen dürften, so würde der britische Produzent es sehr schwierig, vielleicht ganz unmöglich finden hier gegen die machtvollen Schuhfabrikationskonzerne von Neuengland [dem Nordosten der Vereinigten Staaten] zu kämpfen.\*

Es ist demnach durchaus irreführend glattweg davon zu sprechen, die englische Industrie sei bisher im großen und ganzen noch nicht in irgendwelchem Genuß von Schutzzöllen. Für den im engsten Sinn "nationalen" heimischen Markt ist sie allerdings im wesentlichen noch der freien und gleichen internationalen Warenkonkurrenz, dem Freihandel, unterstellt. Zollgeschützt ist sie dagegen in umfassendem Maß in Canada, Australien, Südafrika und überall, wo die überseeische Präferentialpolitik sich durchgesetzt hat.

Umgekehrt trifft Ähnliches zu für alle etwaigen Bevorzugungen britisch-kolonialer Produkte in England, und für diese Durchbrechung der internationalen Warengleichstellung, das heißt des Warenfreihandels, ist lediglich das Mutterland selber maßgebend und verantwortlich. Es ist also gleichfalls heute bereits falsch zu sagen, England, das Mutterland, kenne keine Agrarzölle. Es besitzt oder erstrebt beispielsweise Agrarschutz für Wein, Tee, Tabak, Backobst, freilich nicht zugunsten des im engsten Sinn inländischen Wein-, Tee- oder Tabakbaus, den es gar nicht besitzt, wohl aber infolge der Differentialzölle zugunsten der Konkurrenz der australischen und südafrikanischen Weine gegen hauptsächlich den portugiesischen Wein, des indischen Tees gegen den chinesischen und niederländisch-inselindischen Tee, der getrockneten Früchte Australiens gegen die südeuropäischen Agrarerzeugnisse.

Die Labour Party lehnte infolgedessen während ihrer Regierungsperiode jede interimperialen Präferentialpolitik, trotz den zu erwartenden Klagen der Kolonien, entschieden ab. Darin bestand geradezu ein Hauptmerkmal des politischen Umschwungs seit dem konservativen Baldwinregime. Indes, schon vor 1 Jahr fiel es bei der Beratung der Baldwinschen Resolutionen im Unterhaus auf, daß 5 Arbeitervertreter sich von der Parteimehrheit absonderten, und daß einige weitere Fraktionsmitglieder sich der Abstimmung offenbar willentlich entzogen. Diesmal handelte es sich am 12. Juni um die Klausel 8 der Winston Churchillschen Finanzbill, die differentiell niedrigere Zollsätze (preferential rates) für reichserzeugte (Empire-grown) Agrarprodukte verschiedenster Art, nämlich Tabak, Rosinen, getrocknete Früchte und Weine, vorsieht. Für diese Agrarzölle und dieses Verlassen des unterschiedslos allseitigen Freihandels zugunsten eines engeren britisch-imperialen Wirtschaftsverbandes erklärten sich nunmehr unter nicht geringer Verblüffung der standfesteren Liberalen nicht weniger als 20 Labour Members, darunter die 3 ehemaligen Minister Thomas, Hartshorn und Kennedy. Die Parlamentsverhandlungen führten sogar zu einigen aufsehenerregenden Zwischenfällen, vor allem zwischen Thomas und Snowden, ohne daß sich jedoch die dissentierenden 20 Arbeiterabgeordneten dadurch irgendwie irremachen ließen.

So ist alles auf handelspolitischem Gebiet in Fluß, selbst in England.

\*) Siehe *The Times Trade Supplement* vom 6. Juni 1925: Canadian Imports of Boots and Shoes. Stehe ferner eine ähnliche Timesstellungnahme zu den indischen Textilzöllen in Schippel Indiens Streben nach wirtschaftlicher Unabhängigkeit und England, in diesem Band der *Sozialistischen Monatshefte* Seite 269 und folgendes. Man beachte übrigens die canadische Begünstigung des lokalen Verkehrs trotz dem offiziellen englischen Kampf gegen die flag discriminations: Belastungsdifferenzierungen nach den Flüssen sind verpönt, finden sie jedoch zwischen England und seinen überseeischen Reichsteilen, mitunter förmlichen Reichsteilen, statt, so gehen sie allemal über an, denn das ist inwärtig, nicht äußere Handelspolitik.

Über eine andere Agrarzollbefürwortung, die abermals den Weinzöllen galt (die hervorragendsten französischen Sozialisten sind meines Wissens schon wegen der Nachbarschaft Italiens und Spaniens stets für Weinzölle eingetreten), war unterdes am 18. Juni in der Wiener Arbeiterzeitung zu lesen:

»Gestern war im Parlament eine Abordnung der weinbautreibenden Bevölkerung des Burgenlandes erschienen, die sich gegen die angebliche Absicht der Regierung wendete, daß der Zoll für Weine aus Ungarn von 60 auf 30 Goldkronen herabgesetzt werden soll. Bei der Besprechung erklärten die Abgeordneten Sailer und Haretter, bei dieser Frage müsse festgehalten werden, daß der Weinbau im Burgenland Zwergbesitzungen sind und die Herabsetzung des Zolles sie schwer gefährden würde. Die Sozialdemokraten werden ihre Forderungen *nachdrücklich unterstützen*.«

In dem ausdrücklichen Hinweis auf den agrarischen Kleinbetrieb, den die Arbeiterklasse ohne Bedenken im Gegensatz zur Großproduktion schützen wolle und dürfe, ist wohl nur ein agitatorischer Aufputz zu erblicken; denn andernfalls lägen die Einwände gegen einen solchen Standpunkt auf der Hand. Frappant ist immerhin diese fortgesetzt wachsende österreichisch sozialdemokratische Unbefangenheit gegenüber "agrarischen" Forderungen und diese wiederholte Wendung gegen eine allzu große Nachgiebigkeit bei Vertragsverhandlungen, selbst auf die Gefahr hin hinter der Regierung in Zollermäßigungen zurückzubleiben.<sup>2</sup>



**N**OCH peinlichere Wahrnehmungen haben zuletzt unsere parteigenössischen reichsdeutschen Nichts - als - Antiagrariern mit den bürgerlichen wissenschaftlichen Autoritäten machen müssen, für die sie mit einemmal eine vorher ganz unbekannte hemmungslose Koalitionsbegeisterung erfaßte. Besonders vor dem Zolltarifausschuß des Vorläufigen Reichswirtschaftsrats stellte sich der himmelweite Abstand zwischen den beiderseitigen Zielen heraus, wie das aufmerksame Studium des stenographischen Berichts über dessen Verhandlungen ergibt.

Bei Sering prägt sich hier immer mehr eine bestimmte Anschauung über die nächstperiodische Entwicklung der internationalen Agrarproduktion und der daraus sich ergebenden Weltmarktsagrarpreise als (tatsächlich recht problematische) Grundlage seiner ganzen Stellungnahme aus. Doch selbst für das Getreide rückte Sering am 4. Juni die Forderung von »Bereitschaftszöllen«, einer Abart der gleitenden Zölle, in den Vordergrund:

»Erwünscht wäre angesichts der schwachen ökonomischen Lage von vielen deutschen Landwirten, die einen neuen Stoß nicht gut vertragen können, Bereitschaftszölle zur Hand zu haben, die man anwendet nach dem Spruch einer unabhängigen Stelle, um für den Fall einer regelwidrigen Senkung der Preise einen gewissen Schutz zu geben.« Bei Viehzucht und Fleischproduktion sah Sering ein weiterreichendes Schutzbedürfnis heute schon gegeben:

»Die politische Konsequenz, die ich aus dieser Sachlage ziehen würde, wäre, daß wir hier ebenfalls einen Schutzzoll in Aussicht nehmen müssen, und zwar auch im Sinne eines Bereitschaftszolls, aber mit dem Unterschied, daß er sogleich in Kraft tritt, um wegzufallen, sobald die Preiskrise vorüber ist... Wir befürworten Agrarzölle, die echte Erziehungszölle sind, eine rasche Wirkung in Aussicht stellen und das Verbraucherinteresse schonen. Alle aus der letztern Rücksicht abgeleiteten Bedenken fallen fort für Zölle auf gewisse Erzeugnisse der arbeitsintensiven Bodenkultur, wie Wein und Weintrauben, Frühgemüse, Frühkartoffeln und Südfrüchte. Derartige Zölle bilden eine willkommene Ergänzung der inländischen Luxussteuern. Aber der Schwerpunkt des Programms liegt durchaus in den Zöllen auf Erzeugnissen der tierischen Veredelungswirtschaft.«

2) Siehe Schippel Zollpolitik und Arbeiter, ferner Arbeiterparteien und Handelspolitik, in den Sozialistischen Monatsheften 1924 Seite 364 und folgende und 680 und folgende.



Mit Friedrich Aereboe, dem hervorragenden Betriebswissenschaftler, dem literarisch zu begegnen stets eine Freude und Anregung ist, werden unsere zeitweiligen freihändlerischen Parteienthusiasten heute noch viel weniger zufrieden sein. Bei seiner Begutachtung am 4. Juni äußerte er beispielsweise: »Ich bin nur ein Feind der Industriezölle auf Rohstoffe. Dieses Prinzip müssen wir auch auf die Landwirtschaft übertragen. Milch, Butter, Käse, Fett: das sind die Erzeugnisse, die wir in erster Linie mit Zöllen belegen müssen, und zwar mit so hohen Zöllen, daß die Landwirte in der Lage sind die Viehproduktion bald so zu heben, daß der ungeheure Import, den wir an diesen Erzeugnissen vor dem Kriege gehabt haben, bald aufhört... Ich stehe auf dem Standpunkt, daß man der Landwirtschaft hohe Zölle auf alle wertvollen tierischen Erzeugnisse zubilligen soll. Geschieht dies, dann brauchen wir auch keine Getreidezölle... Ich will Sie weiter an folgendes erinnern: Wenn Sie einmal Wiese, Weide und Futterfläche und auch den Futteranbau auf Ackerland in Form von Klee, Luzerne usw. zusammenrechnen, so ergibt sich, daß im Deutschen Reiche von dem Boden 75 % der tierischen Produktion und nur 25 % dem Brotgetreidebau beziehungsweise anderen Zwecken dienen. Also drei Viertel des deutschen Bodens für tierische Produktion und ein Viertel für andere Zwecke! Wie wird infolgedessen die Landwirtschaft beeinflußt, wenn wir ihr für die tierischen Erzeugnisse einen ausreichenden Schutz zubilligen!... Was die Frage des Herrn Doktor Blum anlangt, so fiel mir zunächst dabei ein, daß ich noch einige unter den Erzeugnissen, die geschützt werden müssen, anzuführen vergessen habe. Das sind Obst und Gemüse... Es ist namentlich mit Rücksicht auf den kleinsten Landwirt nicht richtig, wenn man Obst und Gemüse auch fernerhin so stiefmütterlich weiter behandelt wie man sie früher behandelt hat, denn da sind die Zölle nicht entsprechend abgestuft gewesen. Das nur nebenher... Die Drosselung der Einfuhr muß das erste Ziel sein.«



LEIST man die Sachverständigenberichte weiter, so scheint selbst bei zweifellos tüchtigen Sachkennern eine ganz seltsame Überschätzung der Getreidezölle für die Tarifvertragspolitik, zum mindesten für die heutige Tarifvertragspolitik, eine nicht geringe Rolle zu spielen. Aus der Caprivizeit hat sich offenbar als beherrschende, sehr der Berichtigung bedürftige Denkschablone die nebelhaft allgemeine Vorstellung vererbt: Tarifvertragsfähigkeit heiße für Deutschland immer und immer wieder, wie seinerzeit im Verhältnis zu Österreich-Ungarn, den Balkanländern und, nach einem lebhaften Zollkrieg, zu Rußland, Ermäßigung oder Aufhebung der deutschen Getreidezölle. Alles dreht sich für solch formelzufriedenen, um den wirklichen Sachverhalt sich wenig kümmernden Handelspolitiker um diesen einen Punkt und um weiter nichts.

Sprechen wir doch einmal, statt uns in solchen unbeweglichen, irreführenden Wortenebel zu verlieren, ganz konkret. Welche Bedeutung können denn die deutschen Getreidezölle haben, wenn wir Zollbindungen der Schweiz anstreben? Offenbar, von einer Erneuerung des Einfuhrscheinsystems abgesehen, gar keine. Oder wenn wir mit Belgien nach der gleichen Richtung verhandeln? Offenbar so gut wie gar keine. Oder wenn wir mit Frankreich zu einem entsprechenden Ergebnis gelangen wollen? Offenbar gar keine. Oder gegenüber dem Irischen Freistaat, gegenüber Holland, sogar gegenüber Dänemark, Schweden, Norwegen, gegenüber Italien, Japan, gegenüber England als Mutterland? Ferner, was das eigentliche Brotkorn betrifft, gegenüber dem heutigen, getreidezufuhrbedürftigen, von der ungarischen, ehemaligen Reichshälfte losgelösten Deutsch Österreich und sogar gegenüber der heutigen Tschechoslowakei und ähnlichen Ländern? Immer wieder: so gut wie gar keine Bedeutung, so daß wir insoweit rein von innenwirtschaftlichen Produktionsinteressen ausgehen können, ohne nach dem bedrohlichen Ausland zu schießen. Oder erwartet man mittels unserer Getreidezollpolitik in

der Gegenwart wichtige, auf anderm Weg unerreichbare Zugeständnisse Rußlands einzutauschen, solange Rußland, wie uns unsere Sachverständigen versichern zu können glauben, noch auf lange Jahre hinaus, gleich den vorerwähnten Ländern, gar kein Getreide zum Exportieren hat?

Und sprechen wir weiter möglichst konkret nach anderer Seite, nach der Seite wirklich uns gegenüber einfuhrinteressierter großer Getreideproduktionsländer. Haben die Vereinigten Staaten von Amerika sich etwa durch die Caprivischen Getreidezollherabsetzungen und -bindungen irgendwie jemals zu Tarifbindungen für die deutsche Industrieausfuhr nach Amerika bewegen lassen? Fallen die Werdezeit und der Fortbestand der Caprivischen Handelsverträge nicht sogar zeitlich zusammen mit dem Beginn und der Auswirkung des MacKinleygesetzes, das heißt mit der bis dahin schärfsten Zuspitzung des amerikanischen Industrieschutzes? War das bis zur Gegenwart unverminderte Bemühen der Vereinigten Staaten nicht immer offensichtlich darauf gerichtet für ihre kraftstrotzende, im Voraus unberechenbare Industrieentfaltung freieste, volle handelspolitische Autonomie zu bewahren? Wo regt sich selbst heute, nach der zeitweise bitteren agrarischen Absatznot, ein verlässliches Anzeichen dafür, daß die Vereinigten Staaten bereit wären um des einen getreidezöllnerischen Staates Deutschland willen (daneben hatten doch beispielsweise die romanischen Länder Frankreich, Italien, Spanien, Portugal in normalen Zeiten meist noch höhern Getreideschutz) ihre zäh festgehaltene Tarifvertragslosigkeit (nicht Handelsvertragslosigkeit, die ganz etwas anderes ist), ihre Autonomie im Industrieschutz zu verlassen? Mit Argentinien, der andern Großmacht im Getreideexport, lag es niemals anders. Argentinien lehnte jederzeit Tarifverträge im zentraleuropäischen Sinn ab, so daß hier abermals infolge der Meistbegünstigung die Caprivische Getreidezollermäßigung zusammenfiel mit einer Steigerung der argentinischen Zölle, nicht speziell gegen die deutsche Einfuhr, wohl aber gegen alle europäischen Einfuhren. Welchen Anlaß oder gar welchen Zwang sollte Argentinien fühlen, um des einen Deutschlands willen, seine seit dem Krieg stärker begonnene Industrieauferziehung in tarifvertragsmäßige Fesseln zu legen, während die uns umgebenden Länder, wenn man der etwas flüchtigen Zusammenstellung ausländischer Zollsätze für wichtige Waren im Anhang zur Zolltarifvorlage vertrauen darf, beispielsweise für Weizen heute schon die folgenden Zollsätze erheben: Frankreich 14 Papierfrancs, Italien 7,50 Goldlire, Spanien 42 respektive 14 (man darf annehmen Goldpesetas), Ungarn 6,30 Goldkronen, selbst Schweden immerhin 3,70 (man darf annehmen Kronen), Bulgarien 1,50 (man darf annehmen Papierlewa, zu je 3,047 Mark), Belgien wenigstens im Maximaltarif 7,50 Papierfrancs usw. Ich bestreite selbstverständlich bei dieser 2. Kategorie von Getreideproduktions-, das heißt Überproduktionsländern gewisse Rückwirkungen des deutschen Getreidezolls auf die handelspolitischen Stimmungen und Zielsetzungen der Gegenseite nicht. Aber die Zusammenhänge sind selbst hier, wie die gegebenen Hinweise lehren, ganz anders und viel weniger durchschlagend, als dies unsere parteigenössischen Tarifvertragsenthusiasten in dem reichlich verspäteten Johannistrieb ihrer Begeisterung für die sich auf ganz anderen Voraussetzungen aufbauende Caprivizeit heute denken; denn früher, gerade im entscheidenden Augenblick, urteilte man über die seit 1890 durchgeführte Handelsvertragspolitik in der Partei ganz und gar anders (wobei ich mich nicht ausnehme).



UM Schluß noch ein paar Worte über das handelspolitisch vereinte Europa. Die Erörterung eines solchen Gedankens galt früher in Parteikreisen zum mindesten als bedauerliche Ablenkung vom allein wertvollen international allgemeinen Freihandel, und noch 1904 weckte sie gelegentlich einen fessellosen Sturm der radikalen Entrüstung. Aber die Bemerkungen, die dazu in den Sozialistischen Monatsheften gemacht wurden, können in den entscheidenden Grundzügen heute immer noch nur wiederholt werden.

Eine zielklare Politik der wirtschaftlichen Annäherung der wichtigsten europäischen Produktionsgebiete unter einander setzt stets irgendwelche positive Schutzpolitik nach außen voraus. Sie muß notwendigerweise die sich enger zusammenschließenden, weil stärker auf einander angewiesenen Staaten günstiger stellen als die Außenseiter. Eine Handelspolitik, die jede innerhalb einer Staatengruppe wirkende Begünstigung verpönen und von vornherein nur den unterschiedslosen universellen Freihandel programmatisch verkünden wollte, ist ohne weiteres zur Ergebnislosigkeit verurteilt, weil die überwältigende Mehrheit der europäischen Staaten in der unregelmäßigen und ungehemmten allseitigen freien Weltmarktkonkurrenz die Vernichtung und Bedrohung wertvollster und unentbehrlichster Produktionskräfte erblickt.

Eine ausschlaggebende Rolle bei einer wirklich tiefgreifenden Neugestaltung der kontinentaleuropäischen Wirtschaftsbeziehungen (England mit seinen Kolonien entwickelt sich nun einmal zusehends als ein Planetensystem für sich) fiele gerade dem Agrar- und besonders dem Getreideschutz zu. Denn die enger zu verbindenden europäischen Wirtschaftsgebiete sind nach ihrer ganzen, ziemlich gleichartigen Wirtschaftsgrundlage niemals in der Lage sich unter einander eine vernichtende Getreidekonkurrenz zu bereiten; ein erleichteter agrarischer Innenverkehr würde innerhalb dieser Wirtschaftskulturzone nur eine zweckmäßigere internationale Anpassung zwischen Produktionsstandorten und Konsumzentren darstellen: einen konsumerleichternden Austausch, eine willkommene Ergänzung, keinen Kampf auf Tod und Leben. Dagegen beweist die seit langem in den Grundzügen übereinstimmende handelspolitische Praxis fast aller dieser Staaten, soweit sie noch mit einer breitem landwirtschaftlichen Grundlage ausgerüstet sind, daß sie nach außen einen allmählich ziemlich gleichartig gestalteten Agrarschutz nicht entbehren wollen und können. Ohne entsprechende gleichartige oder gleiche Agrarschutzpolitik nach außen ist deshalb vorläufig an einen Wegfall des Agrarschutzes nach innen, also an keinerlei vereintes Europa zu denken.

Der nach allen Seiten unterschiedslos ausgreifende Freihandel kann niemals staatliche Gruppengebilde herausgestalten, so wenig wie etwa der alte Zollverein jemals ein lebensvoller Wirtschaftsbund gewesen wäre, wenn er die deutschen Länder nicht als Mitglieder einer besondern Gruppe einander näher gebracht hätte als sie dritten Ländern, damals in erster Linie und an geschichtlichen Wendepunkten vor allem England, gegenüberstanden.

Ohne Anerkennung des Schutzprinzips und darum ohne Möglichkeit des differenzierenden Heraushebens bestimmter zusammenschlußreifer Wirtschaftsbeziehungen gegenüber der formlosen Gleichbehandlung des international universellen Freihandels gibt es in absehbarer Zukunft kein vereintes Europa und keinen schicksalbestimmenden handelspolitischen Fortschritt.

## LUDWIG QUESSEL · DAS BEGRÄBNIS DES RHEINPAKTS



Am 9. Februar 1925 überreichte das Kabinett Luther-Stresemann der französischen Regierung ein Memorandum, das bei näherer von Mißtrauen freier Prüfung sich als ein Dokument von so radikal pazifistischer Art erweist, wie es die europäische Diplomatie bisher nicht aufzuweisen hatte. In diesem Memorandum erklärt sich die deutsche Regierung bereit mit England, Frankreich und Italien einen Pakt abzuschließen, in dem sich Deutschland und die 3 Mächte »feierlich verpflichten, keinen Krieg gegen einander zu führen«. Um jede Völkerzwietracht fortan aber schon im Keim zu ersticken, wünscht das Kabinett Luther-Stresemann die von ihm erstrebte *treuga Dei* am Rhein durch »einen Schiedsvertrag zwischen Deutschland und Frankreich« zu ergänzen, wobei betont wird, daß Deutschland zur Annahme des Schiedsgerichtsverfahrens »auch gegenüber allen anderen Staaten bereit« sei, womit uns also ein Reich des Friedens von der Nordsee bis zur Adria und vom Mittelmeer bis zum Kaukasus in Aussicht gestellt wurde. Das Kabinett Luther-Stresemann geht aber in seinem radikal pazifistischen Eifer noch einen Schritt weiter: In scharfer Frontstellung zur nationalistischen Opposition in Deutschland, die sich bekanntlich bei passender Gelegenheit Elsaß-Lothringen "wiederholen" möchte, gibt das Kabinett Luther-Stresemann alle Ansprüche auf Elsaß-Lothringen ein für allemal auf und erklärt, für Deutschland sei selbst ein Sonderpakt zur Ergänzung der vom Rhein ausgehenden *treuga Dei* in Europa annehmbar, der »ausdrücklich den gegenwärtigen Besitzstand am Rhein garantiert«. Deutschland sei bereit sich in diesem Ergänzungspakt zur europäischen *treuga Dei* zu verpflichten »die Unversehrtheit des gegenwärtigen Besitzstandes am Rhein unverbrüchlich zu achten« und die »Entmilitarisierung des Rheinlandes zu garantieren«. So den radikal pazifistischen Gedanken mit dramatischer Wucht von Satz zu Satz steigernd, klingt das Memorandum vom 9. Februar 1925 in einem starken Appell an Europa aus sich vertrauensvoll der Weltfriedensidee hinzugeben, in einem warmherzigen Aufruf eine »Weltkonvention« abzuschließen, ja den ewigen Frieden herzustellen, der alle Völker der Erde in seinen Machtbereich ziehen soll: »Im übrigen wird zu erwägen sein, ob es nicht ratsam ist den Sicherheitspakt so zu gestalten, daß er eine alle Staaten umfassende Weltkonvention nach Art des vom Völkerbund aufgestellten *Protocole pour le règlement pacifique des différends internationaux* vorbereitet, und daß er im Falle des Zustandekommens einer solchen Weltkonvention von ihr absorbiert oder in sie hineingearbeitet wird.«

Wer sein Auge auf den pazifistischen Radikalismus richtet, der aus dem deutschen Memorandum vom 9. Februar 1925 mit starken Worten spricht, wird sich nicht wundern, daß dieses Dokument in Paris großes Erstaunen hervorrief. Man sagt, daß der mit pazifistischen Gedankengängen gut vertraute französische Ministerpräsident Herriot nach der Lektüre des Memorandums von dem Gefühl beherrscht worden sei, das ein Berliner etwa mit den Worten zum Ausdruck gebracht hätte: Wie ist mir denn? Bin ich ein Junge oder ein Mädel? Redet Gustav Stresemann oder Friedrich Wilhelm Foerster zu mir? Schließlich ist es ja auch in Paris nicht ganz unbekannt geblieben, daß Deutschlands gegenwärtiger Außenminister immer Wert darauf

legte gute Beziehungen zur nationalen Opposition zu unterhalten, die im Pazifismus eine Abart des Landesverrats sieht. In Frankreich hatte man bisher die Haltung, die Stresemann zum europäischen Frieden einnimmt, auf Grund seiner Reichstagsreden immer als die eines »verschämten Revanchismus« gedeutet. Nun aber erschien er hier im Gewand eines radikalen Pazifisten, der über sein Mutterland Europa hinausgreifend, gleich der ganzen Welt den Frieden bringen will. Von einem Kabinett, das als Exponent der Rechtsparteien gilt, derart radikal pazifistische Töne zu hören war in der Tat gar zu erstaunlich, um nicht bei der französischen Demokratie einiges Mißtrauen hervorzurufen. Insbesondere schien es Herriot sehr zweifelhaft, daß irgendein europäischer Staat außer Frankreich auf den pazifistischen Boden des Kabinetts Luther-Stresemann treten würde. Ganz besonders war aber Rücksicht auf England zu nehmen, von dem man wußte, daß sein Bürgertum das Genfer Protocole pour le règlement pacifique des différends internationaux durchaus ablehnte. Alles das bestimmte die französische Regierung zunächst einmal mit seinen kontinentalen Alliierten in Fühlung zu treten, um festzustellen, wie diese sich zu dem plötzlich bekundeten pazifistischen Radikalismus der deutschen Regierung stellen würden.

Wir wissen heute, daß die überraschende Bekehrung des Kabinetts Luther-Stresemann zur Weltfriedensidee in ihrer radikalsten Prägung nicht nur in Paris sondern auch in Brüssel, Prag und Warschau tiefes Mißtrauen hervorgerufen hat. Zunächst drückten die Alliierten Frankreichs ihr Befremden darüber aus, daß das deutsche Memorandum in seinen Schlußsätzen zwar auf das Genfer Protokoll Bezug nehme, dagegen der aktuellen Frage, ob Deutschland bereit sei dem Völkerbund beizutreten und damit auch die territoriale Neuordnung im Osten anzuerkennen, anscheinend geflissentlich aus dem Weg gehe. Weiter bemerkten die kontinentalen Alliierten Frankreichs, daß die Bereitschaft Deutschlands zur Annahme des Schiedsgerichtsverfahrens »auch gegenüber allen anderen Staaten« so lange keine Garantie gegen einen deutschen Überfall auf Belgien, Polen und die Tschechoslowakei darstelle, als nicht gesagt werde, ob die Schiedsverträge zwischen Deutschland, Belgien und Frankreich einmal und Deutschland, Polen und der Tschechoslowakei das anderemal gleichzeitig abgeschlossen werden sollten. Nur wenn die Schiedsverträge im Westen und im Osten zu gleichem Termin in Kraft träten, böten sie für Polen und die Tschechoslowakei eine genügende Sicherung. Auch müsse Deutschland Farbe bekennen, ob es die Unversehrtheit des gegenwärtigen Gebietsstands an der Weichsel ebenso unverbrüchlich achten wolle wie die am Rhein. Erst auf dieser Rechtsgrundlage hätte ein Schiedsvertrag zwischen Polen und Deutschland überhaupt einen Sinn.

Man weiß, daß Stresemann, ehe er Gelegenheit bekam sich zu diesen Fragen gegenüber Frankreich und seinen kontinentalen Alliierten zu äußern, von der nationalistischen Opposition in Deutschland gezwungen wurde zur östlichen Sicherheitsfrage Stellung zu nehmen. Diese fiel dahin aus, daß die von ihm erstrebte *tréuga Dei* sich nur auf den Rhein, nicht auf die Weichsel erstrecken solle. Die Aussprache Frankreichs mit seinen kontinentalen Alliierten zeitigte also schnell das Resultat, daß ein einseitiger Rheinpakt, der keine Ergänzung durch einen Pakt an der Weichsel finde, nicht bloß keine reale Friedenssicherung sondern im Gegenteil eine schwere und ständige Bedrohung des europäischen Friedens dar-

stelle, da die nationalistischen Kreise in Deutschland nach dem Abschluß eines Rheinpakts, der Frankreich die Hände binde, es sehr viel leichter hätten mit Freischaren zu gegebener Zeit über Polen und die Tschechoslowakei herzufallen, um auf diesem nicht mehr ganz ungewöhnlichen Weg (man wies auf den Aufmarsch der Hitlerbanden an der tschechoslowakischen Grenze im Herbst 1923 hin) Europa in Brand zu stecken. Wie Polen und die Tschechoslowakei, stand auch Belgien den deutschen Vorschlägen mit Mißtrauen gegenüber. Es stellte fest, daß nach dem Wortlaut des deutschen Memorandums Italien, sogar Amerika in die *tréuga Dei am Rhein* einbezogen werden sollte, Belgien dabei aber mit keinem Wort Erwähnung finde. Also auch für Belgien biete der deutsche Sicherheitsvorschlag keine Sicherheit.



S spricht für die Solidarität des neuen Europas, die englische Intrigen nicht mehr zu erschüttern vermögen, daß Frankreich auf der Grundlage dieser Fühlungnahme mit seinen kontinentalen Alliierten die Verhandlungen mit London einleiten konnte. Über deren Verlauf unterrichtet uns das Blaubuch, das das französische Ministerium für auswärtige Angelegenheiten unter dem Titel *Der Sicherheitspakt* im Verlag des *Journal Officiel* herausgegeben hat. Wir erfahren aus ihm, daß Aristide Briand am 12. Mai 1925 dem britischen Staatssekretär für auswärtige Angelegenheiten einen Antwortentwurf auf das deutsche Memorandum zur Kenntnisnahme zugehen ließ. Dieser enthielt 6 Punkte. Im 1. Punkt wurde hervorgehoben, daß ein Abkommen, wie es Deutschland vorgeschlagen hat, nur denkbar sei, wenn Deutschland dem Völkerbund beitrete. Der 2. Punkt besagt, daß das von Deutschland verlangte Abkommen weder die Friedensverträge selbst noch ihre Anwendung ändern könne. Der 3. Punkt macht geltend, daß Belgien am Pakt teilnehmen müßte, und dieser weder den Besatzungsvertrag noch das Rheinlandabkommen antasten dürfe. Der 4. Punkt handelt vom Schiedsvertrag als Ergänzung des Rheinpakts, der sich auf alle Konflikte erstrecken und auch für Belgien gelten müsse; das Schiedsverfahren müsse erschöpfend sein und dürfe keinen Platz für Gewaltmaßnahmen lassen, abgesehen von denen, die gegen Deutschland angewandt werden können, wenn es böswillig seine Verpflichtungen aus dem Friedensvertrag und seinen Ausführungsverträgen nicht erfülle. Im 5. Punkt wird betont, daß Schiedsverträge auch mit jenen Signatarmächten des Versailler Vertrags, die nicht am Rheinpakt teilnehmen, zur Erhaltung des europäischen Friedens notwendig seien. Im 6. Punkt endlich wird der Friede nur dann für wirksam gesichert erklärt, wenn alle in der Note erwähnten Verträge eine unteilbare Einheit bilden, der Aufsicht des Völkerbundes unterstellt werden, und so den Kern eines Weltfriedenspakts abgeben könnten.

Man geht wohl nicht fehl, wenn man annimmt, daß Frankreichs Erscheinen als Wortführer des neuen Europas peinliche Überraschung in London hervorrief. Als Deutschland von England zu seinem Rheinpaktangebot angeregt wurde, hatte man in London wohl das Gegenteil, nämlich die Trennung Frankreichs von seinen Alliierten, beabsichtigt. Sehr interessant sind nun die Auskünfte, die England sich über Einzelheiten des französischen Antwortentwurfs ausbittet. Zunächst will Austen Chamberlain in seinem Memorandum vom 19. Mai wissen, ob Briands Antwortentwurf auch England verpflichten solle. Dann nimmt er daran Anstoß, daß der Rheinpakt sich *im Rahmen des Versailler Vertrags* halten müsse. Ferner wünscht er Auf-

klärung darüber, ob Frankreich außer dem Okkupationsvertrag und dem Rheinlandabkommen noch andere Verträge im Auge habe, deren Respektierung von Deutschland eventuell auch mit Gewaltmaßnahmen erzwungen werden könne. Weiter verlangt er nähere Auskunft darüber, was unter »Schiedsvertrag« zu verstehen, und wie die Wendung »gemeinsame und gesonderte Garantie« auszulegen sei; auch will er wissen, ob die »gemeinsame« Garantie die Verpflichtung für England in sich schließe sich an Gewaltmaßnahmen zu beteiligen. Schließlich bittet er um Aufklärung über den Sinn der Worte »unter Aufsicht (sous les auspices) des Völkerbundes«.

In seiner Antwort vom 26. Mai beruhigt Briand Chamberlains erregtes Gemüt etwas, indem er ihm mitteilt, Frankreich wolle Deutschland antworten, nicht im Namen seiner Alliierten, wohl aber im Einverständnis mit ihnen (d'accord avec ses alliés), womit das Maß der Verpflichtung Englands, wenn es der Antwortnote zustimme, ja exakt genug umschrieben sei. Dann klärt Briand England in bestimmten Worten darüber auf, was Frankreich unter den Worten, daß ein Rheinpakt sich »im Rahmen des Versailler Vertrags« halten müsse, verstehe: »Der Rheinpakt dürfe in nichts dem Versailler Vertrag widersprechen, ihn einschränken oder abschwächen.« Auf die Frage, welche Verträge denn außer dem Friedensvertrag vom Rheinpakt unberührt bleiben müßten, gibt Briand folgende klare und entschiedene Antwort: »Die Vereinbarungen des Rheinpakts müssen die Bestimmungen des Versailler Vertrags sowie dessen Ausführungsverträge (dispositions spéciales destinées à assurer l'observation du traité) unangetastet lassen«, auch soweit sie sich auf die am Rheinpakt nicht beteiligten Mächte (Dänemark, Polen, Tschechoslowakei) beziehen. Das Rheinlandabkommen sei im Antwortentwurf gerade aus dem Grund erwähnt, weil es als ein Ausführungsvertrag zum Friedensvertrag anzusehen sei. Weiter wird die Frage Chamberlains nach dem Sinn des »Schiedsvertrags« von Briand dahin beantwortet, daß darunter jedes Verfahren begriffen werden könne, das bei Völkerzwistigkeiten »eine Lösung durch Gewalt ausschließe«; jeder Schiedsvertrag müsse als obligatorisches Friedensreglement besonders bestätigt und geweiht werden. Besondere Beachtung verdient, daß Briand bei der Beantwortung der Frage nach der Beschaffenheit der »gemeinsamen und gesonderten Garantie« an ein Streitobjekt rührt, das bei der Ruhrbesetzung eine große Rolle gespielt hatte. Im Prinzip seien, so sagt Briand Chamberlain direkt ins Gesicht, die Signatarmächte verpflichtet gegen den Vertragsbrecher *gemeinsam* vorzugehen; entzöge sich jedoch eine Macht oder eine Anzahl von Mächten dieser feierlich übernommenen Verpflichtung, so sei jede Signatarmacht berechtigt sich *allein* ihr Recht zu verschaffen. Zu unterscheiden sei auch die Garantierung der Grenzen von der Schiedsvertragsgarantie. Die erste schließe ihrer Natur nach Gewaltanwendung gegen den Friedensbrecher unbedingt in sich, während die andere auch diplomatischen Druck zulasse. Insbesondere werde Frankreich aber daran festhalten, daß Deutschland auch Schiedsverträge mit seinen Nachbarländern abschließe, um ihm (Deutschland) die Möglichkeit zu nehmen die Friedenssicherung am Rhein vom Osten aus wieder in Frage zu stellen. Was schließlich die Aufsicht des Völkerbundes über den Rheinpakt und die Schiedsverträge anlange, so werde diese von Frankreich deshalb gewünscht, um von dieser Körperschaft die Berechtigung von Aktionen feststellen zu lassen, die gegen Vertragsbrecher unternommen werden müßten.

Im Ausland ist gesagt worden, daß Briands Antworten auf Chamberlains Anfragen dem deutschen Rheinpaktangebot so ziemlich alle Gefahren genommen und England gezwungen hätten sich zu demaskieren. An dieser Behauptung ist so viel unzweifelhaft richtig, daß Austen Chamberlains Brief vom 28. Mai an den britischen Gesandten in Paris, der Briand am folgenden Tag überreicht wurde, sich ziemlich frei von Winkelzügen hält. England gibt, von Briand in die Enge getrieben, darin zu von einer östlichen Friedenssicherung absehen zu müssen, weil hierfür kein britisches Interesse vorliege. Auch darauf könne es sich nicht einlassen, daß der Rheinpakt mit den östlichen Schiedsverträgen zu einem unmittelbaren Ganzen vereinigt werde. Die Sätze des französischen Antwortentwurfs, die eine solche Deutung zuließen, seien aus diesem Grund von England gestrichen und durch andere ersetzt worden, die man Frankreich zur Annahme unterbreite. Zur Begründung dieser Haltung wird ausgeführt, daß England das Rheinland als seine Interessenzone (la zone, où les intérêts britanniques sont plus étroitement engagés) ansehe. Verpflichtungen Europa gegenüber, die über die Sicherung der britischen Interessen am Rhein hinausgingen, könne England nicht übernehmen. Damit sei freilich nicht gesagt, daß England Vereinbarungen, die »die Basis des öffentlichen Rechts in Europa bilden«, in Frage stellen wolle. Das Britische Reich, das sich »über die ganze Welt erstreckt«, müsse eben die Dinge von einem andern Gesichtspunkt aus betrachten als die Mächte, deren Interessen nur in Europa liegen. Östliche Schiedsverträge und Rheinpakt könnten daher für England nie und nimmer eine Einheit bilden. Nur so weit könne England sich auf eine Schiedsvertragsgarantie einlassen, als sich diese auf das Rheinland beziehe, das es, wie gesagt, als britische Interessenzone ansehe.

Wie Frankreich zu dem britischen Bedroher des europäischen Friedens steht (man denke an Austen Chamberlains Worte »Wenn das Britische Reich will, daß es keinen Krieg mehr gibt, wird es keinen mehr geben«), zeigt der Brief, den Briand am 5. Juni für Austen Chamberlain an den französischen Gesandten in London gelangen läßt. Es wird darin dem Foreign Office bescheinigt, »die französische Regierung sei glücklich zu gleicher Zeit konstatieren zu können, daß die englische Regierung nicht beabsichtige die Disposition der Verträge, die die Basis des öffentlichen Rechts in Europa bilden, selbst in Frage zu stellen oder irgendeine Macht zu ermutigen sie in Frage zu stellen«. Unter diskreter Anspielung auf die Gerüchte, daß das Stresemannsche Memorandum vom 9. Februar 1925 auf englische Inspiration zurückzuführen sei, beteuert Briand, daß Frankreich absolut bemüht gewesen sei das deutsche Angebot der *treuga Dei* als einen »aufrichtigen Wunsch nach Frieden« anzusehen, wobei es auch keineswegs die Schwierigkeiten verkannt habe, denen jetzt die deutsche Regierung von seiten der öffentlichen Meinung ihres eigenen Landes begegne. Auch die Rücksichten, die dem Kabinett Luther-Stresemann die Beziehungen zu Rußland einflößen, seien bei der Abfassung der Antwort berücksichtigt worden. Im allgemeinen nimmt Briand aber schon in diesem Bericht die englischen Abänderungsvorschläge mit ruhigem Lächeln hin. Man spürt bei der Lektüre der französischen Dokumente die Überzeugung Frankreichs, daß nunmehr, da die diplomatische Behandlung des deutschen Sicherheitspakts für britische Friedensstörung keinen Raum mehr lasse, London schon dafür sorgen werde, daß Deutschland die ganze Rheinpaktidee erledigt.





IN der Tat zeigen die letzten Ereignisse in Deutschland sowie die Haltung der englischen Presse, daß London jetzt dem Zustandekommen eines Rheinpakts feindlich gegenübersteht. Die Stimmung in Deutschland bewegt sich unter britischem Einfluß wieder einmal in der selben Richtung. Merkwürdig an der deutschen Haltung ist das fast völlige Verschwinden des starken Arguments für den Abschluß eines Rheinpakts: daß ein von Frankreich und Belgien feierlich anerkanntes und von England mit seiner ganzen Wehrmacht garantiertes deutsches Rheinland die früher so lärmend verkündete Befürchtung, der französische Imperialismus werde den deutschen Rhein auch trotz Erfüllung aller Reparationsleistungen und Entwaffnungsbestimmungen verschlingen, eigentlich doch ganz verscheucht. Davon, daß Frankreich im Kampf gegen Großbritannien das Rheinland annekieren werde, wird jetzt nirgends gesprochen. Dafür wird aber um so lauter der freiwillige Verzicht Deutschlands auf Elsaß-Lothringen von den nationalistischen Kreisen als ein unerträgliches nationales Opfer hingestellt. Als das eigentlich entscheidende Argument gegen ein Eingehen auf die Briandsche Antwort wird jedoch die Verpflichtung Deutschlands in den Völkerbund einzutreten angeführt. Der Artikel 16 der Völkerbundssatzung, der Deutschland wie jedes andere Völkerbundsmitglied zwänge an Exekutionen gegen Friedensbrecher teilzunehmen, wird vom Kabinett Luther-Stresemann als unannehmbar bezeichnet. Es will von der Pflicht gegebenenfalls an der Seite der Völkerbundsmächte gegen einen europäischen Friedensbrecher zu kämpfen befreit werden. Das wird wiederum von den Ratmächten entschieden abgelehnt, da ein Reich, das im Völkerbundsrat mit vollen Rechten einen Sitz beanspruchte, nicht die Pflichten ablehnen dürfe, die ihm aus seinen Rechten erwachsen.

Kurze Zeit schien es nun, als ob Stresemann gewillt sei für ein Eingehen auf Briands Antwort zu kämpfen. Mit einemmal vollzog sich, am 2. Juli, in der Deutschen Volkspartei ein Szenenwechsel, der an 1921 erinnert, als »nach eingehender Fühlungnahme mit der englischen Botschaft durch Stresemann sich die Deutsche Volkspartei am 9. Mai für die Ablehnung des Ultimatum« aussprach, obwohl dieses von England unterschrieben worden war. Die Richtlinien der Deutschen Volkspartei vom 2. Juli geben die Rheinpaktidee im Grunde glatt preis. Der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund, der die Voraussetzung des Rheinpakts ist, wird da als »undenkbar« bezeichnet. Alle Forderungen, die England am Herzen liegen, kehren in diesen Richtlinien wieder: Ausschaltung des Artikels 16 der Völkerbundssatzung für Deutschland, Einschränkung der Militärkontrolle des Völkerbunds, Revision des Okkupationsvertrags und des Rheinlandabkommens, volle Freiheit für den Abschluß östlicher Schiedsverträge, deren Erfüllung aber durch keine Westmacht garantiert werden darf (»Garantie und Entscheidung über die Verletzung durch den Bundesgenossen [Frankreich] eines Vertragsteiles [Polen] sind mit völkerrechtlichen Grundsätzen unvereinbar«), und schließlich Aufrechterhaltung des Rapallovertrags. Daß aus diesen Richtlinien der Deutschen Volkspartei der (anscheinend auch diesmal von London erleuchtete) Außenminister Stresemann spricht, bestätigte alsbald die Diplomatisch-Politische Korrespondenz, die schreiend verkündete, daß »diese Richtlinien doch zweifellos Gedankengänge spiegeln, die an den leitenden Stellen der deutschen Außenpolitik herrschen.

Mit den Richtlinien der Deutschen Volkspartei kann man die Akten über den Rheinpakt als geschlossen ansehen. Er stellt kein rühmliches Kapitel deutscher Außenpolitik dar. Die offene Proklamierung des deutschen Rheinlands als britische Interessenzzone ist sein einziges Ergebnis. Die große Aussprache des Reichstags über das Rheinpaktangebot, das nach englischer Absicht die Grundlagen des neuen Europas erschüttern wollte, wird nur vollzogene Tatsachen bestätigen können. Man kann nur noch Begräbnisreden auf den Sicherheitsvorschlag halten, der der Balance of power- Doktrin, die Europa in 2 feindliche Heerlager trennt, zu neuer Kraft verhelfen sollte.



WÄHREND so die Rheinpaktidee gefühlvoll zu Grabe getragen wird, womit die deutsche Politik im deutschen Sinn in der Sicherheitsfrage ihren Bankrott verkündet, vollzieht sich auf wirtschaftlichem Gebiet und unabhängig von der offiziellen Politik Deutschlands ein Vorgang von großer Tragweite. Die deutsche Eisenindustrie hat mit dem vielverschrienen "Erbfeind" und seinen Alliierten Belgien und Luxemburg eine Interessengemeinschaft geschlossen, um die Austauschverhältnisse, wie sie vor dem Krieg bestanden, wiederherzustellen. 1,7 Millionen Tonnen Eisen sollen zum halben Zollsatz über die Rohstahlgemeinschaft nach Deutschland gelassen werden. Lothringen ist an diesem Kontingent mit 800 000, das Saargebiet mit 600 000 und Luxemburg mit 300 000 Tonnen beteiligt. Das Abkommen stellt in der Hauptsache den Zustand wieder her, der vor dem Krieg bestand, und widerlegt damit die These, daß die Wiedervereinigung Elsaß-Lothringens mit Frankreich sich auch durch kluge Wirtschaftsmaßnahmen ökonomisch für Deutschland nicht erträglich gestalten ließe. Überhaupt zeigt die ökonomische Entwicklung des europäischen Kontinents nach Abschluß der Friedensverträge, daß die nationale Differenzierung Europas seiner ökonomischen Integrierung nicht entgegensteht. Die Kontinentalwirtschaft, die sich zwischen Volkswirtschaft und Weltwirtschaft schiebt, ist schon so stark, daß sie die wirtschaftliche Einheit des Kontinents unabhängig von den Landesgrenzen macht. Richtig gestaltet braucht nationale Differenzierung, auch wo sie die Form von Kleinstaaten annimmt, nicht wirtschaftsfeindlich, auch nicht verkehrfeindlich zu sein. Nicht die Beseitigung der kleinen Nationalstaaten, sondern die brüderliche Zusammenfassung der Großen und Kleinen in einer kontinental-europäischen Zoll- und Verkehrsunion muß das Ziel der europäischen Politik werden, wenn unser kulturstarker, an Volksbegabungen so reicher Kontinent sich seine einst so geachtete Stellung in der Welt zurückgewinnen will.

Die sozialistische Presse hat, obwohl ihr die französisch-deutschen Wirtschaftsvereinbarungen in der unsympathischen Gestalt einer kapitalistischen Interessengemeinschaft entgegneten, ihren in die Zukunft weisenden Charakter nicht verkannt. Anders jedoch die völkische Presse. Von ihr wird der Abschluß der französisch-deutschen Interessengemeinschaft, die die Austauschverhältnisse der Friedenszeit wiederherstellt, mit Verdrossenheit und Wehklagen begrüßt. In völkischen Kreisen gab man sich dem Glauben hin durch den Wirtschaftskrieg, den die deutsche Eisenindustrie gegen die lothringische führte, die Wirtschaftslage in Elsaß-Lothringen so heillos gestalten zu können, daß die Entstehung einer deutschen Irredenta im lothringischen Eisengebiet erzielt werden würde. Dieser Übermarxismus, der die Stärke des nun einmal vorhandenen französischen Staatsgefühls bei den Elsässern und

Lothringern in naiver Weise unterschätzt, mußte natürlich durch die Tatsachen ad absurdum geführt werden. Es ist erfreulich, daß die deutschen Wirtschaftsführer sich von diesen verschrobenen Vorstellungen nun endlich freigemacht haben. Die Eisenkonvention, die über die Rheingrenze hinausgreift, vollzieht die historische Notwendigkeit der wirtschaftlichen Zusammenfassung des Kontinents, ohne die Europas Völker ein Kulturdasein nicht zu führen vermögen. Das französisch-deutsche Eisenkartell ist ein Zeuge des ökonomischen Kontinentaleuropas, das, ungehindert durch Landesgrenzen, überall siegreich in Groß- und Kleinstaaten seine Fahnen aufpflanzt. Eine sich im englischen Fahrwasser bewegende Politik kann diese Entwicklung wohl verzögern, aber nicht aufhalten. Mag daher der an sich große Gedanke des Rheinpakts von anglophiler Verbohrtheit zum Schaden Deutschlands jetzt auch begraben werden, um die Deutschland und Europa feindlich Balance of power-Doktrin weiter leben zu lassen, er wird nichtsdestoweniger in nicht zu ferner Zeit auferstehen, weil in ihm die unzerstörbaren siegenden Kräfte der Zukunft liegen.

## MAX COHEN · DIE DEUTSCHE POLITIK IN DER SCHWEBE

**K**AUM jemals war die Innenpolitik Deutschlands so verworren wie in diesem Sommer, obgleich seit dem militärischen Zusammenbruch und dem dadurch bewirkten Sturz des Obrigkeitsstaats das deutsche Volk, plötzlich der Selbstregierung anheimgegeben, seinen Mangel an politischer Erziehung, seine Ohnmacht die Kräfte zur Neugestaltung zusammenzufassen schon oft genug bekundet hatte. Aber gerade jetzt ist, durch das Zusammenballen der Entscheidungen über die Innenwirtschaft und die Außenpolitik, das Fehlen eines starken Willens in der deutschen Politik überhaupt besonders bemerkbar geworden. Einhellig ist man nur in der Meinung, und zwar in allen Lagern, daß die gegenwärtige Konstellation weder im Reich noch in Preußen von Dauer sein kann. Aber zu einer wirklich starken Politik, deren Substanz dann ganz von selber die jetzt vermißte Einheit schüfe, fühlt sich keine der Parteien fähig. Daher müssen diejenigen Gruppen, die augenblicklich die Regierung bilden, danach trachten die Schwierigkeiten des Augenblicks durch Kompromisse zu überwinden. Man läßt sich treiben und denkt, daß man im Spätherbst oder auch erst im Winter zu einer Lösung gelangen werde, die größere Dauer ermöglicht. Eine Zusammenfassung der Kräfte für eine produktive Politik jetzt vorzunehmen scheint aussichtslos, wird auch nirgends versucht. Man läßt vielmehr nur bald die eine bald die andere Gruppe agieren: nicht um etwas zu erreichen, sondern um klaren Notwendigkeiten zu entgehen oder, da das nicht möglich ist, jede wie auch immer geartete Tat hinauszuschieben.

Die Forderung der Stunde ist für die Innenwirtschaft die Schaffung eines *Zolltarifs* als Grundlage für die kommende deutsche Handelspolitik, als Sicherung der deutschen Produktion; für die Außenpolitik die *Verständigung mit Frankreich*, als Grundlage für die Einigung und Unabhängigkeit des europäischen Festlands. Daß beides mit einander im tiefem Sinn zusammenhängt, kann demjenigen nicht verborgen bleiben, der die Schaffensidee, die

beides beherrschen muß, erfaßt hat. Aber beide Dinge sind anscheinend völlig verfahren. In der Zollfrage hat die antiagrarische Parteitagitation der Linken eine Einigung über die sachlichen Erfordernisse des Neuaufbaus der nationalen Erzeugung vorerst unmöglich gemacht. Und unser Verhältnis zu Frankreich wird ja seit dem Kriegsende nicht durch das eindeutige Interesse Deutschlands sondern durch den Willen Englands bestimmt. Der Sicherheitspakt, der auf englische Anregung von der deutschen Regierung vorgeschlagen wurde, nach englischer Absicht aber dazu bestimmt war die Entzweiung Europas und insbesondere den deutsch-französischen Gegensatz vom Osten her aufzurollen, ist durch die französische Antwortnote so gestaltet worden, daß er ein Mittel der Einigung und des wahren Friedens auf dem Kontinent werden könnte. Gerade darum hat England das Interesse an ihm verloren, und natürlich wird nun Deutschland bestimmt von seinem eigenen Vorschlag abrücken. Worauf läuft denn das Ganze hinaus? Es soll eine Zusammenarbeit Deutschlands und Frankreichs unter allen Umständen verhindert werden, damit die deutsche Produktionskraft dauernd in bescheidenen Grenzen gehalten werde und sich keinesfalls bis zu der Höhe entfalte, die aufs neue die Vorkriegsbesorgnisse Englands hervorrufen könnte. Und diese Politik machen die Deutschnationalen mit, die doch in der Innenwirtschaft den Schutz der nationalen Produktion als Programmpunkt haben. Haben sie den Zusammenhang nicht begriffen? Wissen sie nicht, daß es in beidem um das selbe geht: um die volle Ausnutzung der deutschen Schaffungsmöglichkeiten? Wahrscheinlicher ist es, daß sie sich von den nationalistischen Phrasen der Wahlagitation, die nun einmal, um billige Erfolge zu erzielen, gegen "Poincaré" gerichtet war, nicht freimachen können. Die Verwendung geläufiger, aber grundverkehrter Vorstellungsreihen während der Wahlzeit erweist sich als ein schweres Hindernis für das Beschreiten eines Weges, der vom Verantwortungsbewußtsein vorgeschrieben sein sollte. Dazu kommt noch das überschwere Gepäck der direkten Wahlversprechungen. Daran haben alle Parteien reichlich zu tragen. So geschieht es, daß zur selben Stunde, da die beiden großen Probleme unserer nationalen Existenz gelöst werden sollen, die Parteien sich mit Dingen zu beschäftigen haben, die für bestimmte Volksschichten zwar sehr wichtig sind, aber schon darum nie von gesamtnationaler Bedeutung sein können, weil in ihnen doch nichts Wesentliches geschehen kann, weil die Schäden, zu deren Beseitigung man sich verpflichtet hat, doch nicht durch Einzelmaßnahmen und sofort sondern nur durch die allgemeine Wiederaufrichtung der Wirtschaft und allmählich ausgeglichen werden können.

Das gilt namentlich für die *Aufwertungsforderung*.

Es ist absurd und zeugt auch nicht von politischer Wahrhaftigkeit, wenn einige Parteien sich jetzt durch das Eintreten für besonders hohe Aufwertungssätze als die wahren Freunde der durch die Inflation Beraubten und Entrechteten hinstellen versuchen. Da muß doch daran erinnert werden, daß *alle* Parteien, und die der Linken wahrlich nicht zuletzt, in den Ruhrkrieg gezogen sind, der der wahre Vernichter der Werte gewesen ist, daß sie ihn leichtfertig herbeigeführt und, englischen Weisungen folgend, bis zur völligen Erschöpfung und Aussaugung des Volkes weitergeführt haben. Gewiß, gerecht wäre es, wenn nur die Inspiratoren, nicht die Inspirierten, die Folgen zu tragen hätten. Aber wir leben seit 1918 unter parlamenta-

rischem Regime, das Volk selbst bestimmt sein Schicksal und kann nicht mehr, wie früher, die ganze Verantwortung auf "die Regierung" abwälzen. Ohne Zweifel sind alle diejenigen, die früher Vermögenswerte besessen haben (namentlich, wenn sie schwer erarbeitet waren), und denen diese dann durch die Inflationssteuer brutal entrissen wurden, ehe sie überhaupt merkten, was ihnen geschah, Opfer dieser Staatswirtschaft; aber nicht schuldlose sondern schuldige Opfer. Gleichviel, man kann nicht leugnen, daß die Tragödie der durch die Inflation vernichteten Vermögen eine der schlimmsten Kriegsfolgen überhaupt ist. Aber man muß auch den Mut haben den Betroffenen zu sagen, daß diese Verluste in der Hauptsache so gut wie gar nicht oder doch nur zu einem ganz geringen Teil wiedergutmacht werden können. In manchen Fällen wäre freilich, besonders bei den Hypothekenschulden, eine weitergehende Aufwertung dann möglich, wenn der Schuldner geringe Verluste erlitten hat, und er sich im ungeschmälernten Besitz des mit der Hypothek belasteten Sachwerts befindet. Vermutlich liegen aber die Fälle meistens umgekehrt. Daher besteht die Furcht, daß der Versuch die Aufwertung nach Maßgabe der jeweiligen Leistungsfähigkeit vorzunehmen (an sich die einzig gerechte Methode) an der Fülle der Einzelfeststellungen und den Protesten von beiden Seiten scheitern müßte. Nach den Mitteilungen, die der Abgeordnete Best in der Aufwertungskommission des Reichstags über die Ergebnisse der individuellen Aufwertung in Polen machte, scheint es freilich, als ob die Praxis solche Befürchtungen nicht bestätigte, vielmehr die Aufwertung durch gütliche Einigung nach allgemeinen Richtlinien meist glatt erzielt würde, und der gerichtliche Austrag nur die Ausnahme bildete. Doch überwogen bei der Kommission ebenso wie bei der Regierung die Besorgnisse vor jahrelangen gerichtlichen Auseinandersetzungen; diese wären ja, wenn sie kämen, in der Tat am Wiederbeginn einer Festwährungs- und Wiederaufperiode unerträglich. Denn es ist notwendig, daß endlich einmal, schnellstens und endgültig, völlige Klarheit über die Aktiven und Passiven der einzelnen und der juristischen Persönlichkeiten geschaffen wird, damit nicht immer neue Hemmungen für die Produktion eintreten. Aus diesem Grund haben Regierung wie Kommission, abgesehen von 5 Kategorieen von Aufwertungsforderungen, bei denen das Individualverfahren Platz greifen soll, sich für eine Aufwertung nach einem einheitlichen Durchschnittsgrundsatz entschieden. Freilich ist es nicht so leicht den besten Durchschnittssatz richtig zu fixieren, er kann sowohl 15 wie 20, 25 wie 30% betragen. Es ist nicht von ausschlaggebender Bedeutung, ob er um 5% höher wird; die Hauptsache ist, daß die Entscheidung unabänderlich bleibt. Eine dauernde Wiederaufrollung dieser Frage, die ja doch im Grunde nichts anderes ist als eine fortwährende Unsicherheit über die Höhe der Aktiven und Passiven in der deutschen Wirtschaft, ist mit einer wirklichen Produktion unvereinbar. Wenn man diesen produktionspolitischen Standpunkt auch bei der Erledigung der Aufwertungsfrage einnimmt, wie das auch der Reichswirtschaftsrat getan hat, so wird man etwa von folgenden Grundsätzen ausgehen müssen: Durch den Krieg und die Inflation sind dem deutschen Volksvermögen ungeheure, zum Teil nicht wiederherstellbare Verluste zugefügt, ist die Wirtschaft fast des gesamten Betriebskapitals beraubt worden. Die Aufwertung von Werten, die durch diese Entwicklung vernichtet oder reduziert worden sind, bedeutet daher objektiv eine Erhöhung der Produktionskosten und kann nur von dem verantwortet werden, der annimmt, daß

die Produktion eine neue Belastung zu tragen vermag. Natürlich bringt die Aufwertung bis zu einem gewissen Grad auch eine Ausgleichung einer nicht gerechtfertigten Vermögensverschiebung im privatwirtschaftlichen Verkehr, und bei diesem Teil kann von einer Belastung der Produktion deshalb nicht die Rede sein, weil vorhandenes Konsumtionskapital oder Vermögen lediglich von der einen Hand in die andere geht. Der größte Teil der für die Aufwertung in Betracht kommenden Summen wird aber keine bloße Vermögensverschiebung sein sondern muß neu erarbeitet werden, wenn man nicht, was wirtschaftlich zu verwerfen ist, wiederum auf die Substanz zurückgreifen will. Stellt man diese Gesichtspunkte in den Vordergrund, so wird man, auch wenn man vom stärksten Gerechtigkeitsempfinden erfüllt ist, sich aus wirtschaftlichen Erwägungen nicht für allzu weitgehende Aufwertungsforderungen einsetzen dürfen.

Wie die Aufwertung im einzelnen beabsichtigt ist und sich gestalten wird, soll in diesem Zusammenhang nicht geschildert werden. Das ist Aufgabe eines besondern Artikels. So viel sei hier nur angeführt, daß nach den Beschlüssen der Kommission, denen das Plenum wohl beitreten wird, bei den Hypothekenschulden an einem Aufwertungssatz von 25 % festgehalten wird, und die Rückwirkung, wenn der Gläubiger bei der Zahlung keinen Vorbehalt gemacht hat, bis zum 15. Juni 1922 (die Regierungsvorlage hatte den 31. Dezember 1922 vorgeschlagen) gilt. Jedoch soll durch einen besondern Hilfeparagraphen, zugunsten des Schuldners, der seine schwierige wirtschaftliche Lage nachzuweisen vermag, ein Abzug von 10 % des aufgewerteten Goldbetrags zulässig sein. Ein von der Linken gestellter Antrag eine ähnliche Bestimmung zugunsten eines in schlechter Lage befindlichen Gläubigers bei guter Situation des Schuldners aufzunehmen wurde abgelehnt. Eine der wichtigsten Änderungen, die der Ausschuß vorgenommen hat, betrifft den Fall des Eigentumswechsels nach der Rückzahlung der Hypothek. In diesem Fall haftet der Erwerber nicht mehr, wenn die Hypothek in dem Zeitpunkt, in dem der Antrag auf Eigentumsänderung beim Grundbuch gestellt wurde, bereits gelöscht worden ist. Durch einen Zusatz ist diese den öffentlichen Glauben angehende Bestimmung ebenfalls dann für anwendbar erklärt worden, wenn in dem maßgebenden Zeitpunkt der Stellung des Eintragungsantrags eine ordnungsmäßige Löschungsbewilligung oder eine löschungsfähige Quittung erteilt worden ist. Durch diesen Zusatz ist der Erwerber, der sich bei Abschluß des Kaufvertrags die löschungsfähige Quittung des Hypothekengläubigers aushändigen ließ, vor dessen Rückgriff gesichert. Was nun den Verkäufer des Grundstücks betrifft, so hat der Ausschuß hier eine etwas komplizierte Regelung vorgenommen, indem er der Aufwertungsstelle vorschreibt, daß sie besondere Rücksicht auf die Höhe des Erlöses zu nehmen habe, der bei der Veräußerung des mit der Hypothek belasteten Gegenstandes erzielt worden ist. Bei der Aufwertung der Anleihen des Reichs, der Länder und Gemeinden soll so verfahren werden, daß man den Anleihebesitzern ein Ablösungsschuldpapier gibt, das nach den Beschlüssen der Kommission auf  $2\frac{1}{2}$  % (die Regierung hatte 5 % vorgeschlagen) des Nominalwerts des Anleihepapiers lautet. Diese Anleiheablösungsschuld soll aber erst nach vollständiger Erledigung der Reparationsschuld des Deutschen Reichs verzinst und amortisiert werden; das heißt, es findet faktisch ein etwa 40jähriges Moratorium statt. Das soll jedoch in voller Strenge nur die Neubesitzer treffen. (Gegen diesen Beschluß der Kommission ist von der

Börse durch Schließung für einen Tag protestiert worden.) Der Altbesitz soll durch Auslosungen schon in der Zwischenzeit begünstigt werden, so daß seine Aufwertung insgesamt doppelt so groß sein wird wie die des Neubesitzes oder noch darüber geht. Außerdem hat man noch einen Sonderfonds für die Schwächsten und Bedürftigsten ausgesetzt, ohne sich zu einer glatten und reinen Gesamtlösung entschließen zu können, die hier, in sehr bescheidenen Grenzen freilich, möglich gewesen wäre.

Während so der Reichstag gezwungen ist, auf Grund der Wahlzusagen, die immer komplizierter, immer unklarer werdende Aufwertungsmaterie durchzuarbeiten, um doch schließlich zu einem Ergebnis zu gelangen, das niemanden befriedigen kann, und das in der Ausführung dann erst recht neuen komplizierten Wirrwarr hervorrufen wird, drängen nun aber auch die Hauptfragen, die am Eingang dieses Artikels genannt wurden. Um sich in der Zollfrage für ein paar Tage Luft zu schaffen, setzte der Handelspolitische Ausschuß des Reichstags eine neue Enquete fest, die nun auch stattgefunden hat, ohne die Sache selbst irgendwie weiterzubringen. Man hätte wissen müssen, daß, nachdem der Reichswirtschaftsrat mit in der Hauptsache den selben Sachverständigen die selbe Arbeit geleistet hatte, nichts Wesentliches mehr zutage gefördert werden konnte. Immerhin ist es gut, daß über diese neue Vernehmung durch die Zeitungen öffentlich berichtet wurde. Da konnte der Zeitungsleser der Linken wenigstens sehen, daß es um die Sache des Agrarzolls denn doch nicht so stand, wie ihm täglich von seinem Blatt, unter Berufung auf die "Wissenschaft", erzählt worden war. Serings Bereitschaft zu Bereitschaftszöllen trat hier besonders stark zutage und hat gewiß manchen Leser, der Sering schon als eine Säule des Freihandels angesehen hatte, nicht wenig überrascht. Aber nun steht man wieder vor den selben verammelten Wegen und sucht vergeblich nach Nebenstraßen. Und in der Sicherheitspaktfrage hat der Reichstag wieder, wie das in den 7 Jahren des parlamentarischen Regimes schon Tradition geworden ist, auf eigene Entscheidung oder auch nur auf eine Beeinflussung der Entscheidung verzichtet und sich damit begnügt von der Regierung nachher zu vernehmen, wie sie ihren, anfangs von England gewünschten, jetzt England unerwünschten Vorschlag seines positiven Inhalts berauben läßt.

Es kennzeichnet eben die innenpolitische Lage Deutschlands und unsere parlamentarischen Verhältnisse überhaupt, daß die demagogische Bindung aller Parteien stärker ist als ihre (möglicherweise vorhandene) bessere Einsicht. Der antifranzösische Festlegung der Rechten in der Außenpolitik entspricht die antiagrarisches Festlegung der Linken in der Wirtschaftspolitik. Beidem zusammen entspringt eine völlig unfruchtbare Innenpolitik. Aus dieser Schaffensohnmacht wird Deutschland nur herauskommen, wenn die Parteien den Mut haben die Stellung des deutschen Volkes innerhalb des europäischen Kontinents klar zu erkennen und zuzugeben, daß keine politische Gruppe allein die Schwierigkeiten meistern kann, die sich dem Wiederaufstieg Deutschlands entgegenstellen. Nur eine Konzentration aller produktiven Kräfte in Wirtschaft und Politik, wie sie hier immer wieder und wieder bei allen entscheidenden Wendepunkten der Nachkriegsperiode verlangt wurde, kann den Neuaufbau bewerkstelligen. Ist er beendet, ist das deutsche Staatswesen in seiner Gesamtheit gesichert, dann ist die Zeit zum Kampf um die innenpolitische Macht.



## ADOLF BEHNE · DIE HAUPTSTADT DER REPUBLIK

**B**ERLIN ist seit bald 7 Jahren die Hauptstadt der deutschen Republik. Aber es versteht gut diese Tatsache zu verbergen. Es ist von der kaiserlichen Residenz nicht zu unterscheiden. Wirklich, man muß schon sehr genau hinsehen, um zu bemerken, daß immerhin der berühmte kaiserliche Stern über dem Kreuz der Kaiser Wilhelm Gedächtnis-Kirche abgetragen worden ist; freilich nur, weil die Konstruktion durchgerostet war, nicht etwa aus Gesinnung. Hoffentlich erhält der Stern im Hohenzollernmuseum einen guten Platz. Er ist ein kostbares Dokument für das künstlerische Verständnis des letzten Kaisers und für die aufrechte Gesinnung seiner Protégés. Schnurgerade ausgerichtet stehen nach wie vor die Marmorstatuen in der Siegesallee, abwechselnd das rechte und das linke Bein vorsetzend. Im Rosengarten steht huldvoll die Marmorfigur der letzten Kaiserin, und die Friedrich Ebert-Straße existiert vorläufig nur in einem Beschluß, nicht in der Stadt.

Es soll hier kein Vandalismus, keine Infamierung verlangt werden. Wohl aber das Recht politische Handlungen des letzten Souveräns zu korrigieren. Es war doch eine rein politische Handlung des Monarchen, wenn er nicht nur die Ahnen und die Eltern (zu denen ja ein Verhältnis der Pietät gar nicht bestand) sondern auch die Gattin und zuletzt (Köllner Brücke) sich selbst dem Volk zur Verehrung hinstellte. Es wäre keine Demonstration gegen die frühere Kaiserin sondern die selbstverständliche Korrektur einer politischen Maßnahme des frühern Kaisers, wenn man die Figur aus dem Tiergarten entfernte. So wenig es Liebe war, die sie aufstellte, so wenig ist es Haß, der ihre Entfernung wünscht.

Wilhelm II wußte, warum er baute, einweihete, Denkmäler enthüllte, Grundsteine legte. Berlin sollte "seine" Stadt werden, sein Gepräge erhalten als Stadt des neuen Deutschlands, wie er es auffaßte. Er wußte, wie groß und wie tief die Wirkung von Monumenten ist. Und er hat viel erreicht. Bei seinem Regierungsantritt war Berlin eine stille, ruhige und vornehme Residenz. Sein Dom, seine Bibliothek, sein Nationaldenkmal, seine Siegesallee, seine Charlottenburger Brücke, seine Museumsinsel machten aus Berlin einen lauten, prunkhaft renommierenden Paradeplatz. So wie er sich selbst gern dekorierte, Orden neben und über Orden an die Brust heftete, dazu goldene Adjutantenfangschnüre anlegte, so dekorierte er seine Bauten kaiserlich. Der Architekturstil Wilhelms II ist der Schwarze Adler Orden-Stil. Alle seine Fassaden sind mit Orden übersät. Pietät gegen künstlerische Werte kannte er nicht. Schinkels Palais Redern am Pariser Platz war ihm zu simpel. Er ließ es abreißen. Dafür kam Ihnes Hotel Adlon.

Wie verhält sich die Hauptstadt der Republik zu diesen Produkten?

Die Republik kann nicht rückgängig machen, was in den letzten 30 Jahren geschehen ist, nicht Stein für Stein von dem abtragen, was gebaut worden ist; die Hauptstadt eines Reichs erlebt in den Jahrhunderten wechselnde Schicksale und kann nicht bei jedem Wechsel von vorn anfangen. Nein, aber sie kann und soll und muß in allem, was sie neu zu schaffen hat, ihren eigenen neuen und starken Willen ebenso klar und entschieden beweisen wie die vergangene Ära den ihren. Wo Beseitigung keine unmäßigen Kosten macht, darf sie auch vor einem Abbau nicht zurückscheuen, ganz besonders



dann nicht, wenn es sich um künstlerische Greuel handelt. Den Platz vor dem Brandenburger Tor, die Siegesallee, den Kemper Platz, den Rosengarten von dem Marmorzeug zu befreien, das ist wirklich eine dringende Aufgabe für die Stadt. Kein künstlerischer Wert geht verloren. Im Gegenteil, es handelt sich um die Wiederherstellung künstlerischer Werte und um die Beseitigung von Verkehrshindernissen, wie etwa der selbst für eine Provinzstadt zu blöde Rolandbrunnen eines ist. Die Stadt ist kein Museum und kann nicht alles schön konservieren, was einmal "charakteristisch" war. Sonst wird sie von der Vergangenheit bald ganz erdrückt.

Wie steht es denn nun mit der eigenen neuen Arbeit der Stadt? Daß diese aus einer neuen und ganz andern Gesinnung heraus getan werden muß, ist doch wohl selbstverständlich. Aber da stoßen wir schon auf Zweifel.

Die Ära Wilhelms II wird einfach fortgesetzt. Allerdings, es werden nicht mehr Hohenzollernprinzen aufgestellt, wohl aber andere Figuren. Geblieben ist die ganz äußerlich dekorative Gesinnung eines Verschönerungsvereins. In dem Programmartikel der neuen Zeitschrift Berlin sind alle einzelnen Aufgaben der Städtischen Kunstdeputation erwähnt, aber es fehlt die Betonung der einheitlichen Gestaltungspflicht. »Besondern Wert wird die Städtische Kunstdeputation darauf legen die grünen Flächen im Stadtbilde, besonders in den Vierteln, wo werktätige Bevölkerung sich des Abends erholen will, durch Bildwerke zu schmücken.« Es sollen freilich keine Friedrich Wilhelme mehr sein sondern Figuren, »welche vor allem den höhern Wert der Leibesübungen versinnbildlichen«. Aber Nippes bleiben Nippes.

In der Architektur die gleiche Erscheinung. Die Richtung bestimmt nach wie vor Ludwig Hoffmann. Die Tendenz ist etwa: die schöne, glanzvoll üppige Architektur Wilhelms II, die man möglicherweise als "weltstädtisch" empfindet, fortzusetzen, unter Weglassung direkt monarchistischer Embleme. Den Architekten, die mit diesem Neubarock brechen, werden Schwierigkeiten in den Weg gelegt, bei den Wohnbauaufgaben werden sie übergangen. Pflicht wäre es aber gerade diese zu ermutigen. Als Bremsinstitut wurde der Sachverständigenbeirat geschaffen, der für alle wichtigen Plätze und Straßenzüge ein Einspruchsrecht hat, wenn ihm die Fassade nicht gefällt. Sein Vorsitzender ist Ludwig Hoffmann. Gehört der Kommission auch nur ein moderner Architekt an? Vielleicht findet der Leser in dieser Liste einen: Hoffmann, Straumer, Mebes, Fischer, Juppe, Klemme, Saran, Körte, Beuster, Bender, Bräuning, Lassen, Elkart, Clouth, Hahn. Man tut wohl der Majorität dieser Kommission nicht Unrecht, wenn man ihr einen lebhaften Widerwillen gegen alles Neue nachsagt. Sicherlich wären die meisten ihrer Mitglieder sehr erstaunt, wenn man die Forderung aufstellte, daß das neue Berlin prinzipiell ganz anders bauen muß als das kaiserliche. Die Männer, die heute die Entscheidung haben, werden wahrscheinlich fragen: Gibt es denn eine andere Unterscheidung als gut und schlecht? Und können wir etwas anderes tun als für Qualität sorgen?

Einmal soll nicht von Qualität sprechen, wer am Kopf der Linden eine Länderbank, an der Friedrichstraße eine Diskontogesellschaft und am Opernplatz eine Dresdener Bank so hat bauen lassen. Dann aber trifft die Frage nach der Qualität gar nicht den Kern der Sache. Eine korinthische Säulenreihe kann sehr qualitativ sein: tadellos proportioniert und modelliert und kanelliert und poliert, und trotzdem spottschlecht, nämlich

überflüssig und schädlich. Immer noch wissen die Akademiker (und nirgends sitzen in den Städtischen Kunstdeputationen und -kommissionen andere Personen als Akademiker) nichts Besseres zu tun als auf die "Formen" zu schauen, auf die Pilaster und Profile und Säulen und Frontispize. Der Gedanke kommt ihnen nicht, daß die Gesinnung des Bauenden sich zu allererst in der räumlichen Organisierung dokumentiert, und zwar gleicherweise in der innern funktionalen wie in der äußern städtebaulichen.

Das ist der Punkt, wo sich die Wege, wo sich Alt und Neu, Monarchie und Demokratie scheiden. Berlin baut weiter monarchisch, unter Weglassung der Initialen Wilhelms II. Auch die Trennung der Baupolizei vom Stadtbauamt zeigt eine große Verständnislosigkeit gegenüber den Zielen eines modernen Städtebaus. Mit Recht sagt Wilhelm Althoff in der Bauwelt vom 29. Mai 1924: »Wer sie [Städtebau und Baupolizei] künstlich trennen will, drückt damit aus, daß er von dem Geist, von dem unser moderner Städtebau erfüllt ist, nichts versteht. Trennung führt unfehlbar zurück in die Zeit der Schablonen und des Tiefstandes der Baukultur der letzten Jahrzehnte des 19. Jahrhunderts.«

Wasmuths Monatshefte für Baukunst haben sich mit der Ausschreibung eines Preises für die Bezeichnung der »wichtigsten und volkstümlichsten Bauaufgabe für Groß Berlin« ein Verdienst erworben. Den 1. Preis erhielt der Architekt Erich Karweik für die Aufgabe »Planung der Lindenachse und des Brandenburger Tor-Platzes«. »Die durchgreifende Umgestaltung des Platzes vor dem Brandenburger Tor in Verbindung mit Reichstag, Lindenachse und Wilhelmstraße als Herz des Reiches und als Endpunkt eines vorbildlichen Anmarsches harren schon lange der Planung und Ausführung.« Diese Aufgabe ist in der Tat sehr wichtig. Heute ist Zielpunkt der als Anmarsch ganz prachtvollen Linie Heerstraße-Bismarckstraße-Charlottenburger Chaussee-Unter den Linden das Berliner Schloß. Das war vom monarchischen Interesse aus logisch. Aber für uns ist das Schloß heute nur ein Denkmal und eine Abteilung des Kunstgewerbemuseums. Im Interesse des Monarchen mußte die Straße am Schloß aufhören. Im Interesse der Stadt müßte sie über den Alexanderplatz in den Zug der Landsberger Straße hineingeführt werden, um zu einer durchgehenden Verbindung Ost-West zu werden. Und dann muß sie an ihrer schönsten Stelle, am Brandenburger Tor, in eine eindrucksvolle Beziehung zu dem Haus der neuen Volkssouveränität, dem Reichstag, gebracht werden, unter Beseitigung der schlechten Denkmäler gegenüber dem Tor. Hier müßte das neue Forum der Demokratie geschaffen werden. Der Reichstagsbau, der wohl seinerzeit mit Vorbedacht in eine Abseitsstellung gebracht wurde, muß aus dieser befreit werden, und dabei muß rechtzeitig Bedacht auf die Ausführung seiner Erweiterung oder eines Neubaus genommen werden, die dringend verlangt wird.

Hugo Häring hat schon vor einigen Jahren für den Königsplatz und seine Umgebung städtebauliche Pläne ausgearbeitet, die wohl am konsequentesten bisher mit der Verwirklichung einer Stadtgestaltung ernst machten, die bewußt staatspolitisch ist, demokratisch nicht durch Anwendung republikanischer Embleme sondern durch das Organisationsprinzip, nach dem sie die Teile in Beziehung zu einander bringt. Wenn man zugibt, daß monarchisch regieren und demokratisch regieren zweierlei ist, so wird man nicht gut bestreiten können, daß auch das Dirigieren von Baumassen und das in Bezie-

hung Setzen von Bauinhalten diesen oder jenen Geist ausdrücken können und ausdrücken müssen. Gegenüber den Tendenzen der Stadtbauverwaltung, die, sicherlich ohne es zu wissen und zu wollen, die Bahn kaiserlicher Verschönerungs- und Fassadenpolitik weitergeht, sei das Motto der Arbeit Hans Scharouns für Wasmuths Konkurrenz angemerkt: »Berlin will wieder Volksmitte sein.«

Berlin wird jetzt den Posten des Stadtbaurats für Hochbau ausschreiben, nachdem die Kandidatur Karl Elkarts erledigt ist. Es wäre für Berlin gut, könnte es einen Mann von dem sachlichen Ernst und der menschlichen Gesinnung Max Bergs gewinnen. Mit Freuden lesen wir in der Sondernummer Das junge Schlesien der Zeitschrift Ma ein Bekenntnis Bergs: »Deswegen sollten wir uns heute lieber zu viel dem Ingenieur zuneigen, da wir doch zu viel am Tapezierer kleben. Abhauen in uns sollen wir alle Verzierungen, allen kaleidoskopartigen, kunstgewerblichen Kleinkram . . . Ich stehe vielleicht deswegen so einseitig auf dem rein Tektonischen in der Architektur, weil ich in unserer Zeit überall so sehr den Selbstzweck des Motivischen, des Formalismus, des Geschmacklichen, des Gefälligen, des Witzigen herrschend sehe, daß mir all dieses zum Ekel geworden ist, weil ich den Verfall empfinde in dieser Frechheit und Vordringlichkeit der Form ohne Inhalt.«

## CHARLES ERSKINE SCOTT WOOD · DER MENSCH UND DIE STERNE · ÜBERTRAGEN VON MAX HAYEK

**W**IE ein kleines Kind, das in der Wiege zwinkert,  
Starre ich auf das Wunderdach über mir  
Und sehe es mit den Funken der Ewigkeit bestreut;  
Ewig jenseits des Bereichs meiner Finger,  
Unzugänglich; über mein Begreifen.

Ich trachte nicht ihrer Herr zu werden  
Und versuche doch meines Bruders Seele zu beherrschen,  
Die ebenso unzugänglich ist  
Und über mein Begreifen.  
Ich finde im Marsch der Welten keinen Makel  
Oder in der unsichtbaren Ernte des kristallinen Taus  
Oder im Wüten der unbarmherzigen See;  
Noch in den Glühwürmchen, die, wengleich sie ihre Lampen  
Demütig tragen, so vollkommen sind  
Wie der den Himmel durchflutende Mond.  
Dennoch möchte ich, der nicht eines Glühwürmchens Licht sein nennt,  
Meine Mutter belehren.

Ich sehe auf die Flüsse,  
Die von den vollen Brüsten der Erde eilen,  
Blöcke mit dumpfem Gelärme rollen  
Und auf ihren schäumenden Stirnen  
Das Trümmerwerk der Zeit tragen.  
Und wenn sie auch eine Stadt verlöschen:  
Soll das ihr Fluten anschuldigen?  
Meißler ewiger Kanäle,

Ebner der Hügel,  
 Die die Sonne frohlockend in ihren Händen werfen  
 Und Mohngewinde und Weizenkränze  
 Zu den Göttinnen der Wiesen tragen.  
 Weil Seeleute in die Tiefe sinken  
 Und ohnmächtige Arme ins Leere hinaufwerfen,  
 Sollen die beweglichen Festungsmauern bewegungslos sein?  
 Oder die Winde ewig schlafen?  
 Weil wir unsere erschrockenen Hände  
 Zu einem Himmel erheben, der unserer spottet,  
 Soll die Erde ihr Werdewerk lassen,  
 Oder sollen die Wagen der Sterne angehalten werden?  
 Aus der Zerstörung schafft die Natur neues Leben,  
 Das Trümmerwerk ihrer selbst in Schönheit wandelnd.  
 Aber das Trümmerwerk des Menschen wird von ihm geliebkost;  
 Er entzückt sich an Häßlichkeit.

Der Mensch hat die Sterne gewogen,  
 Den Blitz auf seinen Weg gefangen  
 Und wie ein neugieriges Kind in seine eigene Wiege geguckt.  
 Aber er hat die gegebenen Verhältnisse niemals beherrscht.  
 Wenn er mit der wohltuenden Strömung nicht schwimmen will,  
 Wie das Weidenblatt im September  
 Den Fluß glücklich dahintreibt,  
 Wird die unwiderstehliche Flut ihn erwürgen.

Wenn ich zum Dach der Nacht schaue,  
 Staune ich, daß es einen gibt,  
 Der sich um das kümmert, was ein anderer denkt;  
 Oder daß es in der Ungeheuerlichkeit des Weltalls  
 Eine Seele gibt, so klein, um die Menge zu beachten  
 Oder den Stich der unwissenden Meinung zu fühlen.  
 Ich weiß, daß auf jeden, wenn er nur kühn ist,  
 Längs eines Sternenpfades sicherlich  
 Seine Seele wartet.

Auch ich bin ein Teil des Kosmos  
 Und sollte frei meine Bahn schweben  
 Wie die Sterne die ihrigen;  
 Doch nehme ich meinen Platz mit jener kleinen Eidechse  
 Als eines der Kinder der Schöpfung.  
 Wie im Dämmer beginn' ich zu erkennen, daß die Natur  
 Für jeden, ohne Ausnahme,  
 Die Freiheit bestimmt hat,  
 Jedem den Besitz seiner Seele.  
 Diese Gedanken durchdringen mich,  
 Genau wie der beharrliche Saft  
 Bis zu den Spitzen der Blätter dringt  
 Und ihre Säuglingsfinger löst.



## ANNA SIEMSEN · DAS BERUFSPROBLEM IN DER LITERATUR



LITERATUR als Ausdruck und Gestaltung menschlichen Lebens ist dem gesellschaftlichen Wechsel ebenso unterworfen wie jede andere menschliche Lebensäußerung. Wie jede andere ist sie Ausdruck der jeweiligen Gesellschaftszustände und Gestaltung der jeweils drängenden Probleme.

Die beiden großen Probleme alles Menschendaseins: Mensch und Natur und Mensch und Gesellschaft, sind der ewige Inhalt aller Dichtung. Vom primitiven Mythos bis zum letzten Roman einer illustrierten Zeitschrift gestaltet sie nichts als diese große doppelte Auseinandersetzung: des Menschen mit der Natur, des einzelnen mit der Gesellschaft. Aber je mehr der Mensch zivilisiert wird, das heißt je mehr gesellschaftliche Beziehungen sein Leben bestimmen, desto mehr tritt dies Thema in den Vordergrund. Und sein Inhalt wechselt mit dem Wechsel der gesellschaftlichen Ordnungen. Dies tritt um so klarer hervor, je weniger die dichterische Darstellung durch Überlieferung und Vorbild bestimmt ist. Eine gewandelte Gesellschaft pflegt daher auch neue Formen der Dichtung zu schaffen, die geeignet sind sie zu spiegeln. Die Formen der bürgerlichen Gesellschaft sind Dramen und Romane. Eine Geschichte ihrer Entstehung und Wandlungen würde eine vollkommene moderne Kulturgeschichte sein.

Es ist unmöglich in Kürze vollständig darzustellen, wie das Berufsproblem in der modernen Dichtung auftaucht, und wie die gesellschaftliche Auffassung jeweils in ihr sich spiegelt. Ein Hinweis muß genügen.

Solange nur einzelne sich aus dem Zusammenhang der Stände lösen, nur Außenseiter, Abenteurer und Pioniere ihren Platz im Leben suchen und wahren nach freier Wahl, solange der freie Beruf der Ausnahmefall bleibt, herrscht der Abenteuerroman vor, der diese Vagabunden der Gesellschaft begleitet und damit die Möglichkeit ausgedehnter Zustandsschilderung und Gesellschaftskritik gewinnt. Erst im 18. Jahrhundert verliert der Roman langsam diesen Charakter und wird zur Typendarstellung, die er in England bis in die Gegenwart geblieben ist. Langsam wandelt sich heute diese Typenschilderung zur Satire. Die großen Romandichter des 18. Jahrhunderts, Smollet, Fielding, Goldsmith und Sterne, gestalten den Typus der englischen bürgerlichen Klasse mit der Naivetät des guten Gewissens, der sie als Naturgegebenheit nimmt. Ihre humoristischen und satirischen Wirkungen erreichen sie durch die Schilderung individueller Absonderlichkeiten innerhalb des Typus oder von Abirrungen. Ihre Nachfolger im 19. Jahrhundert halten sich in diesen Grenzen. Sie sind ausnahmslos Gesellschaftsoptimisten, nehmen die Grundlagen der modernen Gesellschaft als gegeben, den modernen Typus des spezialisierten Fach- und Berufsmenschen als naturgewollt und werden gerade durch diese Unbefangenheit die besten und getreuesten Darsteller dieser Berufstypen. Die unbedingte Herrschaft der "Mittelklasse", die diese Lebensformen bestimmt, gibt ihrer Darstellung die Weite. Die Ausdehnungsmöglichkeiten, die die Kolonien der Arbeit geben, hindern sie die Problematik der Berufsordnung zu sehen. Erst in der Gegenwart erhielt der englische Roman einen gesellschaftlich kritischen Charakter, und damit zeigt er die veränderte Gesamtlage an. Die Romane

der Wells, Galsworthy und Shaw wahren äußerlich die Form des klassischen englischen Romans, aber ihre Typen sind problematisch geworden, Familie und Beruf, die beiden Grundlagen der bürgerlichen Gesellschaft, werden auf ihren Wert hin geprüft und nach Form und Inhalt in Frage gestellt. Damit greift eine Entwicklung nach England über, die auf dem Festland weit eher begonnen hatte.

Wir sind gewohnt den französischen Roman vor allem als den Roman der Gesellschaftskritik zu betrachten. Es ist richtig, daß er vor seinem ersten Aufblühen im 18. Jahrhundert, zunächst als revolutionäre Utopie, die gesamte Gesellschaftsordnung in Frage stellt, dann im 19. Jahrhundert die Auseinandersetzung zwischen Adel und Bürgertum, zwischen Bourgeoisie und Proletariat begleitet. Wenig ist bisher beachtet, wie scharf einerseits die einzelnen Berufstypen bei allen großen französischen Romanciers herausgearbeitet wurden, so daß zum Beispiel Balzac und Zola, die beiden fruchtbarsten, eine ganze Galerie moderner Berufe gaben, wie sehr auf der andern Seite bei den eigentlichen Helden Konflikt und Katastrophe sich aus der Unmöglichkeit ergeben einen vollen Menschen in die Einseitigkeit eines bürgerlichen Berufslebens zu zwingen. Balzac schafft aus diesem Konflikt den Typus des Bohemien, dem die Gesellschaft keine würdige Arbeit bietet, und der daher zum modernen "Fahrenden", zum Ketzer und Revolutionär wird. Für die Gegenwart hat Charles Louis Philippe am schärfsten die Berufstypen französischer Proletarier umrissen, denen ihr ganzes Schicksal, idyllisch oder tragisch, aus ihrem Beruf erwächst. Alle sozialen Probleme werden in diesem Problem: der Stellung des Menschen zu einem Beruf, beschlossen.

Deutschland fehlt die lange Entwicklung der beiden klassischen Länder des modernen Bürgertums. Ihm fehlt überhaupt ein Bürgertum als bewußte Klasse. Und daher fehlt ihm auch der große Gesellschaftsroman. Die bunte, uneinheitliche Reihe der deutschen Romane gibt ein um so getreueres Bild davon, wie schwankend die gesellschaftliche Meinung sich zur Frage von Beruf und Menschenleben stellt.

Der vorklassische Roman, die vorklassische deutsche Dichtung überhaupt, ist so ausschließlich moralisierend, daß der direkt pädagogische Zweck alle kritische Betrachtung der gesellschaftlichen Zusammenhänge auslöscht. Die literarische Revolution des "Sturm und Drang", die in ihrem Ursprung durchaus gesellschaftliche Revolution ist, opponiert ganz allgemein gegen gesellschaftliche Ungerechtigkeit und wirft dabei unterschiedslos durcheinander, was Klassenrevolte des rechtlosen Bürgers, und was anarchisches Freiheitsstreben des einzelnen war. Glänzendstes Beispiel hierfür ist der Werther. Goethe allein kommt in seinen späteren Werken zur umfassenden Betrachtung des großen neugestellten Problems, wie menschliche Bildung in einer Gesellschaft möglich sei, die spezialisierte Einzelleistung fordert. Aber seine große Betrachtungsweise war seiner Zeit unverständlich. Die Romantik, die seinen großen Erziehungs- und Gesellschaftsroman Wilhelm Meister zum Schibboleth nahm, begriff ihn rein ästhetisch-individualistisch. Sie steht dem gesellschaftlichen Problem mit der selben anarchischen Naivität gegenüber wie ihre Vorläufer, die Stürmer und Dränger.

Weil die Romantiker ausschließlich vom Individuum und seinen Rechten ausgehen, wie das der rein ästhetischen Betrachtung eigentümlich ist; weil

sie den einzelnen nur durch die absolute Idee beschränkt und gebunden sehen, nicht durch eine gesellschaftliche Wirklichkeit, stehen sie dieser durchaus ablehnend, ja verneinend gegenüber. Im halbabsolutistischen und wirtschaftlich noch schwachen Deutschland sind es die Vertreter der bürokratischen Staatsgewalt, die Beamten, gegen die sich vor allem die Ablehnung wendet. Der Beamte ist unweigerlich der Typus des verkümmerten, vertrockneten, seelenlos gewordenen Berufsmenschen, der Typus des Philisters. Und ein Stück von dieser kritiklos naiven Geringschätzung, die Fehler der gesellschaftlichen Struktur, Mängel der Kräfteverteilung einzelnen Berufsgruppen in die Schuhe schiebt, steckt noch heute in allen Angriffen auf den "Heiligen Bürokratius" und seine Jünger: als ob nicht jeder Deutsche mitschuldig daran wäre, daß die Verantwortung, die Initiative und damit die Macht in den Händen einer einzigen Berufsgruppe geblieben sind, die nur Funktionär der jeweils herrschenden Gesellschaftskreise sein sollte, aber in Deutschland gewohnt ist sich als Herrn der Gesellschaft zu fühlen. Hölderlins Klage im *Hyperion* ist durchaus romantisch und umschreibt in voller Klarheit die Stellung der Romantiker zu dem Problem beruflicher Arbeit. Da indes der Künstler, auch der romantisch die Wirklichkeit ablehnende, eine Lebenssphäre braucht, in der er seinen Menschen darstellen kann, so suchen und finden die Romantiker ihre Menschentypen abseits der gesellschaftlichen Wirklichkeit. Entweder wandern sie in die Vergangenheit, wo imaginäre Ritter, Künstler, Handwerker, Mönche und Einsiedler ihr Bedürfnis nach allseitiger, unverkümmerter Menschlichkeit befriedigen, oder sie suchen sich über oder unter der Sphäre des Alltags, in Kreisen des Hofes oder im "Volk" ihre Helden; oder endlich sie finden Berufstypen, die neben der gesellschaftlichen Wirklichkeit, gegenwartsfern dem Schicksal und der Dichtung entgegenreifen. Solche poetischen Berufe sind wechselnd der Künstler, der Landedelmann, der Offizier, der Landgeistliche, der Förster. Gemeinsam ist allen derlei romantischen Berufstypen, daß der eigentliche Inhalt des Berufs gleichgültig ist. Gesucht und dargestellt wird nur die Freiheit von der gesellschaftlichen Konvention, von der Einförmigkeit, Einseitigkeit und Gebundenheit des vertrauten (und verhaßten) Gegenwartsberufs. Sogar eine so wirklichkeitsgesättigte Darstellung wie die Schilderung des westfälischen Großbauern bei Immermann nimmt ihr Interesse aus dem Gegensatz gegen die gesamte übrige Gesellschaft: Adel, Beamtentum, städtisches Leben und bürgerliche Gesellschaftsordnung, und ist in ihrer Schwarz-Weiß-Manier wesentlich gegenwartsverneinend. Diese romantische Berufsverneinung finden wir als Unterstrom in der gesamten deutschen Literatur bis zur Gegenwart. Vorherrschend ist sie in den ersten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts, da in dieser Zeit der starke Persönlichkeitsdrang des 18. Jahrhunderts nachwirkte, während sich zugleich das völlig unpolitische deutsche Bürgertum von der Revolution und ihren Ideen "enttäuscht" abwandte. Unbefriedigt von der beengten Wirklichkeit, zurückgeschreckt von der Möglichkeit politisch-gesellschaftlicher Kämpfe, suchte sich der Deutsche in dieser Enge einen Ausweg in historische Erinnerungen oder ästhetisch-philosophische Träume und ließ die wirklichen Gegenwartsprobleme unberührt. Der Vergleich mit der deutschen Romantik und den außerdeutschen Parallelerscheinungen, die durchweg ihren revolutionären oder oppositionell-reaktionären Charakter nicht verleugnen, macht dies noch deutlicher.

Die dreißiger und vierziger Jahre bringen in steigendem Maß eine neue und bejahende Stellung zur Gegenwart und damit zum Beruf und zu beruflicher Arbeit. Der beginnende wirtschaftliche Aufstieg, die weite Arbeits- und Erfolgsmöglichkeit, der wachsende Einfluß und das reichere Leben der Unternehmerkreise; alles das läßt allmählich die Öffentlichkeit aufmerken. Mit einem für Deutschland charakteristischen blinden Radikalismus, der nicht gewohnt ist gesellschaftliche Verhältnisse zu überschauen sondern seine eigenen Theorien in sie hineinschaut, geht man von Ablehnung zu Berufsoptimismus über. Man sucht nach Freytags berühmtem Wort »das deutsche Volk bei seiner Arbeit«. Man sieht aber nur bestimmte Kreise, das Großbürgertum mit einem gelegentlichen Abstecher zum Kleinbürger hinüber. Und man sieht nur den einzelnen in seinem abgeschlossenen Wirkungskreis. Die Einstellung dieser Zeit der (fälschlich) sogenannten Realisten ist durchaus naiv frühkapitalistisch, am ersten mit dem englischen Roman des 18. Jahrhunderts zu vergleichen. Nur fehlt die Weite und Größe dieses englischen Bürgertums mit seinem Hintergrund werdender Weltherrschaft. Die Welt des aufsteigenden deutschen Bürgers ist sehr viel beschränkter. Es ist alles ein wenig »mieserig«, nach Fontanes Ausdruck. Freytags Kaufmannstochter Sibylle, die ihre zerstochnen Servietten und die Zügellosigkeit des serviettenzerstechenden Fink beweint, ist ebenso symbolisch dafür, wie der Held von Ludwigs Zwischen Himmel und Erde, der heroische Schieferdecker, der zu penibel ist sich auf sein eigenes Sofa zu setzen und dafür vom Dichter genügend belobt wird. Wir müssen diese Welt naiven Selbstdarstellung des französischen Romans oder den englischen sozialreformatorischen Romanen eines Dickens und Kingsley vergleichen, um den Abstand innerhalb der gleichen Epoche zu sehen.

Auf diese Jahrzehnte des bürgerlichen Entdeckerglücks, das von Otto Ludwig bis zu Theodor Storm reicht, folgte natürlich der Katzenjammer. Er hebt in den siebziger Jahren langsam an. Wilhelm Raabes damals einmütig abgelehntes und heute einmütig mißverständenes Werk ist dessen ein Zeugnis. Raabes Einstellung zur Gegenwart erscheint dem ersten Blick als rein romantisch, Rückschritt also gegen den Arbeits- und Berufsoptimismus der Jahrhundertmitte. In Wirklichkeit ist die Ablehnung alles dessen, was erfolgreich, angesehen, mächtig in der Gesellschaft war, durchaus unromantische und antiästhetische Kritik der Gründer- und Unternehmerkreise, des Schieber- und Strebertums, das das Kaiserreich beherrschte. Die Schwäche dieser sehr nüchternen Kritik liegt darin, daß Raabe reiner Intellektueller ist, von jenem spezifisch deutschen Abseitertum, das die grundsätzliche und moralische Seite der Verhältnisse sieht, die praktisch-technische aber ablehnt. So bleibt er praktisch wirkungslos und wird mit jenen Lokal- und Heimatdichtern zusammengeworfen, die, halb romantisch, halb naiv optimistisch, sich in flach geschilderten Tatsächlichkeiten der Gesellschaft gefallen. Die letzten dieser Dichtergattung, die, an sich belanglos, die bürgerliche öffentliche Meinung wiedergeben, sind die Hofdichter unseres heutigen Großunternehmertums, die Herzog, Boy-Ed und ihresgleichen, die durch loyale Gesinnung ihre geistige Armut wettmachen.

Raabes wahre Nachfolger sind die Gesellschaftskritiker der Naturalisten, die in Heinrich Mann ihren klarsten Vertreter, in Döblin den letzten und glänzendsten Karikaturisten finden. Was hier verspätet in Deutschland sich



einfindet und wirkliche Beobachtung an Stelle von Spekulationen bringt, sieht indes mehr verfallende und sich zersetzende Klasse als Beruf und Berufseigenart in gesellschaftlichem Zusammenhang. Diese Betrachtung, die für uns wichtigste Strömung der Gegenwart, Lebensdarstellung, die die Arbeit in ihrem gesellschaftlichen Zusammenhang und nach ihren gesellschaftlichen Bedingtheiten gestalten will, entsteht in Deutschland gleichzeitig wie in den anderen Ländern der bürgerlichen Zivilisation. Es ist die Arbeiterdichtung in ihrem ganzen Umfang als Biographie, Memoiren, autobiographischer, utopischer, Anklage- und Abenteuerroman. Neben den rein proletarischen Dichtern wie Maxim Gorkij, Martin Andersen Nexö, Jack London, stehen andere, deren Werk in seiner umfassenden Menschlichkeit ebenso die Proletarier- wie die Kleinbürgerklasse umfaßt, wie Charles Louis Philippe und solche, die nur gelegentlich in dies Gebiet streifen, wie Knut Hamsun. Was aber diese ganze werdende Literatur auszeichnet, ist ihr völliger Mangel an Romantik irgendwelcher Art, ihre Wirklichkeitstreue, die aus Einzelerlebnis und -erfahrung die gesamte Anschauung werden läßt und die kritische Stellung, die die gegebene Welt nicht bejaht sondern aus ihrer Problematik Forderungen erwachsen läßt.

Wir finden also nicht mehr die absolute romantische Berufsverneinung des Individualismus, nicht den Berufsoptimismus des aufsteigenden und geschäftstüchtigen Bürgers, nicht die aus rein ideologischen, intellektuellen und moralischen Bedenken erwachsende und daher pessimistische Berufskritik der bürgerlichen Dekadenz, sondern eine Haltung, die aus der wirklichen Erfahrung herrührt, mit den Möglichkeiten rechnet und aus ihrer Kenntnis Maßstäbe der Kritik gewinnt. Wir finden hier zuerst die wahrhaft revolutionäre Stellung zum Berufsproblem, jene, die die Erde aus den Angeln heben kann, weil sie auf der Wirklichkeit fußt. Daß alle diese Darstellungen von dem naiven Karl Fischer bis zum ultratendenziösen Upton Sinclair niemals das Berufsproblem allein sondern immer zugleich das Klassenproblem, die Berufsfrage als soziale Frage zeigen, liegt in der Eigenheit der gesellschaftlichen Situation, aus der ihre Dichtung erwächst, in der Sonderlage des modernen Proletariats, das berufsverflochten und klassensolidarisch ist.

# RUNDSCHAU

## ÖFFENTLICHES LEBEN

Geistige Bewegung / Herbert Kühnert

Haenisch † Der Tod Konrad Haenisch' ist bereits in der Rundschau Innenpolitik (in diesem Band Seite 304) mitgeteilt worden. In dieser Rundschau ist der Wirksamkeit des Verstorbenen als preußischer Kultusminister vom November 1918 bis zur Ära Boelitz zu gedenken. Diese Tätigkeit gibt ein treues Abbild der Problematik des Sozialismus, der zum erstenmal in Deutschland an die Macht gelangt war, insbesondere von seinem Verhältnis zu denjenigen grundlegenden Kulturfragen, die über die politische und wirtschaftliche

Zone hinausweisen, und weiterhin zu den Problemen, die sich vom Kulturziel her zur positiv-praktischen Gestaltung des Vorgefundenen im Sinn dieses Ziels ergeben. In jener Hinsicht ist zu sagen, daß sich im Zusammenhang mit dem Novembersturz die geistige Lage des deutschen Sozialismus insofern als unfruchtbar erwiesen hat, als allzu bereitwillige Neigung zu unkritischer Übernahme spezifisch bürgerlicher, insbesondere liberal-demokratischer Ideologien bestand. Es fehlte dem Sozialismus an einem im Positiven einheitlichen, modernen, umfassenden Kulturziel und demnach im Grunde an demjenigen geistigen Rückhalt, der für schöpferischen Aufbau unter

schwierigsten äußeren Umständen Grundbedingung ist. Aber es ist auch die Frage, ob selbst beim Vorhandensein eines solchen Inhalts der deutsche Sozialismus zur Zeit der Novemberumwälzung und unmittelbar danach der schöpferischen Aufgabe praktischer Arbeit im Sinn eines sozialistischen Kulturideals gewachsen gewesen wäre. Es fehlte sowohl seinem Führertum wie seiner Gefolgschaft, die sich bis dahin vorwiegend in der Opposition zum herrschenden System betätigt hatten, das nötige individuelle wie soziale Kapital an sozusagen technischer Erfahrung; es fehlte die Übung den Fluß der Alltagsdinge in der Staatsverwaltung von großen Zielen her zu überschauen und ihn zu lenken, ohne sich dabei am Kleinsten zu verlieren. Die Folge war unter anderm die, daß das sozialistische Führertum in Deutschland, wenn es vor große Verwaltungsaufgaben gestellt war, nur zu oft den Fehler beging durch Verordnungen der Zentralinstanzen dem Verwaltungsbereich Ziele setzen zu wollen, die an und für sich sehr schön und gut waren, aber außerhalb der Zentrale dem Mißverständnis, der Verflachung, der passiven Resistenz verfielen. Der offenbare Mißerfolg, den sie nach sich zogen, machte die Zentrale zum Teil wieder unsicher oder veranlaßte sie zu schlimmen Zutrümmungen oder zu Anpassungen, die dem Zweck mehr Abtrag tun mußten, als wenn seine Verwirklichung nie in das Verwaltungsprogramm aufgenommen worden wäre. Die "neue Zeit", von deren Anbruch man nach der Revolution so viel gesprochen hat, hätte eben nicht nur erfordert, daß dem alten Verwaltungssystem gegenüber Männer an die Spitze gestellt wurden, die das "neue System" proklamierten, sondern daß auch mit Macht und gutem Instinkt für charaktervolles Menschentum die Aufgabe der Organisierung des neuen Systems in Angriff genommen wäre. Welche Lehren der deutsche Sozialismus aus diesen theoretischen und praktischen Mißerfolgen ziehen soll, ist eine Frage, die die Sozialistischen Monatshefte seit langem positiv zu beantworten suchen. Hier soll nur darauf hingewiesen werden, wie sehr gerade der Rückblick auf die Tätigkeit Haenisch' als preußischer Kultusminister geeignet ist jene typische Lage des deutschen Sozialismus zu veranschaulichen. Haenisch war ein Mensch von grundständigster Gesinnung und enthusiastischer Gemütsart. Sein Enthusiasmus für Personen und Gedanken war freilich nicht immer sehr exklusiv. In seiner

rührend anmutenden Menschenkenntnis unterschätzte er gewaltig die dem Sozialismus feindlichen gesellschaftlichen Mächte und Instinkte. Als Mann, der aus einem freien Beruf plötzlich an die Spitze der Verwaltung des preußischen Bildungswesens berufen war, gelang es ihm nicht recht den Weg von der Theorie zur entsprechenden Tat zu finden, und wo er sich anschickte ihn zu gehen, ging er ihn nicht immer mit Sicherheit und Mut. So sind auch seine Verfügungen oft ein peinliches Halb- oder Ganzzurücknehmen des vorher übereilt Verfügten, ein Abschwächen und Anpassen gewesen, und so entstand dann bei seiner Tätigkeit der Eindruck eines Arbeitens in die Luft, mit Verfügungen und Kommissionsarbeiten, die die Wirklichkeit so gut wie ganz unberührt ließen. So kommt es, daß sich die Ära Boelitz auf dem Gebiet der Bildungspolitik in ihrer Art als viel konsequenter, fruchtbarer und nicht minder liberal erwiesen hat als die Ära Haenisch, die noch dazu am Anfang durch den politisch unmöglichen innern Gegensatz zwischen der Richtung Haenisch und der Richtung Adolph Hoffmann belastet gewesen war. Als Regierungshandlungen von wirklich klassischer Bedeutung werden aus der Ära Haenisch wohl nur in die Zukunft die von Haenisch selbst unterzeichneten Verfügungen vom 27. November 1918 an die Lehrer und an die Schuljugend der Höheren Schulen über den Geist der neuen Schule und die Schulgemeinde hinübertreten. Wenn sie auch von Haenisch hinterher zum Teil wieder abgeschwächt oder widerrufen worden sind, so werden sie dennoch jeder wirklich zeitgemäßen Schulreform noch auf Jahrzehnte hinaus richtunggebend sein.

Frankreich und Deutschland Das Musée Social in Paris

gibt eine Reihe von Schriften heraus, in denen französische Fachleute, die vermöge ihres Berufes mit Deutschland in Berührung stehen oder sich durch wiederholte Bereisung von Deutschland in ständigem Kontakt mit der deutschen Wirklichkeit erhalten haben, ihre Beobachtungen über das Deutschland von heute dem französischen Publikum mitteilen sollen. Diese Mitteilungen sollen sich rein referierend halten, unbeeinflusst von jeder politischen und sozialen Parteinahme und unabhängig von jedem Propagandastreben, also lediglich der Information über das heutige Deutschland dienen. Die Schriftenreihe ist durch ein Buch eröffnet worden dessen Verfasser der bekannte Literar-

historiker der Sorbonne Henri Lichtenberger ist. Lichtenberger hat in Frankreich bereits eine Reihe von Schriften veröffentlicht, die sich auf Themen aus der neuern deutschen Literaturgeschichte, auf die deutsche Politik und das deutsche Geistesleben im weitem Sinn beziehen (so Dichtung und Sage der Nibelungen, Die Philosophie Nietzsches, Richard Wagner als Dichter und Denker, Heine als Denker, Novalis, Goethes Faust, Der deutsche Imperialismus auf wirtschaftlichem Gebiet, Die Entwicklung des neuen Deutschlands). Den Anlaß zu seinem neuen Buch, das den Titel Deutschland und Frankreich in ihren gegenwärtigen Beziehungen trägt, hat dem Verfasser eine Studienreise gegeben, die er Anfang 1922 im Auftrag der Carnegiestiftung nach Deutschland unternommen hat. Die Niederschrift des Werkes, das unter anderm auch auf die französische Ruhrbesetzung eingeht, ist im Herbst 1922 erfolgt. Ein später veröffentlichter Anhang führt die Betrachtung der mit dem Ruhrkonflikt zusammenhängenden Ereignisse bis in das Frühjahr 1924 fort. Der Verlag Ernst Oldenburg in Leipzig hat eine, von R. Berger besorgte deutsche Ausgabe des Buchs herausgebracht. Das Hauptinteresse des deutschen Lesers richtet sich bei der Lektüre des Buches in erster Linie auf die Art, wie es das französische Publikum über das, was zur Zeit seiner Abfassung in Deutschland an politischen und wirtschaftlichen Tatsachen, Ereignissen und Strömungen war, unterrichtet. In formaler Hinsicht muß diese Art wegen ihrer klaren Gruppierung der Ereignisse, ihres übersichtlichen und volkstümlichen Herausarbeitens der entscheidenden politischen und wirtschaftlichen Zusammenhänge und Probleme, ihrer erschöpfenden Analyse der Hauptströmungen der öffentlichen politischen Meinung in Deutschland während der Zeit vom November 1918 bis zum Frühjahr 1924 als geradezu brillant bezeichnet werden. Es dürfte kaum deutsche Darstellungen geben, die sich auf das gleiche Thema beziehen, und die gleichen formalen Vorzüge aufweisen, wie sie Lichtenbergers Darstellung besitzt. Das Streben nach objektivem Eindringen in die verschiedenen Strömungen der deutschen öffentlichen Meinung und in die sozialen Hintergründe dieser Meinungen, ferner das Streben die so gewonnene Erkenntnis in den Dienst einer deutsch-französischen Verständigung, des gegenseitigen Zusammenwirkens bei der Wiederaufrichtung Deutschlands, Frankreichs, Europas zu

stellen, ist ganz unverkennbar; die große Zurückhaltung, die sich Lichtenberger gerade bei der Behandlung von Fragen auferlegt, die nur schwer einer leidenschaftslosen Erörterung zugänglich sind, verdient besondere Anerkennung. Am besten wird der Geist des Buches durch die Worte gekennzeichnet, mit denen der Verfasser es beschließt: »Die Lösung des deutsch-französischen Problems setzt bei den beiden mit einander ringenden Parteien ein großes Maß von Überlegung und Verzicht voraus, ein lebhaftes Gefühl für Selbstzucht und Entsagung, einen sichern Instinkt für das, was eine physische und moralische Möglichkeit bildet. Es ist natürlich für einen Sieger verführerischer seine Vorteile bis zum Ende auszunutzen und den Kampf mit einem sensationellen "knock out" zu beendigen; es kann für einen Besiegten ruhmvoller erscheinen im entscheidenden Augenblick die Augen zu schließen und Hals über Kopf ins unbekante Weite zu stürzen. Die entschiedenen Lösungen haben jene Einfachheit und jenen "Zauber des Extremen" für sich, die so gewaltig auf die Massen wirken, wie andererseits die geduldigen Kombinationen der die Versöhnung herbeiführenden Vermittler leicht den Hohn der Menge und die Verachtung der Ideologen erwecken. Es ist schwer eine erspriessliche Aussprache in die Wege zu leiten, schwerer noch sie der öffentlichen Meinung annehmbar zu machen. Und wir fühlen uns in der Tat genötigt einzugestehen, daß, wenn es verständlich ist einen freundschaftlichen Vergleich zwischen Frankreich und Deutschland zu wünschen, die sich für seine Verwirklichung bietenden Aussichten recht ungewiß sind. Wir haben die Hindernisse, die uns von diesem Ziel trennen, weder verschwiegen noch unterschätzt. Ihre Überwindung geht aber vielleicht doch nicht über menschliche Kräfte. Wünschen wir deshalb, daß sich die öffentliche Meinung weniger sensibel gegenüber dem Prestige der Hasardeure, den Einflüsterungen der Leidenschafts- und Gewaltmenschen, den Rufen der Unversöhnlichen zeige, daß sie in entschiedenerer Weise Stellung nehme gegen diejenigen, die Europa in die Abenteuer treiben und es hindern "seinen Garten zu pflegen", daß sie denjenigen mehr Vertrauen schenke, die Formeln für eine Verständigung suchen, daß sie die Weisheit finde ohne Widerstreben die Gefahr auf sich zu nehmen, die für beide Teile die unmittlere Bedingung für eine harmonische Aussöhnung sind. Wenn die öffentliche Meinung sich mehr mit der

Notwendigkeit der Versöhnung vertraut machte, wenn sie weniger leicht den Eingebungen des Mißtrauens und des Pessimismus folgte, würde die Aufgabe der Staatenlenker, die im gegenwärtigen Augenblick einen gütlichen Vergleich suchen, außerordentlich vereinfacht sein. Der Ruhrkrieg kann ebenso gut das Vorspiel einer gegenseitigen Annäherung wie das neuer Zerstörungen und Verwüstungen sein. Hoffen wir, daß es Friede und Versöhnlichkeit sein wird, auf die sich die Völker einstellen werden.«

Das Problem Deutschland-Frankreich erschöpft sich nicht in dem beiderseitigen Bewußtsein gemeinsamer wirtschaftlicher und politischer Interessen und in den Folgerungen, die hieraus für gegenseitiges Zusammenwirken auf den Gebieten der Wirtschaft und Politik gezogen werden. Es umschließt vielmehr auch die Sphäre des geistig-kulturellen Daseins. Für Frankreich gilt dies um so mehr, als man die enge Verflechtung, die hier von jeher zwischen dem politischen Schicksal der Nation und dem Lebenswerk seiner großen geistigen Führer bestanden hat, im Vergleich zu Deutschland geradezu als charakteristisch ansehen kann. Wenn bei irgendeinem Land also die vom politischen Leben losgelöste, etwa vorwiegend ästhetische, Betrachtung geistiger und künstlerischer Taten den deutschen Betrachter zu schiefem Urteil oder zu Oberflächlichkeit verführen kann, so ist dies bei Frankreich der Fall. Wie sehr aber gerade der deutsche Intellektuelle aus Gründen, auf die hier nicht näher eingegangen zu werden braucht, zu solcher Oberflächlichkeit neigt, wird ohne weiteres deutlich, wenn man sich kritisch mit den verschiedenen Antworten befaßt, die zu verschiedenen Zeiten in Deutschland auf die Frage, was das geistige Frankreich dem geistigen Deutschland bedeuten kann, gegeben worden sind. Vielleicht hängt es mit dieser, wenn auch verständlichen, so doch unheilvollen Oberflächlichkeit zusammen, wenn sich das deutsche Urteil über das geistige Frankreich von Zeit zu Zeit zu seiner eigenen Verwunderung immer einmal in sein eigenes Gegenteil verkehrt sah, ohne sich dabei aber im Grunde jemals wirklich zu berichtigen oder zu vertiefen und damit an der Schaffung brauchbarer Grundlagen für ein wirklich allseitiges Verständnis von Volk zu Volk oder gar für ein enges Zusammenwirken mitzuarbeiten. Einen Ansatz zu einer deutschen Betrachtungsweise, die solche Fehler der

Vergangenheit vermeiden möchte, hat uns Otto Grautoff in seinem Buch *Die Maske und das Gesicht Frankreichs in Denken, Kunst und Dichtung* gegeben /Gotha, Friedrich Andreas Perthes/. Freilich nur einen Ansatz. Denn wenn auch seine These richtig ist, daß französische Dichter der Gegenwart, die an klassische, katholische, lateinische Tendenzen in der französischen Seele anknüpfen, für das umfassende Verständnis dieser Seele durch den deutschen Beobachter genau so wichtig, vielleicht in der Gegenwart noch wichtiger sind als Anatole France, der große Nachfahre Voltaires, oder als der Rousseauismus in der französischen Kunst der Gegenwart, so darf doch keineswegs der Eindruck erweckt werden, als hätte das für uns politisch oder künstlerisch wichtige Frankreich der Gegenwart mit den Anatole France, Barbusse, Duhamel usw. überhaupt nichts mehr zu tun. Felix Stössinger hat vor einiger Zeit in einer Reihe ausgezeichnete Aufsätze in der Weltbühne, unter dem Titel *Was ist uns Frankreich?*, das wahre Gesicht des Frankreichs, auf das es für das heutige geistige Deutschland ankommt und von jeher angekommen ist, jedenfalls sehr viel richtiger gesehen als Grautoff. Er hat darauf hingewiesen, zu welcher Fülle von Unsinnigkeiten die von Woringer eingeführte Formel "Gotik = Germanisch, Renaissance = Welsch" auch im Urteil über Frankreich geführt hat. (Daß die Gotik, die eine Ausstrahlung orientalischen Geistes ist, ihren europäischen Ursprung in Frankreich hat, kann ja heute nicht mehr bestritten werden.) Es scheint, daß auch auf Grautoffs Auffassungen vom französischen Geist ähnliche schiefe Parallelen wie "Romantizismus = germanischer, Klassizismus = lateinischer Geist" eingewirkt haben. Als fruchtbarer hätte sich hier vielleicht der Gedanke erwiesen von der Gegenüberstellung Individualismus-Sozialismus auszugehen, die zunächst eine Antithese bedeutet, aber zur Synthese drängt, und die für das europäische Geistesleben des 19. und beginnenden 20. Jahrhunderts charakteristisch ist, von hier aus eine Erklärung zu suchen für die Tendenzen der Gegenwart, durch die alte, dem Sozialismus im weitesten Sinn wesensverwandte Prinzipien, wie Imperium, Gemeinschaft, Form, Katholizität usw., wieder mit Erfolg aufgenommen worden sind, und wie der Kriegszug gegen den Individualismus in Frankreich (diesem Land des Individualismus, das aber eben zugleich das Geburtsland des Sozialismus in Europa

ist) eine dessen besonderer politischer Lage, dessen besonderen Traditionen usw. entsprechende Form gefunden hat. Nichtsdestoweniger ist Grautoffs Buch von Wichtigkeit und großem Wert, da es den Versuch macht Frankreich nicht unter einem Gesichtspunkt zu zeigen, bei dem der Wunsch des deutschen Liberalen oder Sozialisten oder Individualisten oder Ästheten gewissermaßen der Vater des Gedankens ist, sondern derart, daß dabei auf Erkenntnis der Verflechtung des geistigen Lebens in Frankreich mit dem politischen, auf Herausarbeitung einer vom nationalistischen oder humanitären Standpunkt des deutschen Betrachters unabhängigen Totalität des französischen Geisteslebens eingegangen wird. In diesem Sinn kann das Buch Grautoffs, besonders auch wegen seiner zahlreichen, für das Problem Deutschland-Frankreich wichtigen Literaturangaben und Tatsachen, empfohlen werden. Daß man, will man in den komplizierten französischen Geist eindringen, grundsätzlich die uns geläufige Konvention abtun muß, hat Christian Herrmann hier in seinem Artikel Geistige Strömungen im modernen Frankreich (in diesem Band der Sozialistischen Monatshefte Seite 344 und folgende) gezeigt. Von besonderer Wichtigkeit sind natürlich die direkten praktischen und organisatorischen Versuche das Verständnis der beiden Völker für einander wachzurufen, den Haß abzugraben, die Gemeinschaftsarbeit vorzubereiten. Hier muß vor allem bei der Jugend erziehung begonnen werden. Der deutsche Schulmann Wilhelm Appens /Dortmund/ und der französische Schulmann Edmond Duméril /Nantes/ wandten sich am 12. Dezember 1924 mit einem gemeinsamen Aufruf an die deutsche und die französische Lehrerschaft durch ihren Einfluß im Unterricht der Jugend den unheilvollen nationalistischen Haßempfindungen zu begegnen, die der Weltkrieg in breiten Schichten der deutschen und französischen Bevölkerung wachgerufen hat, und die durch Unkenntnis des Nachbarvolks und absichtliche politische Einflüsterungen noch verstärkt worden sind. Die Lehrer möchten auf beiden Seiten durch verständnisvolle Erklärung der Eigentümlichkeiten der beiden Völker aufklärend und friedensstiftend wirken und so den Geist des Krieges von innen her auszumerzen suchen. Die Unterzeichnenden fordern Lehrer und Erzieher solcher Gesinnung in Deutschland und Frankreich auf ihre Namen bekanntzugeben und durch Briefwechsel einander näherzutreten.

**Kurze Chronik** Die Katholischtheologische Fakultät der Universität Breslau hat folgende *Preis-aufgabe* gestellt: »Wie ist das Streben nach dem eigenen Seelenheil sittlich zu bewerten?« ◊ Im Dezember 1924 wurde in Paris ein *Internationales Institut des Geistes* gegründet, das den Zweck hat die geistigen Emanationen und Strömungen aus allen Ländern der Erde zusammenzufassen, zu registrieren, zu verbinden, moderne Schaffungsmethoden zu unterstützen, kurz die geistigen Produktionen technisch und wissenschaftlich fruchtbar zu machen. Dieser Gründung liegt ein bedeutender und echt internationaler Gedanke zugrunde, der in seiner Realisierung stärker als manches andere Werk kriegshemmend und völkerverbindend wirken könnte. ◊ Am 1. April wurde die *Hebräische Universität in Jerusalem* eröffnet. Lord Balfour hob in einer Rede hervor, daß die Entwicklung der alten jüdischen Kultur niemals, auch in der Zeit der Zerstreuung nicht, unterbrochen worden sei und nun in der neubegründeten Jerusalemer Universität, wie man hoffte, einen besonders fruchtbaren Boden gefunden haben dürfte. Die Araber sollten sich im Frieden mit den Juden dieser neuen Forschungsstätte freuen und sie ebenfalls zur Förderung der Wissenschaft nach Kräften benutzen. Zugleich mit der Feier wurde der Grundstein zur Einsteinstiftung gelegt; das Manuskript seiner Abhandlungen zur Relativitätstheorie ist von Einstein der Universität überwiesen worden. ◊ Durch eine Stiftung des Technikers Fritz Bergmann in Berlin ist ein *Studentenaustausch* zwischen der Wiener und der Kieler Universität ermöglicht worden. 12 Studenten der Wiener Universität werden für das ganze Studienjahr 1924-1925 in die Bergmannstiftung in Kiel kostenfrei aufgenommen; auf Kosten der gleichen Stiftung studieren 12 Kieler Studenten diese beiden Semester in Wien. ◊ Durch die Tagespresse ging die Nachricht, daß nach einem Vortrag des Direktors der Boxerschule im Berliner Sportpalast Vertreter staatlicher und städtischer Schulbehörden im Verein mit verschiedenen Leitern höherer Schulen sich dafür eingesetzt hätten, daß man im Schulplan den *Boxsport* stärker berücksichtige. Dagegen wandte sich scharf der Bund Entschiedener Schulreformer (Volksbund für neue Erziehung). Dieser Sport müsse durch seine rohen Kampfmethoden auch seelisch verrohend auf die Jugendlichen wirken, deren Empfindungsleben schon genügend durch den Krieg gelitten habe.

## WISSENSCHAFT

Geschichte / Walther Koch

Mittelalter

Wer die Gegenwart verstehen will, muß das Werden der Dinge auf staatlichem, wirtschaftlichem und geistigem Gebiet bis ins Mittelalter zurückverfolgen. Besonders für die Erkenntnis der politischen Gegenwartsaufgaben ist es dringend notwendig die Entwicklung des Deutschen Reichs, seiner Verfassung und Verwaltung, seiner Landschaften und ihrer Beziehungen zu den Nachbarstaaten zu studieren, das heißt sich in die mittelalterliche Geschichte zu vertiefen.

Die von Ludo Moritz Hartmann herausgegebene Weltgeschichte in gemeinverständlicher Darstellung (Gotha, Friedrich Andreas Perthes), die in dieser Rundschau schon oft besprochen worden ist, hat ja auch das Mittelalter eingehend behandelt. Der Band *Siegmond Hellmanns* über das frühe Mittelalter, das heißt die Zeit bis zum Ausgang der Kreuzzüge, erschien jetzt in 2., erweiterter und veränderter Auflage. In der Neubearbeitung werden die geistigen, vor allem die kirchlichen Verhältnisse stärker berücksichtigt als in der 1. Auflage (siehe darüber diese Rundschau, 1920 II Seite 1030 und folgende). Die Unparteilichkeit, die das Buch auszeichnete und die dem Verfasser von den verschiedensten Seiten verübelt wurde, ist erhalten geblieben.

Als ein neues, sehr beachtenswertes Werk über das frühe Mittelalter tritt nun dem Hellmanns der 2. Band der Weltgeschichte *Hans Delbrücks* (Berlin, Otto Stollberg & Co.) zur Seite, eine Zusammenfassung der Vorlesungen, die Delbrück von 1896 bis 1920 an der Berliner Universität über das Thema hielt. Aus der Fülle der Schilderungen und Erörterungen, die das Buch bringt, sei hier einiges herausgegriffen. Die Arbeit ist wesentlich politisch orientiert, wirtschaftliche und kulturelle Probleme treten in Delbrücks Darstellung zurück. Die staatlichen Beziehungen Deutschlands zu Gesamteuropa wie die Zusammenhänge der deutschen Einzelstaaten unter einander werden dagegen in sehr anregender Weise behandelt. Gerade heute wieder ist es uns von besonderer Bedeutung geworden, wie das Deutsche Reich sich aus den Fluten der Völkerwanderung herausbildete, wie es seine Form im römischen Kaisertum fand und so in die allgemeinen europäischen Beziehungen mit all ihren Konflikten und all ihrem Reichtum hineingestellt, wie es gewun-

gen wurde sich jahrhundertlang mit Papsttum und Kirche und länger noch mit dem Partikularismus auseinandersetzen. Germanentum und Christentum traten als neue bestimmende Mächte in das Leben Europas und führten auf den Trümmern der antiken Welt ein neues Zeitalter herauf, das auf Kirche und Lehnswesen beruhte. Aus der Urgemeinde, deren sozialistischen Charakter Delbrück in polemischer Abweisung der Kautsky'schen Auffassung bestreitet, wird auf römischem Boden die Anstaltskirche, die, wie so vieles andere Römische, den römischen Amtsbegriff übernimmt. Die christliche Kirche bildete schon im 3. Jahrhundert einen wohlorganisierten Staat im Staat. Sie unterwühlte mehr und mehr den Boden des Staates, der seine wohldisziplinierte Armee allmählich immer mehr einbüßte, bis Konstantin den großen schicksalshaften Gedanken faßte das Kaisertum nicht mehr im Widerstreit zur Kirche, sondern im Bündnis mit ihr neu aufzurichten. So entstand das Staatskirchentum; die Kirche hatte der Staatsgewalt wie diese ihr zu dienen. Es folgten die jahrhundertlangen Konflikte zwischen Staat und Kirche, die bis heute noch nicht endgültig gelöst sind. Die Athanasianer lehnten die enge Anlehnung an den Staat ab, die die Arianer wünschten. Der Streit der beiden theologisch-dogmatischen Richtungen spielte stark ins politische Leben hinein. In der Mehrzahl der germanischen Stämme herrschte zunächst der Arianismus, während die Franken Athanasius anhängen, der schließlich Sieger blieb. Von größter Bedeutung für Verfassung und Verwaltung wurde es, daß der Staat die Hilfe der Bischöfe auch für seine eigene Verwaltung in Anspruch nahm, wodurch die Geistlichen zugleich weltliche Beamte mit Amt und Besitz wurden. Daraus resultierten dann die stärksten Konflikte in der Investiturfrage, wie etwa in den Kämpfen zwischen Heinrich IV und Gregor VII. Nach Augustin sollten geistliche und weltliche Gewalt zusammen einträchtig die Welt regieren, jede von ihrem eigenen Gebiet aus. Doch mußte der Staat danach trachten die Herrschaft über die Kirche zu gewinnen, um seine Autorität zu festigen und ebenso umgekehrt. Während im Frankenreich eine Zeitlang die Bischöfe vom König einfach ernannt worden waren, bestimmte das Pariser Edikt vom Jahr 614, daß der Bischof gewählt und vom König nur bestätigt werden solle. Zugleich steigt aus den Trümmern des alten heidnischen Roms das römische katholische Papsttum

herauf. Die Hausmeier im Frankenreich mußten, um sich in ihrer illegitimen Stellung zu behaupten, ein Bündnis mit diesem Papsttum eingehen, also schon damals eine Art Koalitionsregierung aufrichten. So entstanden das kirchlich geweihte Kaisertum und die Ansprüche des Papsttums auf Landbesitz des Kirchenstaates in der sogenannten Pipinischen Schenkung, die zusammen mit der Konstantinischen Schenkung lange ein Streitobjekt bildete, bis im 15. Jahrhundert der Humanist Laurentius Valla nachwies, daß es sich dabei um eine Fälschung handelte.

Das Verhältnis der Kräfte wechselt zwischen Kaisertum und Papsttum dauernd, wie dies vor allem in der Art der Kaiserkrönung zum Ausdruck kam, die von Karl dem Großen viel selbstherrlicher gedacht war, etwa so, wie sie 1000 Jahre später Napoléon in Szene setzte. Otto I verknüpfte dann die Vereinigung Deutschlands und Italiens endgültig mit dem Kaisertitel, der die Herrschaft über Rom und das Papsttum einschloß. Viele Forscher sehen bekanntlich in dieser Verbindung zwischen deutschen Königen und römischem Kaisertum die Ursache der nationalen Schwäche Deutschlands im Vergleich zu England und Frankreich. Sicher hat sich dadurch die Entwicklung Mitteleuropas bedeutend schwieriger und komplizierter, aber auch zukunftsreicher gestaltet. Die Kaiser hatten ja durch ihre Verbindung mit Rom einen wesentlichen Einfluß auf das deutsche Episkopat, der sich freilich bei einem Konflikt mit dem Papsttum in sein Gegenteil verkehrte. Den Höhepunkt des Kampfes zwischen Kaisertum und Papsttum bildet der Canossagang Heinrichs IV, den Delbrück als eine Art Sieg Heinrichs IV hinstellt. »Die Buße von Canossa, welche den Jahrhunderten als der höchste Triumph der Kirche über den Staat gegolten hat, war in jenem Augenblick eine politische Niederlage des Papsttums, ein Gewinn des Königs.« Der Streit um Investitur und Regalien ging weiter. Das Konkordat von Worms im Jahr 1122 kann nur als ein unhaltbarer Kompromiß gelten. Die Wahl des Bischofs blieb in der Hand des Königs; bevor der König als Symbol der Amtsbefugnis dem Bischof das Szepter verliehen hatte, durfte die Weihe nicht stattfinden. Zu Beginn des 13. Jahrhunderts war es mit dem Einfluß des Königtums auf die deutsche Kirche, auf den einst die Ottonen das Reich gegründet, um den Heinrich IV und Heinrich V gekämpft, und den Friedrich Barbarossa

wieder aufgenommen und dann durchgefochten hatte, zu Ende. Friedrich II wird schließlich in scharfe Opposition zur Kirche gedrängt, nachdem er 25 Jahre lang ein Bündnis mit ihr gesucht hatte. Er will gegen den Papst an ein Konzil appellieren und bereitet damit die neuere reformatorische Entwicklung vor. Das Papsttum siegte. Das Geschlecht der Hohenstaufen wurde vernichtet. Doch ist die Idee der in sich selbst ruhenden, von Gott gewollten weltlichen Gewalt erhalten geblieben.

Das Verhältnis von Papsttum und Kaisertum beeinflusste ständig die innere Entwicklung des Deutschen Reichs. Wie war aus dem Nebeneinander der Völkerschaften das Deutsche Reich entstanden? Erst im Frankenreich kam es zu einer Zusammenfassung der verschiedenen Stämme zu einer Einheit. Diese Einheit umfaßte gleichmäßig Romanen und Germanen. Ranke schreibt mit Recht die Geschichte der romanisch-germanischen Völker; denn diese bildeten im Mittelalter, auch nachdem sich das Reich Karls des Großen als universales staatliches Gebilde aufgelöst hatte, eine durch Kirche, Kreuzzugsfahrten, Ritter-, Mönchtum und Handelsbeziehungen zusammengehaltene Einheit. Die nationale Eigentümlichkeit entfaltete sich erst langsam. Die deutschen Stämme fanden sich nach Delbrück zum Beispiel erst durch die in der Schlacht auf dem Lechfeld am 10. August 955 gemeinsam bezwungene Gefahr des Hunneneinfalls als Deutsche zusammen, die Franzosen und ebenso die Engländer bedeutend später. Während sich aber Frankreich und England nach einer Zeit der Feudalisierung, die alle staatliche Verbindung auflöste, zur staatlichen Einheit konsolidierten, Frankreich aufbauend auf der Isle de France Hugo Capets, England dank der weit-sichtigen Kriegsverfassung Wilhelms des Eroberers, zersplitterte sich Deutschland durch die Erblichkeit der Lehen in partikularistische Länder, um ähnlich wie Italien erst spät im 19. Jahrhundert zur staatlichen Einheit zurückzufinden; beide Länder aufbauend auf einer nördlich gelegenen Teilmacht; hier Preußen, dort Savoyen. Die Teilungen des karolingischen Reiches fanden durchaus nicht nach nationalen sondern lediglich nach dynastischen Gesichtspunkten statt. Der Vertrag von Verdun, der Ostfranzien von Lotharingen und Westfranzien schied, kennzeichnet durchaus nicht die Geburtsstunde des Deutschen Reichs. Während Lotharingen sowohl germanische wie

romanische Elemente umfaßte, gehörte das germanisch sprechende Flandern zu Westfranzien; ein weiterer Beweis dafür, daß man bei der Teilung von Verdun an eine Gliederung nach Sprache oder Nationalität nicht gedacht hat. Auch der Vertrag von Mersen /870/ ließ im Norden germanische Gegenden beim Westreich, im Süden romanische beim Ostreich. Bis zu Ludwig dem Kind hin löst sich das karolingische Reich fortschreitend auf, weil die Grafen den Amtscharakter mehr und mehr in den einer selbständigen Lehnsherrschaft umwandeln. Das Reich Heinrichs I und Ottos I wie ihrer Nachfolger baute sich dann auf den Stammeshertzogtümern mehr föderalistisch auf. Erst von der Schlacht auf dem Lechfeld an fühlten sich, wie gesagt, die Stämme als einheitliche Nation. Von dieser Zeit an bis auf den heutigen Tag liegt der Gedanke der nationalen Einheit im Kampf mit dem Stammesgedanken, später mit dem Gedanken der Landeshoheit. Erst aus dem deutschen Staat erwächst das deutsche Nationalbewußtsein, nicht umgekehrt. Im Reich ging dann der Kampf um die Frage, ob Erb- oder Wahlmonarchie. Es blieb bei der Wahlmonarchie, die später immer mehr und mehr zum Ausbau des Partikularismus der Fürsten benutzt wurde, während das König- und Kaisertum sich praktisch auf den Ausbau der eigenen Hausmacht legte. In Heinrich VI vereinigten sich alle geistigen Elemente, die einem römischen Kaiser deutscher Nation eigen sein mußten, für kurze Zeit; er war deutscher Wahlkönig mit gesicherter Nachfolge und größtem eigenen Hausbesitz, ausgesöhnt mit dem rivalisierenden Welfenhaus, römischer Kaiser, Herr von Italien, Erbkönig von Sizilien, Oberlehnsherr der halben Welt, Führer und Vertrauensmann der Christenheit in dem großen Kampf gegen den Islam.

Die Zeit Friedrich Barbarossas und Heinrichs VI hatte dem nationalen Gedanken in der Dichtung Walthers von der Vogelweide Ausdruck geliehen. Trotzdem mußten auch die Hohenstaufen, besonders Friedrich II, dem dynastischen Partikularismus nachgeben und konnten nicht hindern, daß das Reich zerbröckelte. Friedrich II sah sich 1231 gezwungen die deutschen Fürsten von dem letzten Rest des Beamtentums loszusprechen und als Landesherrn anzuerkennen. Ritter und Städte wurden der aufstrebenden Fürstenmacht geopfert. Die Auflösung des Reichs war bereits im 13. Jahrhundert vollzogen. Nach dem Inter-

regnum traten ungefähr zu gleichen Zeiten die Fürstenhäuser auf die politische Bühne, die späterhin den wesentlichsten Einfluß auf die politischen Schicksale Deutschlands haben sollten: die Habsburger und die Hohenzollern, diese als Burggrafen von Nürnberg. Das Kaisertum suchte Stütze in einer Stärkung der eigenen Hausmacht, also auch auf dynastisch-partikularistischem Weg. An die Stelle weniger Herzöge traten zahlreiche Reichsfürsten. Die alten Herzogtümer Schwaben und Franken lösten sich in ein buntes Vielerlei kleiner und kleinster Herrschaften auf. Nachdem der Kurverein von Rhense bereits die päpstliche Mitwirkung bei der Wahl der deutschen Könige ausgeschaltet hatte, fand nunmehr in der Goldenen Bulle von 1356 das Reich seine feste Form, indem es 7 Kurfürsten heraus hob, die ursprünglich das Recht der ersten Wahl, nachher das alleinige Recht der Wahl des Königs erhielten. In dieser äußern Form fristete das Reich Jahrhunderte hindurch weiter sein Leben, immer unfähiger die Völker Mitteleuropas wirklich zusammenzufassen, bis es schließlich dem Sturmwind der Napoleonischen Kriege erlag.

An dieses Römische Reich deutscher Nation gliederten sich in mehr oder weniger loser Form Länder an, die im Sinn der Sprache und Abstammung keineswegs als deutsch gelten können. Dieses Reich trug ja, da es die Fortsetzung des alten Roms darstellte (ganz besonders unter den Karolingern, aber auch später), immer ein übernationales Gepräge, schon durch seinen Zusammenhang mit der universalen römisch-katholischen Kirche. An den Grenzen wogte es hin und her. Es dehnte sich stark nach dem Osten aus und schuf hier auf ursprünglich slawischem Boden eine Reihe slawisch-germanischer Mischstaaten, die später die Grundlage des preussischen Staates bildeten. Otto I gründete auf erobertem Slawenboden die Bistümer Brandenburg, Havelberg, Oldenburg in Holstein und machte das Erzbistum Magdeburg zum Mittelpunkt der Wendenmission. Im Norden gründete er die Bistümer Ribe und Aarhus in Jütland und erneute das Bistum Schleswig. Otto III trug die Schuld an der Loslösung Polens durch die Gründung eines selbständigen Erzbistums in Gnesen, dem die Bistümer Kolberg, Breslau und Krakau unterstellt wurden. Allerdings hatte dies andererseits wieder zur Folge, daß die Westslawen sich nicht der griechischen sondern der lateinischen Kirche und damit Europa zuwandten. Friedrich



Barbarossas großer Rivale Heinrich der Löwe war von Niedersachsen aus in besonderem Maß im Norden und Osten kolonisatorisch tätig. Die polnischen Herzöge in Schlesien schlossen sich an Deutschland an und germanisierten ihr Land. Das gleiche geschah in Mecklenburg und Pommern. Das Vordringen der Mongolen bis nach Schlesien im Jahr 1241 wurde nicht durch Kräfte des Reichs sondern durch innere Streitigkeiten aufgehalten. Infolge der Kreuzzüge faßte im Nordosten vor allem der Deutsche Ritterorden in Preußen und der Schwertorden in Livland Fuß, bis sich beide später vereinigten. Noch heute steht die Darstellung des Ordensstaats durch Heinrich von Treitschke unübertroffen da. Böhmen war seit Heinrich I dem Reich angegliedert. Die tschechischen Fürsten hatten ebenfalls deutsche Einwanderer ins Land gezogen und damit Böhmen weithin germanisiert. Unter Karl IV bildete Böhmen mit Prag den Kern des Reichs. Eine große, über-nationale Mission hatte das deutsche Volk im Mittelalter zu erfüllen. Wie stand es im Westen? Wie wir sahen, stellte das Karolingerreich selbst einen romanisch-germanischen Staat dar. Das zwischen dem Ost- und Westreich gelegene Lotharingen mit dem Rheinland war lange ein Spielball dynastischer Interessen. Während im Jahr 921 Heinrich auf Lothringen verzichtete, trat 925 nach der Wahl Rudolfs von Burgund zum König der Westfranken Lothringen zu Deutschland über: eine Tatsache, die jetzt Anlaß zur Feier der 1000 jährigen Zugehörigkeit des Rheinlands zum Deutschen Reich gab. Nach Delbrück kann man im Jahr 925 noch nicht von einem selbstbewußten deutschen Volk sprechen. Vielmehr war seit dem Niedergang des Altertums die germanisch-romanische Völkergruppe Trägerin der Weltgeschichte. Eine wesentlich moderne Idee wie die nationale, die erst aus der Großen französischen Revolution und ihren weltgeschichtlichen Erschütterungen geboren ist, darf nicht, wie dies oft bei uns geschieht, auf Zeiten zurückgeführt werden, für die sie noch gar nicht galt. Ein großer Teil des heutigen Frankreichs bildete zum Beispiel Jahrhunderte lang einen Bestandteil des Deutschen Reichs, nämlich Burgund mit Marseille, Toulon, Besançon. Da im Anfang eine starke Zentralgewalt in Westfranken fehlte, übte der Osten eine gewisse Anziehungskraft auch auf das halbgermanische Zwischenland, das alte Lotharingen, aus. Dieses Land reichte

vom Rhein bis zur Schelde, Utrecht, Cambray, Verdun, Metz, Aachen, Köln, Trier, Nancy gehörten dazu. Auch die Sprachgrenze hat sich erst sehr allmählich herausgebildet. Seit dem 16. Jahrhundert drang das Französische, wenn auch nur in geringem Maß, vor. Umgekehrt blieb das germanische Flandern bei Westfranzien. Die feinsten Blüten der mittelalterlichen Kultur entstammen einer Vereinigung germanischen und romanischen Wesens, wie dies Delbrück bei den Normannen nachweist, in denen germanisches Kriegerum und romanisch-christliche Kulturidee sich verbinden. Auch nachdem sich deutsches und französisches Volkstum schärfer von einander abgrenzen, bleiben in jeder der beiden Nationen Rasseelemente der andern bestehen.

Hervorragend interessant ist das Kapitel, das Delbrück der Entstehung des französischen Staates und Volkes widmet. Die Bezeichnungen Franke und Franzose sind ganz und gar nicht gleichzusetzen. Mit Franke bezeichnet man einerseits in zu weitem Sinn den Bewohner des großkarolingischen Frankenreichs, andererseits in zu engem den Bewohner des Gebiets um Paris, oder, wie man es später nannte, der Isle de France. Dann wieder gilt der Franke als der Christ schlechthin. Von Paris aus bildete sich organisch in jahrhundertlangem Wachstum Frankreich, während Deutschland ein ähnlicher Mittelpunkt versagt blieb. In Frankreich wie in Deutschland kämpften Einheits- und partikularistische Tendenz mit einander, wenn auch in sehr verschiedener Weise. Im 13. Jahrhundert spielen die Kämpfe zwischen England und Frankreich in die deutsch-französischen Beziehungen stärker hinein, und seit dieser Zeit gibt die englische Politik den wechselnden Schicksalen der europäischen Geschichte das Gepräge. Die Schlacht von Bouvines /1214/ spielt für die deutsche Geschichte eine gleich große Rolle wie für die französische und englische. Die Folge dieser Schlacht war für England die Magna Charta, für Frankreich die Begründung des Nationalstaats, für Deutschland der Sieg der Staufer über die Welfen. Deutschland wurde nunmehr immer von neuem durch den Kampf zwischen einer englisch und einer französisch orientierten Partei zerrissen. Ein deutscher Herzog soll gesagt haben: »Wenn mein Herr, der römische König, englischer Söldner geworden ist, so werde ich mit geringerer Schande französischer Söldner sein.«

Delbrück schildert in seinem Werk, wie die Entwicklung Frankreichs, so auch die Geschichte Englands, vor allem die wichtige Entwicklung seiner Verfassung, die zur Herausbildung des Parlaments führte. Für die viel geschlosseneren innere Entwicklung Englands war die kluge Besitzverteilung entscheidend, die Wilhelm gleich nach der Eroberung des Landes vornahm. Sie ließ keinerlei Partikularismus aufkommen. Das Grafenamt wurde in England nie so feudalisiert und deshalb nie so entwertet wie auf dem Kontinent. Von großer Bedeutung wurde auch die Herausbildung einer Finanzverwaltung in England. Dort standen sich eine angelsächsische und eine normannische Auffassung gegenüber. Delbrück sieht in der Herrschaft der Normannen das bestimmende Moment. Infolge der Normannenherrschaft kam es zu einer äußerst engen Verbindung zwischen England und Frankreich. Bei aller Besonderheit der Einzelentwicklung ist doch allen mittelalterlichen Staaten des Abendlands eine gewisse Gemeinsamkeit der Struktureigenen, die weitgehend durch Kirche und Lehnswesen bedingt ist. Erst das späte Mittelalter brachte eine stärkere Sonderung der Nationen und die Herausbildung von Nationalstaaten wenigstens in Westeuropa mit sich.

Der mittelalterliche Mensch, gesehen aus Welt und Umwelt Notkers des Deutschen /Gotha, Friedrich Andreas Perthes/ nennt sich ein Werk *Paul Th. Hoffmanns*. Es versucht auf Grund gründlicher Quellenkenntnis an der Lebenswelt Notkers, eines Mönches von Sankt Gallen, die mittelalterliche Welt zu deuten. In das Buch spielen allerdings psychoanalytische Begriffe hinein, die nicht nur aus Freud sondern auch aus Blüher ihre Nahrung saugen. Das Kloster wird als Männerbund, der mittelalterliche Dualismus von Natur und Geist als Hysterie genommen. Modeschlagworte wie Verdrängung, Eros, Mythos verdunkeln oft den Einblick in die mittelalterliche Welt. Sicherlich ist das Buch für jeden anregend. Doch wird man den Gedanken nicht los, daß der Verfasser allzu oft beliebigen, willkürlichen Konstruktionen unterliegt.

**Sammlungen** Eine Sammlung *Die Geschichtschreiber der deutschen Vorzeit* /Leipzig, Dyksche Buchhandlung/ bringt, neu übersetzt von Wilhelm Reeb, Auszüge aus Ammianus Marcellinus, der uns die Zusammenstöße der römischen Welt-

macht mit den germanischen Stämmen schildert; ferner das Register Innozenz IV über die Reichsfrage von 1198 bis 1209, in Auswahl übersetzt und erläutert von Georgine Tangl.

In der Sammlung *Thule* /Jena, Eugen Diederichs/, dieser Reihe von bedeutenden Dokumenten nordischer Vergangenheit, auf die nachdrücklich hingewiesen werden muß, erschien die Geschichte Thidreks von Bern, übertragen von Fine Erichsen. Dieser Dietrich (Thidrek) von Bern war im deutschen Mittelalter der von Sagen umwobene germanische Held. Die Thidreks saga gehört daher enger zur deutschen als zur altnordischen Literatur. Jeder Freund der nordischen Sagenwelt wird es dankbar begrüßen, daß der Verlag Diederichs die alten Überlieferungen so liebevoll pflegt.

Eine Sammlung von besonderem Wert hat Friedrich von der Leyen unter dem Titel *Bücher des Mittelalters* herauszugeben begonnen /München, F. Bruckmann/. Sie soll nach der Ankündigung des Verlags »in reicher und anschaulicher Vereinigung von Wort und Bild dem weiten Kreise der Empfänglichen die Wunderwelt des Mittelalters erschließen und damit zugleich eine Forderung der gegenwärtigen, einen neuen Universalismus erstrebenden Wissenschaft erfüllen«. Man kann sagen, daß die ersten beiden Bände, die bis jetzt herauskamen, diesem Vorsatz in schöner Weise genügen. Für den einen hat der Kölner Privatdozent Goswin Frenken die Legenden von den Wundern und Taten der Heiligen gesammelt, in dem andern geben Werner und Maja Schwartzkopf Sagen und Geschichten aus dem alten Frankreich und England wieder. Das Mittelalter, scheinbar unserm technischen Zeitalter geistig fernliegend, wird durch die Vertiefung in diese Geschichten gerade dem schaffenden Menschen der Gegenwart seelisch nahegerückt. Die Bildtafeln, die aus französischen, deutschen, niederländischen und englischen Handschriften wiedergegeben sind, namentlich die außerordentlich gut gelungenen farbigen, bewirken, daß der Leser bei der Betrachtung der Bände, die sich durch schönen Druck auszeichnen, lange verweilt. Man wird auf diese Bücherreihe zurückkommen, wenn sie weiter fortgeschritten ist.

**Kurze Chronik** Anfang dieses Jahres wurde unter dem Vorsitz des Königsberger Professors Max Ebert, des Herausgebers der *Gesellschaft für vorgeschichtliche For-*

schung gegründet. Sie soll vor allem die Zeitschrift Vorgeschichtliche Forschungen verwalten und ein Bibliographisches Jahrbuch für vorgeschichtliche Forschung herausgeben. ◊ Auf der Jahrtausendausstellung in Köln wird zum erstenmal versucht das überall verstreute Material über die bedeutende Rolle, die das *Judentum im Rheinland*, besonders im Mittelalter, gespielt hat, zu sammeln. Bereits im Anfang des 4. Jahrhunderts hat es jüdische Gemeinden in Köln, Worms, Mainz und Speyer gegeben. Die äußere Geschichte der Juden am Rhein wird durch Originalurkunden, Memoirenbücher, Porträts berühmter jüdischer Persönlichkeiten, Trachten, Siegel und dergleichen, das geistige Leben durch wertvolle Handschriften aus der reichen religiösen Literatur des rheinischen Judentums, die Synagoge durch Bilder alter und neuer Synagogen, Kultgeräte usw. dargestellt. ◊ Als Nachfolger O. Krauskes ist dem Heidelberger Professor *Wolfgang Windelband* das Ordinariat für mittlere und neuere Geschichte an der Universität Königsberg übertragen worden. ◊ Am 19. Mai wurde der Göttinger Historiker *Max Lehmann* 80 Jahre alt. Er ist neben Ritter der älteste deutsche Historiker und hat noch bei Leopold von Ranke studiert. Seine beiden Hauptwerke sind Biographien Scharnhorsts und Steins. Er hat ferner die große *Aktensammlung Preußen* und die katholische Kirche publiziert. Von 1875 bis 1893 gab er, zusammen mit Sybel, die *Historische Zeitschrift* heraus.

**Literatur** Eine fesselnde Schilderung zeichnet das neueste Werk *Friedrich Gundolfs* über *Caesar* aus, die als »Geschichte seines Ruhmes« bezeichnet wird (Berlin, Georg Bondi). Es verbindet weiteste innere Erfahrung mit umfassendem Gesamtüberblick. Das großartige Fortwirken des Caesarischen Geistes von der Antike über das Mittelalter und die Renaissance hinweg bis zu Napoléon und Nietzsche findet hier seine Darstellung. Von seinem Goethebuch her kennt man Gundolfs Art die Persönlichkeit zu erfassen: nicht durch Beschreibung einer Summe von Einzelzügen sondern vom Zentrum aus die Gestalt bildend. (Aus gleichem Kreis und gleichem Geist erstand auch das *Napoléonbuch* Berthold Vallentins, das im selben Verlag erschien.) ◊ In der *Inselbücherei* / Leipzig, *Inselverlag* / erschien Das Leben des Kaisers *Heinrich IV* von Johannes Bühler, einem begeisterten Bewunderer dieses Kaisers.

## Rechtswissenschaft / Karl Steinhoff

**Rechtsnot** Am 10. Mai trat in Berlin ein außerordentlicher Anwaltstag mit der Tagesordnung *Rechtsnot* zusammen. Der Referent für Zivilprozeß wies auf die verhängnisvollen Mängel der Prozeßreform hin, von denen er die Änderung in der Besetzung der Gerichte und des Instanzenzugs, die einer Abschaffung gleichkommende Beschränkung der Revision in Ehesachen und das Güteverfahren besonders hervorhob. Auf dem Gebiet des Strafrechts und des Strafprozesses beklagte der Berichterstatter den Abbau der ordentlichen Strafjustiz durch die Schaffung von Ausnahme- und Sondergerichten unter besonderem Hinweis auf die einst berichtigten bayrischen Volksgerichte und den Staatsgerichtshof zum Schutz der Republik. Er forderte ferner Nichteinmischung parlamentarischer Untersuchungsausschüsse in allen Fällen, in denen die alleinige Zuständigkeit der Gerichte begründet ist. Das sollte eine Selbstverständlichkeit sein, nachdem man gesehen hat, wozu unverantwortliche Parteien den Untersuchungsausschuß des preußischen Landtags im Fall *Barmat* mißbrauchen konnten. Denunziationen übelster Art, ohne Zusammenhang mit dem Fall *Barmat*, wurden gegen ehrenwerte Männer mit der Devise "Semper aliquid haeret" öffentlich verhandelt. Diesem das öffentliche Leben erst recht eigentlich vergiftenden Skandal nicht aus sachlicher Einsicht sondern aus politischer Absicht handelnder Untersuchungsausschüsse muß durch scharfe Abgrenzung der Zuständigkeiten rasch ein Ende gemacht werden. Schließlich erörterte der Berichterstatter die unterschiedliche Behandlung politischer Gefangener. Bände sind darüber geschrieben und gesprochen worden. Einzige Abhilfe: Personalreform im Strafvollzugsdienst und in den vorgesetzten Staatsanwaltschaften. Die Darlegungen über *Rechtsnot* im bürgerlichen und Handelsrecht beschäftigten sich in der Hauptsache mit der Aufwertungsfrage. In der Behandlung öffentlichrechtlicher Fragen wurde der Mißbrauch des Artikels 48 der Reichsverfassung erneut verurteilt. Der Bericht wurde von der Versammlung einmütig gebilligt. Eine einstimmig angenommene Resolution fordert 1. Erlaß von Verordnungen lediglich auf verfassungsmäßigem Weg, aber nicht mehr durch ein Ermächtigungsgesetz; beschleunigte Verabschiedung des Ausführungsgesetzes zum Artikel 48, Nach-

prüfung der Verfassungsmäßigkeit der Notverordnungen, 2. Aufhebung aller Ausnahme- und Sondergerichte, 3. Wiederherstellung der Grenze zwischen Gesetzgebung und Verwaltung, 4. Aufhebung der Emmingerverordnung zur Prozeßreform. Es bleibt abzuwarten, welche Maßnahmen die Reichsregierung und der Reichstag zur schleunigen Justizreform ergreifen werden. Die Begrüßungsrede des Reichsjustizministers ließ die Absicht einer besonders Aktivität der Regierung auf diesem Gebiet nicht erkennen.

**Strafprozeß** Während des sogenannten Tschekaprozesses vor dem Staatsgerichtshof in Leipzig unternahm es der Vorsitzende den Verteidiger eines Angeklagten wegen Ungebühr mittels polizeilichen Zwangs aus dem Sitzungssaal zu entfernen und, da die Verteidigung nach § 140 der Strafprozeßordnung notwendig war, einen neuen Verteidiger zu bestellen. Es folgte ein Beschwerdeschritt der Anwälte beim Reichsjustizminister. Dieser gab eine völlig unzulängliche Erklärung ab. Inzwischen haben sich die Beteiligten und die Öffentlichkeit mehr oder weniger beruhigt. Offenbar sind wir seit Jahren an Rechtsverletzungen und objektive Rechtsbeugungen von außen und im Innern so gewöhnt, daß das Rechtsgefühl selbst auf schwere Verletzung der durch Verfassung und Gesetz anerkannten Rechtssicherheit nicht mehr mit der nötigen Schärfe reagiert. Diese Feststellung ist um so bedauerlicher, als die Stärke des Rechtsgefühls eines Volkes ein Gradmesser seines Kultur-niveaus ist. Die Frage, ob ein Rechtsanwalt als Verteidiger wegen Ungebühr aus dem Sitzungssaal entfernt werden kann, ist von grundsätzlicher Bedeutung. Auf strafbaren Hausfriedensbruch kann die Entfernung anerkanntermaßen nicht gegründet werden, da der Aufenthalt des Verteidigers im Sitzungssaal niemals »unbefugt« im Sinn des § 123 des Strafgesetzbuchs ist. Aber auch die Vorschriften des Gerichtsverfassungsgesetzes über Sitzungspolizei sind nicht anwendbar. Nach § 177 dieses Gesetzes können Parteien, Beschuldigte, Zeugen, Sachverständige und an der Verhandlung nicht beteiligte Personen auf Beschluß des Gerichts zwangsweise entfernt werden. Rechtsanwälte sind nicht aufgeführt. Nun wird gesagt, daß die Aufzählung in § 177 unvollständig sei, indem zweifellos auch Nebenintervenienten, gesetzliche Vertreter und Prozeßbevollmächtigte der Bestimmung un-

terlägen. Selbst die Richtigkeit dieser Ansicht unterstellt, wäre sie immer noch ohne Beweiskraft für die Anwendbarkeit dieser Bestimmung auf Rechtsanwälte. Die Unzulässigkeit ihrer Anwendung folgt aber positiv aus dem (aufgehobenen) § 180 alter Fassung des Gerichtsverfassungsgesetzes, der trotz der gleichartigen Bestimmung in § 179 alter Fassung für Parteien, Zeugen usw. dennoch die Ordnungsstrafe für Rechtsanwälte ausdrücklich regelte, während neben § 177 eine ähnliche Vorschrift fehlt. Auch der Hinweis auf § 143 des Regierungsentwurfs zum Gerichtsverfassungsgesetz von 1877 trifft nicht zu. Die dort vorgesehene Zwangsentfernung von »nicht amtlich beteiligten Personen«, zu denen die Begründung auch die Verteidiger rechnet, ist in die Fassung des § 177 des Gerichtsverfassungsgesetzes nicht übergegangen. Der Entwurf kann daher zur Auslegung des § 177 nicht herangezogen werden. Wenn es hiernach bei der klaren Fassung der gesetzlichen Bestimmung noch eines Beweises für die Gesetzwidrigkeit der Zwangsentfernung eines Verteidigers bedürfte, so ist es das Fehlen irgendeiner Vorschrift, die im Fall der notwendigen Verteidigung vorsieht, was nach der Zwangsentfernung des Verteidigers zu geschehen hat. Der § 145 der Strafprozeßordnung, der die sofortige Bestellung eines andern Verteidigers für den Angeklagten durch den Vorsitzenden anordnet, wenn nicht Aussetzung der Verhandlung beschlossen wird, hat zur Voraussetzung, daß der Verteidiger in der Hauptverhandlung ausbleibt, sich unzeitig entfernt oder die Verteidigung verweigert. Keine dieser Voraussetzungen liegt hier vor. Ergebnis: Gewaltsame Entfernung des bisherigen und Bestellung eines neuen Verteidigers sind gleichermaßen gesetzwidrig. Welches Vertrauen soll in die Strafjustiz gesetzt werden, wenn schon der Vorsitzende eines zur Entscheidung über politische Anklagen berufenen obersten Gerichtshofs die Verfahrensvorschriften in der geschilderten Weise handhabt? Allerdings kann auch die Bemerkung nicht unterdrückt werden, daß es in diesem Fall Pflicht des neuen Verteidigers gewesen wäre unter Berufung auf § 145 Absatz 2 der Strafprozeßordnung grundsätzlich die Aussetzung der Verhandlung zu erzwingen. Die Strafprozeßordnung ist die Magna Charta des Angeklagten. Sie enthält ohnehin nur die notwendigsten Rechtsschutzgarantien gegen Verfahrenswillkür. An hervorragender Stelle stehen

die Rechte der Verteidigung, die besonders bei der notwendigen Verteidigung in erster Linie Schutzrechte des Angeklagten sind. Diese Rechte wären ein Fetzen Papier, wenn es dem Ermessen des Gerichts überlassen wäre einen unbequemen Verteidiger wegen „Ungebühr“ zwangsweise zu entfernen. Die sachgemäße Verteidigung, zumal in verwickelten politischen Prozessen, setzt neben der genauesten Kenntnis der Akten sowie der einschlägigen Rechtsliteratur und -praxis oft das Studium der geschichtlichen Zusammenhänge einer Epoche voraus. Die Vertretung durch einen neu bestellten Verteidiger, der weder den bisherigen Gang des Prozesses kennt noch das Material beherrscht, kann in keiner Weise als Ersatz für den Ausfall des sachkundigen Verteidigers gelten. Der Angeklagte ist sonach mit der Beseitigung seines bisherigen Verteidigers tatsächlich schutzlos. In dieser Tatsache liegt die ungeheure Verletzung des modernen Rechtsempfindens.

Die gesetzwidrige Entfernung eines notwendigen Verteidigers ist ein Stoß, geführt nicht gegen den Verteidiger sondern ins Herz der Strafprozeßordnung, gegen ein Grundrecht des Angeklagten. Sie ermöglicht den Versuch die rechtlich oder tatsächlich delikatesten Prozesse ungehemmt durch sachkundige Verteidigung im Sinn der Anklage zu erledigen. Was eine derartige Gerichtspraxis für die künftige Verhandlung von politischen Linksprozessen bedeuten würde, liegt auf der Hand. Es beweist zugleich, daß die Frage neben der strafprozessualen eine eminent politische Bedeutung hat. Sache des Reichstags wird es sein eine Wiederholung des in Leipzig gemachten Versuchs einer Vergewaltigung des Gerichtsverfassungsgesetzes und der Strafprozeßordnung ein für allemal unmöglich zu machen.

**Arbeitsrecht** Die Verfassung des Deutschen Reichs verheißt im Artikel 157: »Die Arbeitskraft steht unter dem besondern Schutz des Reichs. Das Reich schafft ein einheitliches Arbeitsrecht.« Zur Erfüllung dieses Versprechens waren in den letzten Jahren große arbeitsrechtliche Gesetzentwürfe in Angriff genommen worden: Tarifgesetz, Arbeitsgesetzbuch, Stilllegungsgesetz, Arbeitszeitgesetz, Hausgehilfengesetz, Arbeitslosenversicherungsgesetz, Schlichtungsordnung, Arbeitsgerichtsgesetz. Einen ausgezeichneten Überblick über die geplante Neuordnung des Arbeitsrechts unter Hervorhebung der

leitenden Gesichtspunkte und der grundsätzlichen Fragen bietet das Buch Erich Melsbachs Deutsches Arbeitsrecht / Berlin, Walter de Gruyter & Co./ Die Entwicklung der Wirtschaftslage gegen Ende des Jahres 1923 und der Stand des Kampfes zwischen Kapital und Arbeit haben ihren Ausdruck auch im Arbeitsrecht gefunden. Auf Grund der beiden Ermächtigungsgesetze vom 13. Oktober und 8. Dezember 1923 hat eine Reihe von Verordnungen wichtige Teile des Arbeitsrechts umgestaltet und die bisherigen gesetzgeberischen Vorarbeiten hinfällig gemacht. (Man ist dabei so eilig vorgegangen, daß einige der Verordnungen und Arbeitsstreckung und die über die Aufbringung der Mittel für die Erwerbslosenfürsorge, bereits am 13. Oktober 1923 und lediglich als Ministerialverordnungen gleichzeitig mit dem Ermächtigungsgesetz, auf das sie sich gründeten, verkündet wurden, obgleich dieses Ermächtigungsgesetz erst am 15. Oktober in Kraft trat und nicht die einzelnen Minister sondern die Reichsregierung in ihrer Gesamtheit ermächtigte. Der Fehler ist durch eine spätere Neuausfertigung und -verkündung wiedergutmacht worden, aber dieser Schnitzer und die "Druckfehler", die andauernd Berichtigungen im Reichsgesetzblatt erfordern, offenbaren die beschämend geringe Sorgfalt, mit der die zuständigen Stellen arbeiten. Solche handwerklich unsaubere Arbeit kann nicht scharf genug gerügt werden.) Walter Kaskel hat diese Neuerungen im Arbeitsrecht in einem Vortrag übersichtlich zusammengestellt, der auch im Druck erschienen ist, bei Reimar Hobbing in Berlin. Neben den Kündigungsbeschränkungen des Betriebsrätegesetzes galten auf Grund einer Demobilmachungsverordnung vom 12. Februar 1920 für die *Entlassung von Arbeitnehmern* besondere Beschränkungen. Der Arbeitgeber durfte Arbeitnehmer zum Zweck der Betriebseinschränkung nur entlassen, wenn ihm eine Arbeitsstreckung nach den Verhältnissen des Betriebs nicht zuzumuten war. Aber auch wenn er Entlassungen vornehmen durfte, war der Arbeitgeber in der Auswahl der zu Entlassenden nicht frei sondern an gewisse Richtlinien (Betriebsverhältnisse, Lebens- und Dienstalter sowie Familienstand des Arbeitnehmers) gebunden. Über Streitigkeiten entschieden die Schlichtungsausschüsse, deren Schiedssprüche die Demobilmachungskommissare für verbindlich erklären konnten. Diese allgemeinen Kündigungs-

beschränkungen hat eine Verordnung über Betriebstillegungen und Arbeitsstreckung vom 15. Oktober 1923 aufgehoben. Nur soweit größere gewerbliche Betriebe oder Betriebe des Verkehrsgebietes infolge Nichtbenutzung von Betriebsanlagen über einen gewissen Bruchteil der Gesamtbelegschaft hinaus Arbeitnehmer entlassen wollen, bedürfen sie innerhalb einer bestimmten Wartezeit der Zustimmung der Demobilmachungsbehörde, die für die Dauer der Wartezeit eine Arbeitsstreckung anordnen kann; nach Ablauf der Wartezeit ist der Arbeitgeber auch von dieser Beschränkung frei.

Demobilmachungsverordnungen aus dem November und Dezember 1918 und März 1919 hatten den *8stündigen Maximalarbeitstag* für Arbeiter und Angestellte eingeführt. Überschreitungen des Achtstundentags bedurften außer in Notfällen behördlicher Genehmigung. Eine Verordnung über die Arbeitszeit vom 21. Dezember 1923 hat einleitend diesen Bestimmungen zwar von neuem Gesetzeskraft verliehen, aber durch ihre weiteren Vorschriften den Weg zum Ersatz des Achtstundentags durch den Zehnstundentag bereitet. Nur theoretisch wird der Achtstundentag noch als Normalarbeitstag aufrechterhalten. Die zugelassenen Ausnahmen machen in Verbindung mit der allgemeinen Wirtschaftslage den Zehnstundentag praktisch zur Regel. Zunächst kann der Arbeitgeber nach Anhörung (nicht Zustimmung) der gesetzlichen Betriebsvertretung einseitig und selbständig für 30 Tage im Jahr die Arbeitszeit bis auf täglich 10 Stunden ausdehnen. Ferner kann der Arbeitgeber nach Anhören der Betriebsvertretung einseitig und selbständig bei gewissen Arbeiten, die der bessern Ausnutzung des Betriebs dienen (Bewachung, Reinigung und Instandhaltung der Betriebsanlagen, Be- und Entladen von Schiffen und Eisenbahnwagen zur Innehaltung der gesetzlichen Ladefristen), die Ausdehnung der Arbeitszeit für Frauen und Jugendliche um 1, für männliche Arbeiter über 16 Jahre um 2 Stunden täglich anordnen. Die Ausdehnung der Arbeitszeit kann auch durch Tarifverträge erfolgen. Tarifvertragliche Bestimmungen über die Arbeitszeit, die mit dem Sinn des öffentlichrechtlichen Arbeitnehmerschutzes, insbesondere der Rücksicht auf die Schutzbedürftigkeit der weiblichen und jugendlichen Arbeitnehmer unvereinbar sind, können allerdings von der Behörde beanstandet und unter Umständen durch andere Bestimmungen ersetzt

werden. Soweit die Arbeitszeit nicht tariflich geregelt ist, kann auf Antrag des Unternehmers nach Anhören der gesetzlichen Betriebsvertretung die Gewerbeaufsichtsbehörde eine Ausdehnung der Arbeitszeit zulassen. Während in allen diesen Fällen die Arbeitszeit 10 Stunden täglich nicht überschreiten darf, ist eine weitere Überschreitung immer aus dringenden Gründen des Allgemeinwohls und bei vorübergehenden Arbeiten zulässig, die in Notfällen oder zur Verhütung des Verderbens von Rohstoffen oder des Mißlingens von Arbeiterzeugnissen unverzüglich vorgenommen werden müssen. Die Einhaltung dieser Bestimmungen wird in abgeschwächtem Grad durch Strafvorschriften erzwungen. Der Arbeitgeber ist nämlich bei Duldung oder Annahme freiwilliger Mehrarbeit, soweit es sich um männliche Arbeitnehmer über 16 Jahre handelt, dann nicht mehr strafbar, wenn die Mehrarbeit durch besondere Umstände veranlaßt und nicht dauernd ist, und wenn sie weder durch Ausbeutung der Notlage oder der Unerfahrenheit des Arbeitnehmers von dem Arbeitgeber erwirkt wird noch auch offensichtlich eine gesundheitliche Gefährdung mit sich bringt. Wenn daher in der Arbeitszeitverordnung theoretisch der Achtstundentag als Normalarbeitstag aufrechterhalten wurde, so machten die zugelassenen Ausnahmen in Verbindung mit der allgemeinen Wirtschaftslage den Zehnstundentag praktisch zur Regel.

Mit der Wiedererstarkung der Gewerkschaften begann der Kampf um die Rückgewinnung des Achtstundentags. Ferner sah sich die Reichsregierung zur Erfüllung ihrer Verpflichtung aus § 7 der Arbeitszeitverordnung genötigt. Durch Verordnung vom 20. Januar 1925 wurde das Dreischichtensystem zunächst in den Hochofen- und Kokereibetrieben wieder eingeführt. Gleichzeitig sind die großen arbeitsrechtlichen Gesetzentwürfe, insbesondere auch das Arbeitszeitgesetz in Verbindung mit der Ratifikation des Washingtoner Abkommens über den Achtstundentag wiederaufgenommen worden.

Auch die *Erwerbslosenfürsorge* ist durch eine Verordnung vom 15. Oktober 1923 wesentlich umgestaltet worden. Während bisher die Kosten der Erwerbslosenfürsorge lediglich aus öffentlichen Mitteln aufgebracht wurden, werden jetzt die Mittel durch Beiträge von Arbeitgebern und Arbeitnehmern sowie durch Zuschüsse der Gemeinden aufgebracht. Nur soweit die Höchstleistungen der Arbeit-

geber, Arbeitnehmer und Gemeinden zur Deckung des notwendigen Gesamtaufwandes in einzelnen Bezirken mit ungewöhnlich großer Arbeitslosigkeit zeitweise nicht ausreichen, leisten das Reich und die Länder Beihilfen. Die Gewährung der Unterstützung soll von einer Arbeitsleistung gemeinnützigen Charakters abhängig gemacht werden, ohne daß für diese Arbeitsleistung eine weitere Bezahlung erfolgt, eine Bestimmung, die bekanntlich heftigen Widerspruch der Gewerkschaften hervorgerufen hat. Der den provisorischen Zustand der Erwerbslosenvorsorge ablösende Entwurf eines Arbeitslosenversicherungsgesetzes soll dem Reichstag zugehen.

**Totenliste** Am 2. September 1924 starb, 69 Jahre alt, der bekannte Jurist und Politiker

**Adelbert Düringer** (siehe die Rundschau Innenpolitik, 1924 Seite 706). Seine juristische Laufbahn führte ihn bis zum badischen Justizminister. Sein literarisches Hauptwerk ist der Kommentar zum Handelsgesetzbuch. Als Politiker war er konservativ gerichtet; das hinderte ihn jedoch nicht aus der deutschnationalen Reichstagsfraktion, der er seit der Nationalversammlung angehörte, auszutreten, als er in wesentlichen Fragen zu seiner Partei in Gegensatz geriet. Weiteren Kreisen des Volkes ist er durch seinen Kampf um die Aufwertung bekannt geworden.

In der Nacht zum 5. Oktober starb in Berlin der Rechtsanwalt **Max Hahn**, nach langem schweren Leiden. Er war einer der geachteten Berliner Anwälte und erfreute sich auch des besondern Vertrauens seiner Kollegen. Seine Rechtspraxis wurde nicht nur von juristischen sondern vornehmlich auch von sittlichen Grundsätzen bestimmt. Seit 1924 war er Stellvertretender Vorsitzender des Deutschen Anwaltvereins.

Am 20. Oktober starb in Berlin der Rechtsanwalt **Fritz Grünspach**, erst wenig über 50 Jahre alt. Seine Beredsamkeit beim Plädoyer war ebenso bekannt wie sein Geschick beim Zeugenverhören. Er war seit 1922 Syndikus der Deutschen Bühnengenossenschaft und spielte in Theaterprozessen eine große Rolle.

Einen schweren Verlust hat die internationale Rechtswissenschaft am 3. Januar 1925 durch den Tod des frühern Kammergerichtsrats **Felix Meyer** erlitten. Meyer war Begründer und langjähriger Vorsitzender der Internationalen Vereinigung für vergleichende Rechtswissenschaft und Volkswirtschafts-

lehre, außerdem Vizepräsident der International Law Association und Membre de l'Institut de droit international. Eines seiner Hauptverdienste ist sein Entwurf eines Weltwechselrechts.

Anfang Februar starb in Sankt Moritz der bedeutende Berliner Rechtsanwalt **Max Silberstein**, im Alter von 67 Jahren. Er war im Verein mit Adelbert Düringer und Eugen Fuchs einer der tatkräftigsten Vorkämpfer für die Aufwertung, besonders der Hypotheken. Bei seinen Kollegen erfreute sich Silberstein wegen seiner beruflichen und menschlichen Qualitäten hohen Ansehens, weshalb er auch in den Vorstand der Anwaltskammer gewählt wurde.

Gleich bekannt als Verteidiger wie als Bühnenschriftsteller, auch als Gatte der Dichterin Ernst Rosmer war **Max Bernstein**, der am 18. März in München starb. Er ist 70 Jahre alt geworden.

Die Juristische Fakultät der Universität Berlin verlor durch den Tod **Josef Partsch** ein bedeutendes Mitglied. Kartsch starb am 30. März im Alter von 47 Jahren an einem Herzschlag, und zwar in Genf, wo er sich einige Tage, von einer Schiedgerichtsverhandlung in Paris kommend, aufhielt. Er hat unter anderm viel beachtete Abhandlungen zum Versailler Vertrag veröffentlicht.

**Kurze Chronik** Die *Vereinigung deutscher Staatsrechtler* hielt am

9. und 10. März in Leipzig ihre 3. Tagung ab. Walter Jellinek /Kiel/ berichtete über den Schutz des öffentlichen Rechts durch ordentliche und durch Verwaltungsgerichte sowie über die Organisation eines Reichsverwaltungsgerichts. Der Mitberichterstatte Gerhard Lassar /Berlin/ forderte, im Gegensatz zum Berichterstatte, der eine Vereinheitlichung für erstrebenswert hielt, weitem Ausbau der Verwaltungsgerichte und Schaffung eines besondern Reichsverwaltungsgerichts unter Ablehnung der Errichtung von Verwaltungsgerichtsenaten beim Reichsgericht. Über die neueste Entwicklung des deutschen Gemeindeverfassungsrechts sprachen Fritz Stier-Somlo /Köln/, Hans Helfritz /Berlin/ und August Köhler /Tübingen/. ◊ Auch in diesem Jahr veranstaltet die *Akademie für internationales Recht* im Haag 2 Vorlesungsreihen über internationales Recht. Der 1. Kursus findet vom 13. Juli bis zum 7. August, der 2. vom 18. August bis zum 4. September statt. Der Plan wird auf Wunsch vom Sekretariat des Verwaltungsrats im Friedenspalast im Haag übersandt. ◊ Der

Reichsgerichtspräsident *Walter Simons* ist zum Korrespondierenden Mitglied des Instituts für internationales Recht an der Universität Kiel gewählt worden. Die besonderen Verdienste Simons' um die Entwicklung des internationalen Rechts sind bekannt. Als dessen ausgezeichneter Kenner wurde er bereits vor einiger Zeit zum Mitglied des Institut de droit international ernannt. Er ist außerdem Vizepräsident der 1873 gegründeten International Law Association, an deren letzten Tagungen in Buenos Aires /1922/ und in Stockholm /1924/ er hervorragend mitgewirkt hat.

**Literatur** In der Reihe der Hamburgischen Schriften zur gesamten Strafrechtswissenschaft /Hamburg, W. Gente/, die der als rastloser Kämpfer gegen die Todesstrafe bekannte Professor Moritz Liepmann herausgibt, ist unter dem Titel Das Hamburgische Jugendgefängnis Hahnöfersand ein umfangreicher Bericht *Walter Hermanns* über Erziehungsarbeit im Strafvollzug erschienen. *Walter Hermann* hat es gemeinsam mit *Curt Bondy* unternommen den Strafvollzug in einem Jugendgefängnis im Geist und mit den Mitteln der Jugendbewegung zu einer Erziehungsarbeit zu gestalten. ◊ Eine gewisse Ergänzung bilden die Studien zur Erziehungsarbeit an verwahrlosten Mädchen, die *Hildegard von Heimann* mit Berücksichtigung der Erfahrungen in der Erziehungsanstalt in Hamburg-Ohlsdorf in der selben Schriftenreihe veröffentlicht. Wir begrüßen diese Wendung der wissenschaftlichen Literatur zu Fragen, die eine Angelegenheit des öffentlichen Gewissens sein sollten. ◊ Ein weiteres Heft der selben Sammlung enthält eine Abhandlung *Arthur Wegners* Kriminelles Unrecht, Staatsunrecht und Völkerrecht. Zweck der Untersuchung ist nach Angabe des Verfassers nicht »Materialsammlung für die Praxis sondern theoretische, systematische Bewältigung der nur in Teilen hier und da deutlich sichtbaren, geschriebenen oder ungeschriebenen Regelung«. Trotz den unverkennbaren Schwierigkeiten des Stoffs wäre an manchen Stellen eine klarere Herausstellung der Probleme erwünscht gewesen. Jedenfalls bietet das fleißige Buch eine Fülle interessanter Anregungen, vor allem in der Darstellung der Unrechtslehre (Rechtswidrigkeit), die dem Verfasser am besten gelungen ist, und den richtigen, wenn auch etwas zaghaften Ausführungen zu § 92 des Strafgesetzbuchs (Landesverrat).

### Hygiene / Georg Wolff

**Wassermann †** Die experimentelle medizinische Wissenschaft hat einen ihrer bedeutendsten Köpfe verloren, zugleich einen Mann von ungewöhnlichem Lehrtalent: August von Wassermann, der am 16. März dieses Jahres in seinem 60. Lebensjahr verschied. Seit dem Jahr 1911 Honorarprofessor an der Berliner Universität und Direktor des 1913 gegründeten Kaiser Wilhelm-Instituts für experimentelle Therapie, mit allen wissenschaftlichen Ehren überschüttet, war es Wassermann freilich nicht vergönnt in eigentlichem Sinn als Universitätslehrer zu wirken, vor allem wohl, weil er Jude, und zwar ein sehr überzeugungstreuer Jude war.

Wassermanns Ruf umspannte wie der nur weniger Mediziner die ganze Welt, obschon er nicht ausübender Arzt sondern nur Experimentator und Laboratoriumsforscher war. Sein Hauptgebiet war die Serologie. Durch seine Entdeckung der Serodiagnostik der Syphilis, der nach ihm benannten Wassermannschen Reaktion /1906/, bekam sein Name in allen Ländern bei Ärzten und Nichtärzten eine Popularität, wie sonst vielleicht nur der des Physikers Röntgen. Wie diesem so wurde auch ihm später von überkritischen, selbst im wesentlichen aber sterilen Fachgelehrten vorgeworfen, daß seine Entdeckung eigentlich nur ein Zufallsprodukt gewesen sei. Mit großem Unrecht. Gewiß hatte Wassermann Vorgänger in den französischen Forschern *Bordet* und *Gengou*, die das Prinzip der Komplementablenkungsreaktion, das Wassermann auf die Syphilis anwandte, als allgemeingültig entdeckt hatten; gewiß ging er ursprünglich von der Vorstellung der Spezifität seiner Serumreaktion gegenüber dem syphilitischen Krankheitsgift aus und mußte seine Ansicht später unter dem Gewicht kritischer Nachprüfungen ändern. Trotzdem bleibt jedoch die Bedeutung seiner Entdeckung bestehen. Die Serodiagnostik ist heute unbestritten das wichtigste Hilfsmittel zur Erkennung jener unendlich wechselvollen, schwer erkennbaren und doch so gut beeinflussbaren Krankheit. Die Zusammenhänge zwischen Syphilis und Paralyse, Syphilis und Tabes wie einer ganzen Reihe anderer Nacherscheinungen der Krankheit, die man vorher nur dunkel ahnte, konnten durch die Wassermannsche Reaktion serologisch bewiesen werden. Das ganze Heilverfahren war an der Hand seiner Diagnostik zu kontrollieren, und es ist



gewiß kein Wunder, daß Paul Ehrlich, der mit Wassermann zusammen unter Robert Kochs Führung am Berliner Institut für Infektionskrankheiten arbeitete, der eigentliche geistige Begründer der modernen Immunitätsforschung, an die praktische Lösung der chemotherapeutischen Syphilistherapie erst herangehen konnte, nachdem die serologische Diagnostik geschaffen war. Wassermann und Ehrlich standen sich auch menschlich nahe.

Ist die Serumdiagnostik der Syphilis auch Wassermanns bedeutendste Leistung, so bilden doch auch seine übrigen Arbeiten, fast sämtlich auf dem Gebiet der Serologie liegend, wichtige Etappen der Immunitätswissenschaft. Zu seinen Hauptleistungen gehören die im Sinn von Ehrlichs Seitenkettentheorie theoretisch wichtige Beobachtung, daß die Gehirnschubstanz das Gift der Starrkrampfbazillen, das Tetanustoxin, bindet und so als Produktionsstätte der in das Blut übergehenden Antitoxine anzusehen ist; ferner seine serologischen Methoden (die für die forensische Medizin von größter Bedeutung geworden sind), nach der verschiedene Blutarten und Eiweißstoffe noch in vieltausendfacher Verdünnung sicher zu unterscheiden sind. In den letzten Jahren beschäftigte sich Wassermann mit dem Problem, wie man, ebenfalls aus einer Veränderung des Blutersums, die aktive Tuberkulose von ihren inaktiven Formen unterscheiden, also eine seiner Syphilisdiagnostik analoge Serodiagnostik der Tuberkulose schaffen könnte. Diese Versuche waren noch nicht abgeschlossen. Alles in allem ist das geistige Format des Forschers, seine schöpferische Intuition schon an seinen Problemstellungen ersichtlich, die nie Nebensächliches berühren.

#### **Staub als Krankheits-erreg**

Kaum eine andere Frage spielt in der Gewerbehygiene eine so große Rolle wie die der Staubbeseitigung im Betrieb. Außer der hygienischen Bedeutung für den Arbeiter, der der Einwirkung des Staubes mehr oder weniger chronisch ausgesetzt ist, kommt auch in technisch-wirtschaftlicher Hinsicht die Wiedergewinnung des durch die Verstaubung verlorengehenden Materials in Frage, dessen Menge in manchen Industriezweigen nicht gering ist. Beide Gesichtspunkte, der hygienische und der wirtschaftliche, müssen in unseren Maßnahmen berücksichtigt werden, will man eine in jeder Hinsicht produktionsfördernde Wirkung

erzielen. Dabei darf man aber die Ersparnis durch Gesunderhaltung der Arbeitenden nicht geringer einschätzen als die Warenersparnis, die zunächst den Unternehmer reizt. Jede Einseitigkeit muß schließlich das Produkt der Arbeit selbst schädigen.

Über die Beziehungen von Staubeinatmung und Krankheitsentstehung liegt eine große Reihe klinisch-kasuistischer, experimenteller und statistischer Untersuchungen vor. Denn zahlreiche Berufsangehörige, wie Glas-, Stein- oder Metallschleifer, Holz-, Textil-, Kohlenarbeiter, Kalkbrenner, Arbeiter in Zement-, Gips-, Porzellanfabriken und andere mehr, sind der Einwirkung des bei ihrem besondern Arbeitsprozeß entstehenden Staubes ausgesetzt. Entsprechend ist die Natur des Staubes außerordentlich verschieden, je nachdem er anorganischen Stoffen (Granit, Sandstein, Glas, Kalkstein, Marmor, Thomasschlacke, Gips, Zement, Blei, Zink usw.) oder organischen (Holz, Kohle, Haare, Seide, Textilien, Leder, Mehl, Tabak usw.) entstammt.

Es ist zu begrüßen, daß die Deutsche Gesellschaft für Gewerbehygiene, die auf ihrer 1. Jahreshauptversammlung in Würzburg die Staubfrage zum Hauptverhandlungsgegenstand machte, jetzt die dort erstatteten Referate unter dem Titel *Der Staub in der Industrie als Beihft zum Zentralblatt für Gewerbehygiene und Unfallverhütung* /Leipzig, Verlag Chemie/ gesondert herausgegeben und so einer breitem Öffentlichkeit zugänglich gemacht hat. Damit ist vor allem den Arbeitenden selbst gedient, deren Kenntnisse über Berufsschädigungen durch eine öffentliche Aussprache geklärt, und deren Interesse dadurch auf jene Fragen hingelenkt wird.

Der Direktor des Würzburger Hygienischen Instituts Karl Bernhard Lehmann behandelt auf Grund seiner reichen Erfahrungen das allgemeine Thema *Der Staub in den Fabriken* und seine Bedeutung für den Menschen, der Regierungsrat im Reichsgesundheitsamt Hermann Engel geht auf die spezielle Frage *Staubeinatmung und Tuberkulose* ein, die in gewerbehygienischer Hinsicht das größte Interesse bietet, und der Gewerbeberater Johannes Wenzel geht in seinem Referat *Neuere Fortschritte auf dem Gebiete der Staubverhütung und Staubbekämpfung* auf die technische Seite des Problems ein, indem er die modernen Absaugvorrichtungen der Staubbetriebe bespricht. Denn Staubbekämpfung ist heute im wesentlichen Staubabsaugung

an der Entstehungsstelle selbst. Das trifft schon für den Haushalt zu. Auch hier ist es sinnlos Staub aufzuwirbeln, ihn von einer Ecke in die andere zu treiben oder gar, wie es vielfach noch geschieht, trocken auszufegen. Von Nutzen ist nur die radikale Entfernung an der Entstehungsstelle. Für den Fabrikstaub gilt dies natürlich in erhöhtem Maß, da er meist beim Arbeitsprozeß in großen Mengen entsteht und in der Regel für die Organe des menschlichen Körpers, insbesondere für die Lungen, nicht gleichgültig, zuweilen sogar wegen seiner giftigen oder mechanisch reizenden Beschaffenheit äußerst schädigend ist. Zwar sind die einzelnen Staubarten in ihrer Wirkung nicht gleich; doch besteht kein Zweifel, daß es überhaupt gesünder ist in staubfreier Luft zu atmen als in mehr oder minder staubhaltiger, mag die Natur des Staubes auch noch so harmlos sein. Über die Schädlichkeit der verschiedenen Staubarten schreibt K. B. Lehmann, wohl der beste Kenner des Staubproblems in der Industrie, in seinem Lehrbuch der Arbeits- und Gewerbehygiene /Leipzig, S. Hirzel/: »Kohlenstaub, Gipsstaub und Atzkalkstaub scheint die Tuberkulose zu hemmen, unlöslicher Steinstaub und Metallstaub in größeren Mengen begünstigt stark die Tuberkulose, auch vegetabilischer und animalischer scharfer und unlöslicher Staub ist ein Förderungsmittel. Weit wichtiger aber als mäßige Staubmengen ist schlechte Ernährung, Wohnung, Konstitution und Infektionsmöglichkeit.« Im allgemeinen gilt eine Staubart, von giftig wirkenden wie Bleistaub oder parasitär verunreinigten wie milzbrandsporenhaltigem Haderntstaub ganz abgesehen, für um so schädlicher, je härter, spitzer und unlöslicher ihre Teilchen sind; denn infolge der fortgesetzten mechanischen Verletzung der Epithelzellen bei der Einatmung führen diese Teilchen leicht zu katarrhalischen Veränderungen der Luftröhre, der Bronchien und der feineren Lungengewebe und bereiten so pathogenen Keimen, darunter insbesondere den Tuberkelbazillen, einen Boden zur Ansiedlung und Vermehrung, einen locus minoris resistentiae, wie es in der Pathologie heißt. Dieser Zusammenhang erscheint verhältnismäßig klar und eindeutig; darum sind Glas-, Stein- und Metallschleifer, Porzellanarbeiter, Arbeiter der polygraphischen Gewerbe, Tabak- und Textilarbeiter und noch manche andere der Tuberkulosegefahr stärker ausgesetzt als viele Freiluftarbeiter. Auch hier bestehen Ausnahmen,

die beweisen, daß das Problem der Tuberkuloseentstehung und -verbreitung keineswegs so einfach ist. So ist der Steinkohlenstaub, der recht spitz und vollkommen unlöslich im Wasser und den Gewebsäften des Körpers ist, nach dem Ausweis der Gewerbestatistik für die Kohlenarbeiter als recht wenig schädlich und zu Tuberkulose disponierend anzusehen. Dabei müssen die Kohlengrubenarbeiter sehr viel Staub schlucken. Ihr Lungengewebe ist infolgedessen schwarz durchtränkt, eine Erscheinung, die in der Pathologie als Anthrakosis besonders benannt wird.

Die Ursache dieser auffallenden Erscheinung ist auch heute noch nicht geklärt. Während einige Autoren der Kohleneinlagerung selbst und der dadurch hervorgerufenen anthrakotischen Verhärtung des Lungengewebes eine schützende, respektive dem Kohlenstaub eine unmittelbar schädigende Wirkung auf die Tuberkelbazillen zuschreiben, lehnen gerade erfahrene Knappschaftsärzte diese Deutung ab und führen die Erscheinung, daß die Kohlenarbeiter gegenüber anderen Arbeitergruppen verhältnismäßig wenig tuberkulosegefährdet und die Tuberkulosesterblichkeit der Kohlengrubenarbeiter relativ gering ist, im wesentlichen auf die Berufsauslese zurück, auf die Auslese durch die ärztliche Voruntersuchung wie auf die Selbstauslese durch die Arbeitenden.

Damit kommen wir zu einem besonders wichtigen Punkt. Nichts ist schwerer zu beurteilen als die Ergebnisse der Sterblichkeitsstatistik, auf den Beruf bezogen. Denn die Angehörigen der einzelnen Berufe setzen sich oft aus ganz verschiedenen Altersklassen zusammen, je nach den Ansprüchen, die die Berufsarbeit an den einzelnen stellt. Diese Verschiedenheiten lassen sich nur ausgleichen, wenn man unter Zugrundelegung einer einheitlich gedachten Berufsbevölkerung Standardzahlen annimmt, wie es in vorbildlicher Weise in der englischen und holländischen Berufsstatistik geschieht. Analoge Berechnungen existieren in der deutschen Sterblichkeitsstatistik leider nicht. Aber auch abgesehen von diesen vermeidbaren oder doch korrigierbaren Fehlern ergibt sich ohne weiteres, daß infolge von Auslese und Selbstauslese alle minderkräftigen oder von vornherein kranken Personen aus der Statistik solcher Berufsgruppen verschwinden müssen, die besonders hohe körperliche Anforderungen stellen. Aus diesem Grund ist andererseits die Tuberkulosesterblichkeit der konstitutionell und

wirtschaftlich benachteiligten Tagelöhner und Gelegenheitsarbeiter nach allen Berufsstatistiken sogar viel höher als die der durch Sandsteinstaub am stärksten geschädigten Berufsgruppen (Stein- und Metallschleifer, Steinhauer). Die Ungleichheiten in der qualitativen Zusammensetzung verschiedener Berufsgruppen lassen sich in der Statistik niemals zum Ausdruck bringen; um so kritischer müssen wir uns gegenüber sehr auffälligen Ergebnissen der Statistik verhalten.

Freilich darf in der Tuberkulosefrage ein einzelner Faktor niemals überschätzt werden. Staubbeseitigung ist eine selbstverständliche Forderung der Hygiene, insbesondere der Gewerbehygiene. Die Kalk-, Zement- und Gipsarbeiter, die in der Berufsarbeit gleichfalls viel, allerdings löslichen Staub schlucken, nehmen wie die Kohlenarbeiter eine Ausnahmestellung ein. Dennoch bleibt es auch für diesen Arbeitszweig eine Grundforderung der Hygiene den Staub absaugen zu lassen.

Das Wichtigste für die Frage der Tuberkuloseverbreitung ist jedenfalls die Gesamtheit der kulturellen und sozialen Bedingungen, unter denen die Masse der Bevölkerung lebt. Wo die Ernährung schlecht, die Wohnung ungenügend, die Volksbildung mangelhaft ist, dort ist die Sterblichkeits-, insbesondere die Tuberkulosesterblichkeitszahl hoch. Sogar auf dem Land, wo die Bevölkerung in reiner, staubfreier Luft lebt, ist die Tuberkulosesterblichkeit vielfach sehr hoch, wenn die sonstigen Lebensbedingungen schlecht sind. So ist sie in Ungarn, Galizien, Rußland viel höher als in Ländern mit vorwiegend industriell tätiger Bevölkerung, wie in England, Belgien, Holland; auch innerhalb des Deutschen Reichs im vorwiegend agrarischen Bayern viel höher als im industriellen Sachsen. Die Zahlen für die Gesamtbevölkerung eines Landes sind aber, wenn sie auch Fehlerquellen enthalten, von vornherein bedeutend zuverlässiger als die für eine quantitativ und qualitativ ausgelesene Bevölkerungsgruppe, wie sie eine bestimmte Berufsgruppe stets darstellt.

#### Automobilplage

Die Staubfrage spielt auch im modernen Straßenverkehr eine große Rolle. Seitdem das Automobil den Verkehr beherrscht, wird auf den Straßen, namentlich auf sandigen Chausseewegen, der Staub derartig aufgewirbelt, daß man von einer Automobilplage sprechen kann.

Schon frühzeitig erkannte der italienische Arzt Benedetto Guglielminetti in Monte Carlo die Wichtigkeit der Beseitigung des Staubes für den Fremdenverkehr an der Riviera, und er suchte Abhilfe zu schaffen. Er fand nicht die Unterstützung der italienischen Regierung, wohl aber die der französischen, für seine Versuche, die schon gegen Ende des 19. Jahrhunderts auf dem französischen Teil der Riviera bald nach Einführung des Automobilverkehrs mit Erfolg begonnen wurden. Freilich läßt sich der Straßenstaub nicht absaugen wie der Staub im gewerblichen Betrieb. Wohl aber ist es möglich mit Hilfe staubbindernder Materialien das Übel auf ein erträgliches Maß zu reduzieren. Zu diesem Zweck wurden zunächst die Straßen in primitiver Weise mittels Gießkannen mit flüssigem Teer übergossen. Die mineralöhlhaltigen Bestandteile der Teerprodukte besitzen einmal die Fähigkeit den Staub aufzusaugen, sodann dringen sie in den Straßenkörper ein und binden das Schottermaterial. Später wurden besondere Teerbestreungsmaschinen für die Straßenteerung eingeführt. Vor dem Krieg war die Straßenteerung bereits weit verbreitet, und zwar in verschiedener Art (Oberflächen-, Innenteerung, Teermakadam). Sie muß wiederaufgenommen werden, da die Straßenhygiene eine weitere Verschlechterung nicht verträgt.

Innerhalb der Großstadt tritt, stärker noch als die Staubplage, ein anderer Übelstand des Automobilverkehrs hervor: die Belästigung der Vorübergehenden durch den Auspuff. Die technische Entwicklung des Automobils hat dazu geführt den Explosionsmotor in weitestem Maß anzuwenden. Der elektrisch betriebene Kraftwagen wird nur für bestimmte Zwecke benutzt, weil der Akkumulatorenbetrieb trotz allen Verbesserungen zu teuer und oft umständlich ist. Vor allem ist der Aktionsradius des in hygienischer Hinsicht idealen Elektromobils wegen der Kurzlebigkeit der Akkumulatoren zu gering, jedenfalls weit kleiner als der des Explosionsmotors. Deshalb beherrscht dieser heute den Kraftfahrbetrieb fast ausschließlich. Für die Straßenpassanten sind seine Auspuffgase aber nichts weniger als angenehm oder gesundheitsfördernd. Es ist also Aufgabe der Verkehrshygiene sie dagegen zu schützen. Der Kraftwagen muß den Erfordernissen der Großstadthygiene Rechnung tragen.

Ist es möglich diese Aufgabe zu lösen? Diese Frage ist gewiß zu bejahen. Das

beweisen die zahlreichen, mit Benzin oder Benzol betriebenen Privatkraftwagen und Automobildroschken, die geruchlos fahren und ihrem Aussehen nach oft mit Elektromobilen verwechselt werden. Freilich ist eine Besserung nur möglich, wenn man undurchlässige und nicht zu sehr abgenutzte Motoren verwendet, ferner nur gutes Leichtbenzin und reines Benzol benutzt. Das billigere Schwerbenzin der Petroleumdestillation eignet sich wegen seiner ungleichmäßigeren Zusammensetzung nicht zu einem einwandfreien Kraftwagenbetrieb. Seine verschiedenartigen Bestandteile vergasen nicht gleichmäßig und verbrennen nicht vollständig. Das Explosionsgemisch des Leichtbenzins und des Benzols verbrennt hingegen ganz und gar und deshalb geruchlos. Ein geschickter Chauffeur kann deshalb bei gutem Betriebsstoff und richtiger Handhabung des Schmieröls die Geruchsbelästigung der Straßenpassanten auf ein Minimum einschränken. Die Automobilindustrie sollte in eigenem Interesse dahin wirken, daß die unerfreulichen Nebenwirkungen des Automobilfahrens möglichst beseitigt werden, auch ohne daß erst durch Polizeivorschriften Abhilfe geschaffen werden muß.

**Kurze Chronik Die Sterblichkeitszahlen** gehen in Deutschland erfreulich zurück. So war nach den Veröffentlichungen des Reichsgesundheitsamtes in den deutschen Städten über 15 000 Einwohnern (etwa 40 % der Gesamtbevölkerung umfassend) 1922, 1923, 1924 die Gesamtsterblichkeit auf je 1000 Einwohner 14,1, 13,4 und 12,2 bei einer Geburlichkeit von 19,1, 16,9 und 16,7; die Sterblichkeit der Kinder unter 1 Jahr (Säuglingssterblichkeit) auf 1000 Einwohner 2,5, 2,2 und 1,7; die Tuberkulosesterblichkeit 1,66, 1,78 und 1,38. Gerade diese letzte für die hygienische Kultur besonders charakteristische Zahl zeigt also nach einem vorübergehenden Anstieg im Jahr 1923 wieder einen sehr erheblichen Rückgang im Jahr 1924, im 1. Jahr nach der Beendigung des Ruhrkriegs, der Erhöhung des Gesamtarbeitsquantums und der dadurch ermöglichten Währungsstabilisierung in Deutschland. ◊ Der Leiter des Pariser Pasteurinstituts Roux hat ein neues **Syphilisheilmittel** hergestellt, dessen Hauptbestandteile Bismut und Arsen sind. Bei Versuchen an Syphiliskranken soll ein gutes Resultat erzielt worden sein; schon nach kurzer Behandlung wurde den Berichten zufolge die Wassermannsche Reaktion negativ.

## KUNST

### Musik / Max Betting

Fauré †

Der Name Gabriel Faurés, der im November 1924 in Paris starb, ist in Deutschland kaum bekannt, noch weniger sein Werk. Im Jahr 1910, auf dem Französischen Musikfest in München, wurden von ihm mehrere Werke gespielt. Selten begegnete man danach seinem Namen auf deutschen Programmen. Und doch genoß dieser Musiker in Frankreich außerordentliches Ansehen. Sein äußeres Leben war ruhig und glücklich. Bereits mit 21 Jahren war er Organist in Rennes. Er bekleidete den gleichen Posten an verschiedenen Pariser Kirchen, bis er 1877 Kapellmeister der Madeleine wurde. 1896 wurde er Professor am Pariser Konservatorium, 1905 dessen Direktor, und 1920, im Alter von 75 Jahren, zog er sich von allen Ämtern zurück. Fauré war Schüler Saint-Saëns'. Aber wichtiger ist, daß er Lehrer war und eine große Anzahl von Schülern herangebildet hat, die ausgezeichnete Musiker geworden sind: Maurice Ravel, Florent Schmitt, Nadia Boulanger, Roger-Ducasse und andere. Diese Schüler verehren ihn und sein Werk sehr. Sie sehen in ihm die einzige Persönlichkeit, die selbständig und zielbewußt einen neuen Stil vorbereitet hat, so daß er, wie Coeuroy in einer Studie über Fauré sagt, »der geistige Vater der Musikergeneration aus den neunziger Jahren, sich heute den Jüngsten als ihr wahrer Ahne offenbart«. Und wir gehen wohl nicht fehl, wenn wir daher die Wirkung seiner Persönlichkeit mindestens ebenso hoch bewerten wie den Einfluß, den sein Werk ausgeübt hat. Er war es, der den Kampf mit überlebten Formeln aufnahm, so daß man ihm den Beinamen Bolschewik gab (die Intellektuellen Frankreichs halten nämlich, genau wie die anderer Länder, die Bolschewisten für wirkliche Revolutionäre). Er gründete 1909 die Société musicale indépendante. In seinem Schaffen nehmen Lieder und Kammermusik den weitaus größten Platz ein; auch auf dem oben erwähnten Französischen Musikfest machten Lieder und eine Violinsonate den größten Eindruck, Fauré wirkte damals bei der Wiedergabe selbst am Klavier mit. Die 4 Jahre vor Debussys Oper komponierte Musik zu Pelléas et Melisande gilt als eine seiner schönsten Orchesterkompositionen, und hohen Ruf genießen die religiösen Werke. Maurice Brillant nennt in seinem Nekrolog im Correspondant das Requiem Fau-

rés ein »Meisterwerk christlicher Zuversicht und übernatürlicher Melancholie«. Und er fügt hinzu: »Die tiefe Menschlichkeit, die feine Zärtlichkeit, Freude oder Melancholie in seinen Melodien; ein Nichts genügte, eine dieser leichten, unendlichen Nuancen, um sie in religiöse Dichtungen zu übersetzen. Was ist der Katholizismus, wenn nicht Hilfe, Reinigung, Aufblühen aller menschlichen Fähigkeiten?« Roger-Ducasse aber faßt sein Urteil über Fauré in diese Worte zusammen: »Ein vollkommenes Vorbild unserer Kunst, ein Meister französischer Musik in des Wortes wahrer Bedeutung.«

Puccini †

Giacomo Puccini starb am 29. November 1924 in Brüssel am Kehlkopfkrebs. Er

ist 65 Jahre alt geworden. Mit 39 Jahren hatte er die Bohème vollendet. Und in diesen 26 Jahren zwischen seinem ersten großen Erfolg und seinem Tod ist er in allen Weltteilen genannt und bewundert worden: die kleinsten und größten Bühnen spielten seine Werke; im Caféhaus und im Konzertsaal, von berühmten Sängern und Drehorgelspielern hörte man seine Melodien, er war der populärste Komponist seiner Tage. In den Ländern, denen die große "seriöse" Kunst am Herzen liegt, ist er von vielen angefeindet worden. Die Angriffe begannen heftiger nach der Vollendung der Tosca /1900/ zu werden. Man protestierte gegen die Roheit des Textes, gegen Effekte der Oper und warf Mache und Hohlheit auch seiner Musik vor. Man lehnte von oben herab die Sentimentalität der Bohème und der Madama Butterfly /1904/ ab. Aber zu verhindern war es nicht, daß diese 3 Werke Gemeingut der Welt wurden und zu allen Völkern sprachen. Es war eben in Puccinis Musik etwas, was den naiven Hörer stets bezwingt, den kritischen Fachmann mit all seinen Vorurteilen und Standpunkten oft kalt läßt: die Glaubhaftigkeit und Überzeugungskraft seiner Kunst. Welcher Hörer, der willens ist sich einem Kunstwerk hinzugeben, glaubt nicht an die Sehnsucht der Butterfly, an die Liebe der Tosca, an das Dahinschwinden der Mimi? Freilich, deutschem Ideal entspricht die musikalische Darstellung dieser Gefühle nicht, sie wurzelt völlig im Italienischen. Ihre Geste und ihre Kraft sind aber so stark, daß sie sich über alles Nationale hinaus verständlich machen und jeden bezwingen, der sie mit innerm Ohr zu hören vermag. Das ist große Kunst in dem Sinn, daß sie die Vollendung der eigenen Möglichkeiten und Ziele bedeu-

tet. Puccini hatte nicht das Ethos Verdis. Er war kein Wegebereiter, kein Geistiger im Sinn dessen, wie wir das Wort heute verstehen. Aber er war ein Schöpfer, der seine Sprache meisterte und die Kraft hatte mit ihr zu überzeugen. Seine Landsleute haben recht getan, als sie ihm im Mailänder Dom von Staats wegen eine imposante Leichenfeier bereiteten.

Busonis: Doktor Am 21. Mai wurde in der Dresdener Landesoper die nachgelassene Oper Fer-

ruccio Busonis Doktor Faust uraufgeführt. Die menschliche wie musikalische Persönlichkeit Busonis genoß eine für unsere Tage selten große Verehrung. Macht und Universalität seines Geistes bezwangen die Menschen, wirkten produktiv, indem sie einen Kreis von hohem Niveau schufen, und bewegten die musikalische Welt in seinem wahrhaft großen Nachschaffen. Aber die selben Momente blieben auch die Gründe seines Schöpferturns. Nicht der naive spontane Schöpfer war er; sein Gesamtwerk zeigt ihn als den faustischen Geist, den es zum Schaffen drängt, weil er nur in eigenem Wachstum Erfüllung finden konnte. Als Busoni starb, war er älter als seine Jahre; schnell und intensiv hatte der temperamentvolle Geist gelebt. Was er am Schluß seines Lebens sagte, mußte viel und tief sein. Und so wurde Doktor Faust denn auch nicht eine Oper im landläufigen Sinn, es wurde Realisierung und Materialisierung seines wahren Lebens: Suchen und Ringen, Träumen, Erfüllen. Seit 1906 beschäftigte sich Busoni mit dem Plan zu einem Faust, erst 1914 schreibt er den ersten Entwurf nieder. Der Grundriß ist ungemein klar: In 2 Vorspielen wird der ringende und suchende Faust gezeigt, der schließlich den Pakt mit dem Teufel eingeht, um sich alle Möglichkeiten der Erkenntnis und des Lebens zu verschaffen. Im Hauptspiel herrscht Faust als der Meister, der andere bezwingt und selbst zwischen Wirklichkeit und Vision unbefriedigt bleibt, bis ihm die Erkenntnis der Erfüllung kommt. Er selbst stirbt und beschwört sein totes Kind zur Auferstehung: »Dir vermache ich mein Leben... ich, Faust, ein ewiger Wille.« Das Entscheidende für das Werk sind seine Gesamtstimmung und seine geistige Haltung. Und auch die starke Wirkung vornehmlich zweier Stellen ist nicht auf Einzelheiten der Musik oder des Szenischen sondern auf deren Zusammengehen zu setzen. Da sind einmal die Vorspiele, in denen anfangs die Ereignisse (Ankün-

digung der Studenten mit dem Geheimbuch, Auftritt der Studenten) musikalisch kontrastiert und charakterisiert werden. Der Schluß des 2. Vorspiels, in dem Faust den Pakt unterschreibt, ist wohl der gewaltigste Eindruck, den das Werk vermittelt. Die Gegenüberstellung des ringenden und sich entschließenden Faust, des höhrenden Mephisto und des jubelnden Osterchors ist in einer vollendeten, einheitlichen Form gelungen, die Größe der künstlerischen Konzeption in Szene und Musik gleich bedeutend. Ebenso stark wie die Wirkung dieser Stellen ist die des Schlusses. Die Musik des letzten Monologs ist nicht von Busoni, er konnte sein Werk nicht ganz vollenden. Philipp Jarnach ist es aber gelungen mit den Themen und Beständen des Vorhergehenden den Schluß so zu schreiben, daß stilistisch keinerlei Unterschied fühlbar ist. Wir wissen nicht, wie Busoni den Schluß komponiert hätte. Die Lösung Jarnachs betont ein Moment, bewußt oder unbewußt, sehr stark: die positive Gläubigkeit Fausts an seiner Erfüllung. Die seelischen Momente der Musik vorher, auch noch am Anfang der Schlußszene, haben viel von einer innern Wehmut und Trauer, viel von der Intellektualität Mephistos, der Feierlichkeit des Osterchors und dem metaphysisch Visionären des Magiers. Die Erfüllung in Jarnachs Sinn ist nicht die Erkenntnis, sondern der Glaube, die Überwindung des Zweifels. Das gibt dem musikalischen Schluß das neue Leben, wie es die Dichtung in der Auferstehung schildert, in der Bejahung des Todes des Lebens wegen. Besonders erwähnt seien noch in dem 2. Bild des Hauptspiels die gewaltigen Chöre im Studentendisput; die Lebendigkeit des szenischen Bildes und der straffen musikalischen Steigerung wirkt spontan und hinreißend. Die übrigen Teile des Werkes erreichen nicht ganz die Eindringkraft der genannten. Die Musik hält zum mindesten durch ihre technische Vollendetheit und die Eigenart der Orchesterbehandlung das Interesse der Hörer wach. Der Gesamteindruck ist tiefer als der irgendeines andern Bühnenwerks unserer Tage.

**Strawinskij** Kurz nachdem in Dresden Ferruccio Busoni gehuldigt worden war, erregte man sich in Berlin über Igor Strawinskij. Muß man ihn ablehnen, wenn man Busoni schätzt? Viele Wege führen nach Rom. Der Strawinskijabend der Berliner Staatsoper war an sich nicht ge-

eignet ein Bild von dem Wirken dieses manchmal großen und immer interessanten Neuschöpfers zu geben. Man glaubte wohl durch die Verschiedenartigkeit der Werke das Publikum zu interessieren. Ob man es nicht gerade dadurch unsicher gemacht hat, so daß am auffallendsten die Ablehnung eines Werkes wirkte? Das Opernhauspublikum protestierte nämlich stark gegen die *Geschichte vom Soldaten*. Dies Werk kennt man in Deutschland, auch in Berlin, durch ausgezeichnete Aufführungen unter Hermann Scherchen. Die Aufführung in der Staatsoper wurde der Eigenart des Stückes nirgends gerecht. Die Regie war die Hauptsache, das Wesen des Werkes war ihr untergeordnet. Auch von den Einzelleistungen waren nur die Darsteller des Soldaten (Heinrich Witte) und des Teufels (Ernst Legal) wirklich gut. Die guten Aufführungen unter Scherchen fanden stets begeisterte Zuhörer. In der Aufführung der Staatsoper wurde protestiert. Die mit ungeheurer Virtuosität geschriebene Musik darf nicht allein gewertet werden. Die rhythmische Seele dieser Musik, der Geist der gelesenen Dichtung und die reine Körperlichkeit der Marionetten auf der Bühne bilden eine Dreieinigkeit, deren Zusammengehen ungeheuer packt. Wenn aber in einer Aufführung jeder dieser Teile macht, was er will, dann protestiert das Publikum, ohne es zu wissen, mehr gegen die Darstellung als gegen das Werk. Am selben Abend wurden 2 andere Werke Strawinskis zum erstenmal in Deutschland aufgeführt: *Pulcinella* und *Renard*. Über *Pulcinella* ist kurz zu berichten, daß die Aufführung prachtvoll war. Max Terpis, der auch die Einstudierung leitete, und Harald Kreutzberg fielen im ausgezeichneten Ensemble noch besonders auf. Kleiber ließ am musikalischen Teil nichts zu wünschen übrig; in den Gesangssoli hörte man die ergreifende Stimme der Elfriede Marherr. Abgesehen von der raffinierten Instrumentation und dem kompositorisch interessanten Schluß ist die Musik aber Pergoleses Geist, nicht Strawinskis. Bleibt der Fuchs. Er ist das einzige der 3 Stücke, das den Geist Rußlands hat, eine Mischung von Naivem mit Raffiniertem. Im ganzen muß man, trotz den Ausstellungen, die man an der Wiedergabe zu machen hat, der Staatsoper dankbar sein. Denn Strawinskij ist ein Meister, und daß sie für ihn eintritt, auch wenn vielen die ganze Richtung nicht paßt, zeugt für sachliches Interesse an der Kunst unserer Tage.

**Totenliste**

Am 8. Dezember 1924 starb in Berlin *Xaver Scharwenka*, fast 75 Jahre alt.

Scharwenka hatte sich seltene körperliche wie geistige Rüstigkeit bewahrt und galt als eine der hervorragendsten Persönlichkeiten des Berliner Musiklebens. Freilich sind die Zeiten lange vorbei, in denen er als berühmter Klaviervirtuose in Europa und Amerika Triumphe feierte, und seine Kompositionen, unter denen wohl viel Wertvolles ist, kennt die heutige Generation kaum. Aber sein Weltruf als Lehrer wird unvergessen bleiben. 1881 gründete er das Klindworth-Scharwenka-Konservatorium. In New York wurde eigens für ihn eine Musikschule gegründet, die schnell berühmt wurde.

In Dresden starb Ende 1924 *Reinhold Becker*, im Alter von 83 Jahren. Becker schrieb hauptsächlich Chorwerke, aber auch eine Oper *Frauenlob*, die im Berliner Opernhaus am 18. Mai 1895 unter Weingartner (mit Betz, Kraus, Kropf, Lieban, Hiedler, Goetze) aufgeführt wurde; sie ist dann eine Zeitlang viel auf deutschen Bühnen gespielt worden.

Am 4. Januar 1925 ist *Ferdinand Löwe* in Wien gestorben. Löwe war einer der seltenen Interpreten, die sich ganz ihrer Aufgabe unterordnen; dem Werk und dessen Schöpfer gerecht zu werden. Vielleicht ist er darum keiner der weltberühmten Dirigenten gewesen; ihm genügte es immer wieder in Wien zu musizieren. Groß war sein Ruf als Brucknerdirigent, Löwe war Schüler Bruckners.

Durch den Tod *Enrico Bossis* hat Italien einen seiner geachtetsten Musiker verloren. Bossi starb im März auf der Fahrt von Amerika nach Europa, 64 Jahre alt. Seit 1916 leitete er die Musikschule der Cäcilienakademie in Rom. Seine dramatischen Werke sind in Deutschland nicht bekannt geworden, wohl aber wertvolle Kammermusik, Orgelkompositionen und Oratorien, unter denen das Hohe Lied und das Verlorene Paradies besonders hoch stehen.

In Paris starb Anfang März *Moriz Moszkowski*, 71 Jahre alt. Er hatte in Berlin am Sternschen Konservatorium und an der Kullakschen Akademie der Tonkunst studiert. Eine Zeitlang war er auch bei Kullak Lehrer, dann siedelte er nach Paris über. 1899 wurde er Mitglied der Berliner Akademie. Von seinen vielen Werken ist die Oper *Boabdil* mit am meisten genannt, wahrhaft populär sind die Spanischen Tänze und Serenaden geworden. Er war ein kluger und geistreicher Mensch.

In Nizza starb im Frühjahr der einst weltberühmte Tenor *Jean de Reszke*, 73 Jahre alt. Er war der erste Siegfried an der Pariser Oper. Aufführungen, in denen er mit seinem Bruder, dem Bassisten Edouard de Reszke, auftrat, galten als Ereignisse in der Opernwelt. Später widmete er sich ganz der Lehrtätigkeit und genoß als Lehrer großen Ruf. Der Nachfolger des aristokratischen de Reszke als erster Tenor der Welt wurde dann der mehr bäurische Enrico Caruso. (Jetzt hat diesen Platz Benjamino Gigli inne, dessen herrliche Stimme und feine Empfindung in diesem wie im vorigen Frühling auch in Berlin die Hörer mitrissen.)

In Baden-Baden starb Anfang Mai *Otto Lohse*, in seinem 66. Lebensjahr. Er war ein Dirigent von internationalem Ruf, in London und New York nicht weniger bekannt als in Spanien und Belgien. In Deutschland hat er vor allem in Hamburg, Köln und Leipzig gewirkt. Er hat sich auch als Komponist betätigt, doch ohne über Kapellmeistermusik hinauszukommen. Er war mit Katharina Klafsky verheiratet, dieser großen Künstlerin von hoher und ganz besonderer Eigenart, deren Fidelio und Norma unvergessen und unvergeßlich sind.

**Kurze Chronik** Anfang Mai wurde im Breslauer Stadttheater eine Oper *Modest Mussorgskijs* zum erstenmal aufgeführt. Der Jahrmärkt von Sorotschintzij ist unvollendet von Mussorgskij hinterlassen worden; Nikolaj Tscherepnin hat die Oper überarbeitet und vollendet. ◊ Im Juni fand in Leipzig das 1. *Deutsche Händelfest* statt. Neben den Chorwerken Salomo und Belsazar und der Oper Tamerlan wurde in 2 Matineen Kammermusik aufgeführt. Die Aufführungen unter Karl Straube waren ausgezeichnet. ◊ Auch ein *Kongreß für Musikwissenschaft* wurde im Juni in Leipzig abgehalten. Aus der Fülle interessanter Vorträge seien besonders die der Abteilung für musikalische Jugendziehung und Organisation hervorgehoben, von Fritz Jöde und Frank Benedik, an die sich praktische Darbietungen einer Volksschulklasse anreihen. Unter den Einzelvorträgen erfrischte durch Berührung mit einer ganz andern Gedankenwelt Robert Lachmann; er sprach über die Musik der Nospiele und unterstützte durch Vorführung von Lichtbildern und einer Phonogramplatte den Einblick in die Musik und Bühnenkunst des alten Japans.

## KULTUR

### Landwirtschaft / Fritz Baade

**Landarbeitsforschung** Unter den neueren Bestrebungen zur Verbesserung und zur Weiterentwicklung

der Landwirtschaft in Deutschland ist eine der aussichtsreichsten die Landarbeitsforschung. Die Erkenntnis, daß unter den Faktoren der landwirtschaftlichen Produktion die menschliche Arbeit, und zwar sowohl die leitende wie die ausführende Arbeit, der allerwichtigste ist, hat sich vor allem durch die Schriften Friedrich Aereboes immer mehr verbreitet. Für Fragen der Arbeitsorganisation und der Lohnungsmethoden hat seither sowohl in der Wissenschaft der landwirtschaftlichen Betriebslehre als auch in der Praxis stets ein lebendiges Interesse bestanden. Seit dem Jahr 1921 ist zur Bearbeitung dieser Fragen eine besondere Organisation geschaffen worden, das Institut für Landarbeitsforschung in Pommritz, das unter der Leitung Derlitzkis steht. Die Tätigkeit dieses Instituts beschränkt sich nicht auf die eigene örtliche Organisation, sie steht in Zusammenhang mit weiten Kreisen der landwirtschaftlichen Praxis und den Instituten für landwirtschaftliche Betriebslehre an den Landwirtschaftlichen Hochschulen. Unter den akademischen Lehrern für Betriebslehre ist neben Aereboe vor allem Seedorf in Göttingen einer der Hauptträger der Bewegung. Man muß geradezu von einer Bewegung sprechen, so sehr sind alle, die auf diesem Gebiet arbeiten, von einem gemeinsamen Geist erfüllt, von einem begeisterten Glauben hier auf einen Punkt gestoßen zu sein, von dem aus die ganze landwirtschaftliche Produktion sich grundlegend umgestalten wird, auf ein Verfahren, das auch zur Lösung bisher unlösbar erscheinender sozialer Probleme berufen erscheint.

Um welche konkreten Dinge handelt es sich bei der Landarbeitsforschung? Zunächst um ganz einfache und banal erscheinende Dinge: um Verbesserung der landwirtschaftlichen Handgeräte, Hacken, Sensen, Schaufeln usw., um Versuche unter der unendlichen Vielheit der in den verschiedenen Gegenden Deutschlands üblichen Formen dieser Geräte die zweckmäßigsten herauszufinden und aus der Grundform wiederum die der körperlichen Konstitution des einzelnen Arbeiters am besten angepaßte Einzelform zu entwickeln. Auch die Kleidung des Landarbeiters und der Landarbeiterin während der Arbeit wird hierbei

nicht vergessen. Auf den ersten Blick möchte die Beschäftigung mit diesen Dingen wie eine zwar gutgemeinte, aber doch nicht allzu wichtige und in ihrem Selbstbewußtsein etwas komische Spielerei erscheinen. Wer jedoch einmal auf einer der von dem Institut für Landarbeitsforschung veranstalteten Ausstellungen gesehen hat, in wie großen Gebieten Deutschlands offensichtlich unzweckmäßige Geräte verwandt werden, wer ferner weiß, mit welcher vollkommener Gleichgültigkeit das Handgerät im landwirtschaftlichen Großbetrieb häufig behandelt wird, der kann sich nicht länger darüber wundern, daß durch die Untersuchungen der Arbeitsforschung Möglichkeiten einer Ersparnis von 50 % und darüber festgestellt worden sind. Man muß einmal selbst mit einem unzweckmäßigen Gerät gearbeitet haben, mit einer Hacke, die entweder viel zu schwer oder viel zu leicht und schmal und dabei stumpf war, und dann im Vergleich dazu mit einer in ihrem Gewicht und der Länge des Stiels der Körperkraft und -größe, in ihrer Breite dem jeweiligen Arbeitszweck angepaßten, tadellos scharfen Hacke, dann weiß man, welche große Erfolge durch Verbesserungen auf diesem unscheinbaren Gebiet zu erreichen sind. Und da es sich bei der Verwendung solcher unzweckmäßigen Geräte nicht um vereinzelte Ausnahmefälle handelt, sondern, wie durch die Untersuchungen der Landarbeitsforschung festgestellt ist, und wie man sich in der Praxis leicht überzeugen kann, in der weitaus überwiegenden Anzahl der Betriebe das Handgerät infolge allgemeiner Nichtbeachtung sich in dem denkbar schlechtesten Zustand befindet, so kann nicht bezweifelt werden, daß in der gesamten deutschen Landwirtschaft eine ganz gewaltige Summe von menschlicher Arbeit auf den lächerlichen Kampf mit unzweckmäßigen und schlecht gehaltenen Geräten verschwendet wird. Die zweckmäßigste Ausbildung des landwirtschaftlichen Handgeräts ist jedoch nur ein kleiner Teil der Landarbeitsforschung. Seit dem April 1924 erscheint in der Deutschen Landwirtschaftlichen Presse regelmäßig eine Rundschau Die Landarbeit (Mitteilungen zur Vervollkommnung der Landarbeit). In der 1. Nummer dieser Rundschau, am 5. April 1924, wurde von Seedorf und Derlitzki in mehreren Aufsätzen das Ziel entwickelt, das die Landarbeitsforschung sich gestellt hat. Die allgemeine Aufgabe ist: den Faktor Arbeit in der Landwirtschaft durch kritische und systematische Unter-



suchungen so zu gestalten, daß mit einem geringen Aufwand an Energie möglichst viele und gute Arbeit geleistet wird. Dabei darf die Untersuchung sich nicht auf die eigentliche Handarbeit beschränken, ebenso wichtig ist die zweckmäßigste Ausbildung der ganzen Betriebsorganisation, die Verteilung der Arbeit über das ganze Jahr, die Vermeidung von unnötigen Wegen wie überhaupt von unnötigen Arbeiten.

Die wichtigste Neuerkenntnis der Landarbeitsforschung liegt aber auf psychologischem Gebiet. Da alle Arbeit von Menschen geleistet und geleitet wird, so müssen bei dem Wirkungsgrad sowohl in der Einzelleistung wie in der Arbeitsorganisation psychische Momente die Hauptrolle spielen. Ein Hauptziel der Landarbeitsforschung ist es geworden durch geeignete Maßnahmen und Organisationsformen den *Leistungswillen* zu beleben und anzuspornen. Wichtig sind dabei die zweckmäßigsten Lohnungsformen, ferner alle Fragen der sozialen Stellung des Arbeiters, seine Wohnverhältnisse, sein Familienleben.

Auf dem Weg über die Erkenntnis, daß der Mensch die Hauptsache ist und bleibt, gelangt die Landarbeitsforschung zu geradezu umwälzenden Ergebnissen auf sozialpolitischem Gebiet. Um die Tragweite dieser Ergebnisse voll würdigen zu können, muß man sich klar machen, worin das Hauptproblem der menschlichen Arbeit in der Landwirtschaft liegt.

Seit mehreren Jahrzehnten hat sich zwischen der Landwirtschaft und der Industrie ein ganz grundlegender Unterschied in der Art und Weise herausgebildet, wie der Unternehmer über seinen Arbeiter denkt. In der Industrie haben ganz offensichtlich optimistische Lohntheorien eine immer größere Verbreitung erlangt. Man hat erkannt, daß nicht der schlechtestbezahlte Arbeiter sondern in vielen Fällen der bestbezahlte Arbeiter der billigste ist. Man hat herausgefunden, daß durch Lohnsteigerungen die Arbeitsleistung nach Menge und Qualität nicht nur proportional sondern überproportional gesteigert werden kann, besonders wenn die Lohnsteigerungen mit geeigneten Lohnungsmethoden (Akkordsystem, Prämienlohn) und einer geeigneten Arbeitsorganisation (Taylorisierung) Hand in Hand gehen. In der Landwirtschaft schienen solche Theorien nicht zu gelten. Verbilligung der Arbeit wurde immer nur auf dem Weg über Leistungssteigerung durch Zwang, Verschärfung der Abhängigkeit des Ar-

beiters und Vermehrung der Frauen- und Kinderarbeit versucht. Die Stellung des Landarbeiters im kapitalistischen Großbetrieb erschien demgemäß so hoffnungslos, daß sämtliche Reformvorschläge, die seine Stellung zu verbessern die Lebensberechtigung des kapitalistischen Großbetriebs in der Landwirtschaft zu bestreiten. Entweder wollen solche Reformpläne den Großbetrieb überhaupt beseitigen, oder sie versuchen den kapitalistischen Charakter des Großbetriebs aufzuheben, indem sie vorschlagen an Stelle der Privatwirtschaften Produktivgenossenschaften einzurichten. Bei den schwachen Punkten beider Reformvorschläge ist es von Bedeutung, daß die Landarbeitsforschung die Möglichkeit zu bieten scheint die modernen Lohntheorien auch auf die Landwirtschaft und speziell den landwirtschaftlichen Großbetrieb anzuwenden. Daß bisher von einem solchen Optimismus beim landwirtschaftlichen Unternehmer im Gegensatz zum industriellen so wenig zu spüren war, liegt nicht etwa an einer prinzipiell reaktionären Gesinnung der Großgrundbesitzer, vielmehr an der traditionellen Form, in der sich die Landarbeit bisher vollzog. Gelegenheit zu Qualitätsleistungen war bisher in der Landarbeit wenig gegeben. Auch die immer größere Ausbreitung des Maschinenwesens bot keinen genügenden Anlaß zur Entfaltung von Qualitätsleistungen. Einen solchen hat erst die Landarbeitsforschung geschaffen, indem sie die Arbeitsleistungen durch eingehendes Studium zerlegt und verfeinert. Das System der Leistungsverbesserung, das sie aufgestellt hat, und das in allen Punkten mit dem Menschen als Hauptfaktor rechnet, schafft daher die Grundlage zu einer ganz neuen Stellung des landwirtschaftlichen Unternehmers seinen Arbeitern gegenüber. Die Leistungssteigerungen und die Ersparnisse an Arbeitslohn, die hier in Aussicht gestellt werden, sind nur bei vollster und freudigster Anteilnahme der Arbeiter erzielbar. Diese Anteilnahme ist aber nur auf Grund eines völlig veränderten Verhältnisses zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu erreichen. Selbstverständlich muß mit allen reaktionären Methoden in der Behandlung der Arbeiter gebrochen werden. Darüber hinaus ergibt sich aber zwangsläufig auch eine ganz andere Stellung des Arbeitgebers gegenüber den Organisationen und allen sonstigen Mitteln, mit denen der Arbeiter um die Behauptung seiner wirtschaftlichen und

kulturellen Existenz kämpft. Die gewerkschaftliche Koalition, in der der Großgrundbesitzer bisher nur eine höchst überflüssige Neuerung zu sehen gewohnt war, und gegen die er einen erbitterten Kampf führte, wird auf dieser Grundlage plötzlich ein Mittel zu dem Ziel, das nun auch das seine sein muß; der wirtschaftlichen, kulturellen und geistigen Hebung der Landarbeiterklasse.

#### Produktions- mittelindex

Um die wirtschaftliche Lage der Landwirtschaft richtig beurteilen zu können, gibt es keinen bessern und aufschlußreichern Anhaltspunkt als die Preisvergleiche zwischen landwirtschaftlichen Produktionsmitteln und Produkten. Dieser Methode hat sich der Bearbeiter dieser Rundschau hier in den Sozialistischen Monatsheften bereits mehrmals, bei den Aufsätzen über die Lage der Landwirtschaft, bedient. Die Schwierigkeit bei solchen Preisvergleichen liegt jedoch darin, daß sie sich meistens nur auf mehr oder weniger willkürlich herausgegriffene Produktionsmittel und Produkte stützen können. Eine der am häufigsten angewandten Gegenüberstellungen ist die von Getreide und Kunstdünger. So wichtig die beiden hier als Repräsentanten gewählten Waren auch sind, so ist das Bild, das eine solche Gegenüberstellung erweckt, naturgemäß immer einseitig; einer erheblich gesteigerten Kaufkraft des Getreides für Kunstdünger kann eine sehr verminderte Kaufkraft bei einem andern landwirtschaftlichen Produkt, zum Beispiel Vieh, gegenüberstehen, und ebenso können andere Produktionsmittel, zum Beispiel Maschinen, erheblich stärker im Preis gestiegen sein als gerade der Kunstdünger. Es bedeutet daher eine wesentliche Verbesserung, wenn die Preisvergleiche sich nicht auf einzelne Repräsentanten beschränkt sondern auf beiden Seiten eine möglichst vollständige Liste aller wichtigsten Produktionsmittel und aller wichtigsten Produkte enthält. Dieses Prinzip befolgen die Vergleiche, die die Preußische Hauptlandwirtschaftskammer fortlaufend herausgibt. Es haben sich jedoch auch bei diesem System Mängel herausgestellt. Bei der Statistik der Preußischen Hauptlandwirtschaftskammer ist vor allem kritisiert worden (zum Beispiel im Vorwärts vom 21. und 30. Mai 1925), daß die Liste der verglichenen Preise nicht vollständig und nicht unparteiisch genug sei. Eine Färbung dieser Statistik wurde vor allem darin erblickt, daß auf der Seite der

landwirtschaftlichen Betriebsmittel 9 Artikel, und zwar ohne den Landarbeiterlohn, und auf der Seite der Erzeugnisse nur 5 Artikel aufgeführt wurden. In ihrer Entgegnung hat die Hauptlandwirtschaftskammer mit Recht darauf hingewiesen, daß es gar nicht auf die Zahl der auf beiden Seiten der Gleichung angeführten Preise ankommt. Daß eine solche Statistik, bei der jeweils nur eine gewisse Anzahl von Produktionsmittelpreisen einer gewissen Anzahl von Erzeugnispreisen gegenübergestellt wird, ihre Mängel hat, ist dabei auch von der Hauptlandwirtschaftskammer nicht bestritten worden. Nur schien sie keine Möglichkeit zu sehen diese Mängel in befriedigender Weise abzustellen. Der Hauptgrund für das Unbefriedigende solcher Statistik dürfte darin liegen, daß auf beiden Seiten, bei den Produktionsmitteln sowohl wie bei den Produkten, eine große Streuung in der Preisentwicklung zu beobachten ist. In beiden Gruppen überschreiten gewisse Artikel den Vorkriegspreis erheblich, während andere dahinter zurückbleiben. Wie sich die Preisrelation insgesamt stellt, darüber gibt diese Statistik keinen Aufschluß, da jeder Anhaltspunkt dafür fehlt, welche Bedeutung den einzelnen Produkten und Produktionsmitteln im Gesamthaushalt der Landwirtschaft zukommt. Das Weglassen solcher Angaben bedeutet aber die sehr große Gefahr, daß durch solche Statistiken ein Eindruck hervorgerufen wird, der der tatsächlichen Lage nicht entspricht. Um die Gefahr eines solchen Eindrucks in der Beurteilung des Gesamtergebnisses zu vermeiden, gibt es ein Mittel: die Aufstellung eines gewogenen Index. In einem solchen Index sind sowohl bei den Erzeugnissen als auch bei den Produktionsmitteln sämtliche Waren mit demjenigen Prozentsatz vertreten, den sie in dem Gesamthaushalt des Wirtschaftszweigs einnehmen, für dessen Lage die Gegenüberstellung charakteristisch sein soll. Bei den landwirtschaftlichen Produktionsmitteln müssen also zunächst die Indices für möglichst sämtliche Produktionsmittel der Landwirtschaft einzeln errechnet werden. Der Gesamtindex wird dann in der Weise gebildet, daß die Einzelindices jeweils mit einer Gewichtungszahl multipliziert werden, die der Bedeutung des betreffenden Produktionsmittels in dem Gesamthaushalt der Landwirtschaft entspricht. Um diese Gewichtungszahl zu gewinnen, gibt es prinzipiell 2 Möglichkeiten: Man geht entweder von dem Gesamtverbrauch der

ganzen deutschen Landwirtschaft oder von Buchführungsergebnissen aus. Der 1. Weg dürfte kaum zum Ziel führen, da der Gesamtverbrauch zwar für Kunstdünger genau bekannt ist, für andere wichtige Produktionsmittel, für Maschinen zum Beispiel, dagegen nicht. Um die anderen Produktionsmittel ebenfalls exakt zu erfassen, bleibt daher nur der 2. Weg übrig: die Unterlagen für die Wägung aus Buchführungsergebnissen zu gewinnen. Wenn bei den Buchführungsergebnissen eine genügend große Anzahl von Betrieben möglichst verschiedener Größenklassen berücksichtigt ist, kann man annehmen, daß das Verhältnis der Ausgaben für die verschiedenen Produktionsmittel, das in diesen Betrieben ermittelt wurde, auch für die gesamte Landwirtschaft typisch ist.

Der Bearbeiter dieser Rundschau hat nun versucht einen solchen gewogenen Index der landwirtschaftlichen Produktionsmittel auf Grund von Buchführungsergebnissen zu berechnen. Es sind dabei Buchführungsergebnisse benutzt, die der Landbund der Provinz Sachsen am 11. April in seiner Zeitung veröffentlicht hat. Nach den Angaben des Reichslandbundes weisen die untersuchten Betriebe Betriebsflächen von 23 bis 3000 Hektar auf, es sind also bis auf Zwerg- und Kleinbetriebe alle Größenklassen vertreten; ebenso sind auch alle Bodenqualitäten von der Börde bis zum Eichsfeld und den armen Sandböden östlich der Elbe in die Untersuchung einbezogen. Die Zahlen über die Preisentwicklung bei den einzelnen Produktionsmitteln sind der Statistik des Statistischen Reichsamts entnommen worden; soweit solche nicht veröffentlicht waren, hat das Statistische Reichsamt die fehlenden Einzelangaben in lebenswürdiger Weise zur Verfügung gestellt. Die Veröffentlichung des Reichslandbundes aus diesen Buchführungsunterlagen umfaßt so gut wie ausschließlich diejenigen Produktionsmittel, die der Landwirtschaft von der Industrie geliefert werden. Sie umfaßt also nicht diejenigen Produktionsmittel, die ein landwirtschaftlicher Betrieb von dem andern bezieht, und sie umfaßt auch nicht die Löhne. Der einzige Posten in der Aufstellung des Reichslandbundes, der von diesem Prinzip abweicht: die inländischen pflanzlichen Kraftfuttermittel, ist der Einheitlichkeit halber ebenfalls noch ausgeschlossen worden. Wir haben also einen reinen Index der industriell erzeugten landwirtschaftlichen Produktionsmittel vor uns.

Die Zahlen des Index lauten:

Produktionsmittel	Ausgaben pro Hektar 1924		Index Mai 1925
	Mark	Prozentualer Anteil an der Gesamtausgabe, umgerechnet auf 1913	
Düngemittel	57,31	50,24	92,9
Stickstoff	43,25	39,88	89,9
Phosphor	7,74	5,08	110,4
Kali	5,25	4,65	92,7
Kalk	1,07	0,63	140,4
Pharmazeutische Präparate	2,72	1,67	133,1
Beizmittel	0,41	0,24	135,0
Schädlingsvertilgung	0,22	0,16	116,0
Tierheilmittel	2,09	1,27	135,0
Inländische Kraftfuttermittel (außer pflanzlichen)	1,21	0,83	124,3
Inländische Fleisch- und Fischabfälle	0,75	0,55	120,0
Nährsalze	0,46	0,28	133,0
Brenn- und Heizstoffe	13,59	8,35	122,9
Steinkohle und Koks	3,71	2,26	122,3
Braunkohle	8,00	5,03	120,3
Torf	0,45	0,42	145,5
Holz	1,43	0,64	130,0
Kraft- und Leuchtstoffe	13,92	9,86	115,3
Elektrizität	7,77	5,44	115,0
Benzin	4,05	3,00	112,6
Feste Fette	0,46	0,33	114,0
Flüssige Fette	1,64	1,09	125,0
Reparaturmaterial	33,68	20,16	142,4
Maschinen- und Geräteersatzteile	14,82	9,00	137,4
Schmiede- und Schlossermaterialien	8,31	5,62	124,4
Stellmacher- und Tischlermaterialien	6,75	3,62	170,2
Sattlermaterial	3,80	1,92	156,0
Baustoffe	13,74	8,89	131,3
Zement	10,87	7,21	125,0
Kalk	0,56	0,33	140,4
Ziegel	1,26	0,76	166,0
Dachdeckermaterial	1,05	0,59	158,6
<b>zusammen</b>	<b>136,17</b>	<b>100,00</b>	<b>111,73</b>

**Totenliste** Am 20. Februar starb im Alter von 91 Jahren *Max von Zimmermann* /Benken-dorf/, Mitbegründer der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft und einer der ältesten Führer der Landwirtschaft Sachsens.

Der Bienenforscher *Ferdinand Gerstung*, der 30 Jahre als Pfarrer in Obmannstedt bei Weimar amtiert hat, ist dort im März gestorben. Er war 32 Jahre hindurch der Leiter der Bienenzeitung Deutsche Bienenzucht in Theorie und Praxis und veranstaltete rund 50 Bienenzuchtlehrgänge zuerst in seinem Wohnort, dann aber auch in verschiedenen Teilen Deutschlands und Österreichs. Am 10. Juni starb der Rittergutsbesitzer *Wilhelm Beseler /Cunrau/*, in seinem 55. Lebensjahr. Er war der Sohn des bekannten Saatgutzüchters *Otto Beseler /Weende/* und der Schwiegersohn *Hermann Rimpaus /Cunrau/*. Seit dem Jahr 1909 gehörte er dem Vorstand der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft an. Er betätigte sich führend in den Ausschüssen für Gründüngung und Lupinenbau.

**Kurze Chronik** Die Berliner Landwirtschaftliche Hochschule stellte für das Studienjahr 1925-1926 unter anderen die folgenden *Preisaufgaben*: 1. »An Hand der Ergebnisse der amtlichen Viehzählungen ist der Einfluß der Kriegs- und Nachkriegszeit auf die landwirtschaftliche Tierhaltung festzustellen.« 2. »Die volkswirtschaftlichen Bedingungen der Landwirtschaft in den Vereinigten Staaten von Nordamerika.« 3. »Die Haltbarkeit der Biere und die Faktoren, von denen diese abhängt, mit besonderer Berücksichtigung der auf physikochemische Ursachen zurückzuführenden schlechten Haltbarkeit.«  $\diamond$  Ein Mitglied des Instituts Pasteur kreuzte wilden Weizen mit gewöhnlichem Weizen und brachte damit eine *neue Weizensorte* hervor, die außerordentlich ergiebig sein soll; sie wird, wenn das französische Landwirtschaftsministerium zustimmt, in ganz Frankreich eingeführt werden.  $\diamond$  Am 16. Juni hielt der *Deutsche Landwirtschaftsrat* in Friedrichshafen am Bodensee seine 55. Vollversammlung ab. Unter den Referaten sind besonders diejenigen von Interesse, die zu den Fragen der deutschen Wirtschafts- und Agrarpolitik Stellung nehmen. Der Bericht über die vorjährige Tagung ist im Archiv des Deutschen Landwirtschaftsrats erschienen und enthält unter anderm das bekannte Referat *Max Serings* und die an dieses Referat sich anknüpfende Diskussion.  $\diamond$  In der 2. Vollversammlung des *Reichsausschusses für Bodenkalkung*, die im Januar im Reichsministerium für Ernährung stattfand, wurde besonders auf die vermehrte Zufuhr von Kalk im Interesse der Steigerung der landwirt-

lichen Erzeugung Wert gelegt. Der Ausschuß empfahl eine Untersuchung über den Kalkzustand und die Kalkbedürftigkeit der deutschen Böden einzuleiten. Er trat auch für eine Frachtverbilligung für Düngerkalk ein.  $\diamond$  Das Ordinariat für Agrikulturchemie an der Landwirtschaftlichen Hochschule in Hohenheim ist dem außerordentlichen Professor *Percy Brill* von der Universität Tübingen übertragen worden.  $\diamond$  Der Direktor der Ackerbau- und Saatzuchtteilung der Schlesischen Landwirtschaftskammer *Walter Dix* in Breslau folgt einem Ruf als ordentlicher Professor für Pflanzenbau an die Universität Kiel.  $\diamond$  Am 1. April konnte der Rektor der Hochschule für Landwirtschaft und Brauerei in Weihenstephan *Paul Kulisch* sein 40jähriges Jubiläum als Staats- und Reichsbeamter feiern. Das Hauptgebiet seiner Tätigkeit bilden die Fragen des Weinbaus, der Weinbereitung und der Weingesetzgebung in Deutschland.  $\diamond$  Am 25. April wurde der bekannte Pflanzenzüchter *Heinrich Schliephacke* 75 Jahre alt. Die Arbeiten Schliephackes liegen besonders auf dem Gebiet der künstlichen Kreuzung.  $\diamond$  Der Rigaer Professor *Woldemar von Knieriem* beging am 12. Mai sein goldenes Dozentenjubiläum. Er habilitierte sich vor 50 Jahren an der Universität Dorpat und wurde von dort als ordentlicher Professor an die Technische Hochschule zu Riga berufen. Ihm verdankt das Versuchsgut Peterhof bei Riga seine Entstehung. Bei der Gründung der lett-ländischen Hochschule in Riga wurde Knieriem übergangen. Der größte Teil seines Ritterguts Skangal bei Wenden wurde enteignet und Knieriem für seine Forschungen nur ein kümmerliches Restgut belassen. Das Versuchsgut Peterhof bei Riga wurde in Parzellen verpachtet. Trotz all diesen Behinderungen entfaltet Knieriem noch heute, am Herderinstitut in Riga, in alter Frische seine erfolgreiche Tätigkeit.

**Literatur** Eine große Anzahl von Neuerscheinungen beschäftigt sich mit der augenblicklich brennenden Frage der *Agrarzölle*. Unter den Verteidigern der Agrarzölle ist *Kurt Ritter* an erster Stelle zu erwähnen. Außer der im Jahr 1924 veröffentlichten Broschüre *Zum Problem der Agrarzölle in Deutschland /Tübingen, J. C. B. Mohr/* hat er in letzter Zeit folgende Arbeiten herausgegeben: *Die Grundlagen des transozeanischen Exports von Fleisch und Molkereierzeugnissen in Gegenwart und Zukunft, Der*

Getreideverkehr der Welt vor und nach dem Kriege, Soll die deutsche Landwirtschaft sich auf den Export umstellen?, Die Notwendigkeit von Agrarzöllen in neuer Beweisführung, sämtlich bei Paul Parey in Berlin; ferner Die deutschen Agrarzölle in der vom Verein für Sozialpolitik veranstalteten und von Franz Eulenburg herausgegebenen Enquete Neue Grundlagen der Handelspolitik /München, Duncker & Humblot/. Zur Verteidigung der Forderung nach Agrarzöllen sind ferner 2 Denkschriften des Deutschen Landwirtschaftsrats erschienen: Der Schutz der landwirtschaftlichen Erzeugung als Vorbedingung des Wiederaufbaus der deutschen Wirtschaft und Bilder zur Lage der Landwirtschaft /Berlin, Selbstverlag/. Diesen Publikationen steht eine Reihe von Schriften anderer landwirtschaftlicher Praktiker und Wissenschaftler gegenüber. So Friedrich Aereboe Zur Frage der Agrarzölle /Berlin, Paul Parey/, Fritz Beckmann Agrarkrise und Agrarzölle /Berlin, Paul Parey/ und Constantin von Dietze Die deutsche Landwirtschaft und die neue Handelspolitik, in der oben genannten Enquete des Vereins für Sozialpolitik. Die Verfasser wenden sich trotz verschiedenen Abweichungen im einzelnen gegen die beabsichtigte Wiedereinführung von Getreidezöllen und empfehlen ein System der Produktionssteigerung, dessen Hauptmittel Zollfreiheit für Getreide und Futtermittel und Zollschutz für die Qualitätserzeugnisse der Viehhaltung ist. Die Darlegungen des Standpunkts, den Max Sering in der Zollfrage einnimmt, finden sich ausführlich in seinem Referat auf der Stuttgarter Tagung des Vereins für Sozialpolitik Grundlagen der neuen deutschen Handelspolitik /München, Duncker & Humblot/, ferner in seinem Referat auf der 44. Vollversammlung des Deutschen Landwirtschaftsrats, abgedruckt auch unter dem Titel Die internationale Agrarkrise, in der Neuen Folge der Berichte über Landwirtschaft /Berlin, Paul Parey/ und besonders in der Schrift Agrarkrisen und Agrarzölle /Berlin, Walter de Gruyter/. Eine zusammenfassende Übersicht über die Stellungnahme der deutschen Wissenschaftler und Praktiker geben in besonders anschaulicher Form die Sachverständigenvernehmungen vor dem Reichswirtschaftsrat. Das stenographische Protokoll dieser Vernehmungen ist im Verlag Mittler & Sohn in Berlin erschienen. Ein Sachwortregister, das durch das Gewirr der dort angeschnittenen Fragen hindurchführen soll, wird vorbereitet.

### Kolonisation / Herman Kranold

**Französisch** Im Februar dieses Jahres  
**Afrika: Baum-** brachte die Journée Industrielle einen Artikel, der  
**wollbau** einen Überblick über den Baumwollbau in den französischen Kolonien gab. Man konnte aus ihm entnehmen, daß es in Senegal etwa 500 000 bis 600 000 Hektar für Baumwollbau geeignetes Land gibt, wovon aber nur ein kleiner Teil bestellt ist. Der größte Teil des Produkts wird an Ort und Stelle verbraucht. Nur in den Distrikten von Matam und Bakel am Senegalstrom wird Baumwolle für den Export gebaut. Entkörnungsanlagen existieren in der Kolonie nicht; die Entkörnung wird durch Frauen mit der Hand, bei einer Leistung von 600 Gramm Faser pro Stunde, besorgt. Die angepflanzte Baumwolle ist meist einheimischen Spielarten zuzurechnen, doch hat die Pariser Association cotonnière coloniale neuerdings auch amerikanische Baumwollsaat einzuführen begonnen. Der Hafen Dakar weist zwar im Jahr 1923 eine Ausfuhr von 305 Tonnen auf; diese Baumwolle kommt aber in der Hauptsache aus dem französischen Sudan, für den Dakar als Ausfuhhafen dient. Im französischen Sudan spielt die Baumwollkultur wirtschaftlich eine viel größere Rolle. Die Gesamtausfuhr betrug im Jahr 1923 554 Tonnen, und ebensoviel wurde an Ort und Stelle verbraucht. Die Anbaufläche umfaßte bis 1923 bereits 40 000 Hektar; das ist gegen das Vorjahr eine Verdoppelung. Allein in dem französischen Teil des Nigerstromtals wird die für Baumwollbau geeignete Fläche auf 1½ Millionen Hektar geschätzt. Außer einigen amerikanischen Arten sind auch die beiden wichtigsten Sorten ägyptischer Baumwolle: Sakellaridis und Mataffi, mit Erfolg angebaut worden. Im *Obern Voltagebiet*, das zwischen der englischen Goldküste und dem französischen Sudan liegt, beträgt die Anbaufläche gegenwärtig bereits 36 000 Hektar, und sie liefert ungefähr 400 Tonnen entkörnte Baumwolle. In diesem Gebiet werden jetzt mehrere Entkörnungsanlagen, Eisenbahnen und Motorverbindungen errichtet, so daß mit einer Zunahme der Absatzmöglichkeiten und damit des Anbaues gerechnet werden darf. Sehr geringe Bedeutung hat die Baumwollkultur bisher in der französischen *Elfenbeinküstenkolonie*, die im Westen von Liberia, im Osten von der englischen Goldküste, im Nordosten vom *Obern Voltagebiet*, im Norden vom französischen Sudan begrenzt wird und zwischen

10° und 4° nördlicher Breite und 3° und 8° westlicher Länge liegt. An sich war die Ernte im Jahr 1924 recht groß; sie betrug 1300 Tonnen. In Anbetracht der Größe des Gebiets und der hervorragenden Eignung von Boden und Klima für die Baumwollkultur ist das aber doch noch recht wenig. Eine Ausfuhr fand überhaupt nicht statt, die ganze geerntete Menge wurde vielmehr an Ort und Stelle verbraucht. Sehr bedeutend ist dagegen die Produktion in *Französisch Guinea*, das an der Sierra Leone-Küste liegt, eingeklemmt zwischen das britische Sierra Leone-Gebiet und das portugiesische Gebiet von Bissao, und im letzten Jahr von einer Fläche von nur 1200 Hektar 3000 Tonnen Baumwolle brachte. Hier wird die Baumwollkultur von der Regierung stark begünstigt. Sie gibt Ansiedlern, wenn sie den Besitz eines Kapitals von 5000 Francs (1000 Mark) nachweisen, 200 Hektar Land umsonst. *Togo*, das als Mandatsgebiet jetzt zum größten Teil zu den französischen Kolonien gehört, erfreut sich infolge der Tätigkeit der frühern deutschen Kolonialverwaltung schon länger einer ansehnlichen Baumwollkultur. Sie brachte es im Jahr 1923 auf eine Produktion von 920 Tonnen, von der etwa vier Fünftel exportiert wurden; es handelt sich hauptsächlich um die beste nordamerikanische Sorte: Sea Island. *Dahome*, im Westen von Togo, im Norden vom Sudan, im Osten von Britisch Nigieren begrenzt, ist in der Baumwollkultur noch stark zurück, weil seine Transportmittel schlecht entwickelt sind. Die Ausfuhr betrug im Jahr 1923 nur 313 Tonnen, die Produktion (einschließlich des im Land selbst verbrauchten Teils) fast das Doppelte. *Französisch Äquatorialafrika* und *Kamerun* liefern keine Ausfuhrüberschüsse von ihrem Baumwollbau und werden es auch in absehbarer Zeit nicht tun, da sie verhältnismäßig dünn bevölkert sind, und die geringen, dort geernteten Mengen ganz für den örtlichen Verbrauch aufgehen. In Kamerun ist die einheimische Baumwolle in der Qualität etwa gleich den mittleren Qualitäten ägyptischer Baumwolle. Die Versuche zur Einführung amerikanischer Baumwolle haben keinen rechten Erfolg gehabt. In *Algerien* hat man 1922 mit dem Anbau von Baumwolle begonnen; 1924 wurden bereits 1900 Hektar bestellt. Die ganze, für Baumwollbau geeignete Fläche wird auf ungefähr 5000 Hektar berechnet. In *Marokko* und *Tunis* ist der Baumwollbau gleich Null. Auf *Madagaskar* geht der Baumwollbau zurück, weil die Trans-

portmittel sehr schlecht entwickelt sind. Von den 300 000 Hektar, die vielleicht zum Baumwollanbau geeignet sind, stehen höchstens noch 10 000 Hektar unter Kultur; eine Ausfuhr findet nicht statt. Im ganzen beläuft sich der Ertrag des Baumwollbaus in jenem reichlichen Drittel Afrikas, das Frankreich gehört, für das Jahr 1923 auf etwa 10 000 Tonnen. Nennenswerte Fortschritte im Anbau werden nur zu erzielen sein, wenn in größerem Umfang Entkörnungsanlagen geschaffen und durch bedeutende Verbesserung der Verkehrsverhältnisse ein höherer Kostenaufwand zur Intensivierung des Anbaus ermöglicht wird. Auch wird man sehr auf bessere Standardisierung der Sorten dringen müssen. Zurzeit sind die angebauten Qualitäten so zahlreich und so verschiedenartig, daß sich in Europa kein einheitlicher Markt für die französisch-afrikanische Baumwolle bildet.

**Sierra Leone:** Sierra Leone ist ein englisches Schutzgebiet an der nördlichen Westküste Afrikas zwischen 10° und 7° nördlicher Breite und 11° und 14° westlicher Länge. Im Norden grenzt es an Französisch Guinea, im Nordosten an die Provinz Futa Jalton des französischen Sudans, im Osten und Südosten an die selbständige Negerrepublik Liberia, im übrigen ist es durch die Küste des Atlantischen Ozeans begrenzt. Das Gebiet zerfällt in 2 Teile. Den kleinere Teil bildet die britische Kronkolonie Sierra Leone. Sie bildet eine Halbinsel von ungefähr 100 Quadratkilometer Fläche, auf der die Stadt Freetown mit zwischen 60 000 bis 80 000 Einwohnern liegt. Das übrige Land ist Protektorat. Es umfaßt ungefähr 70 000 Quadratkilometer mit etwa 1½ Millionen Einwohnern. Das äquatoriale Klima macht das Land für Baumwollanbau außerordentlich geeignet. Der Baumwollbau wird von England aus auf jede Weise gefördert. Neuerdings wurde auf Kosten der British Cotton Grower's Association eine Entkörnungsanlage für Baumwolle in Freetown geschaffen und zu Weihnachten vorigen Jahres in Betrieb genommen. Der Baumwollbau erfolgt entweder auf Negern gehörigen bäuerlichen Anwesen oder auf Negerpachtungen nach dem System der Halbpacht (*Mezzadria*). Der Baumwollanbau begann im Jahr 1903. Damals wurden zum erstenmal 50 Ballen Baumwolle exportiert. Seitdem ist der Baumwollbau nur langsam fortgeschritten; die Errichtung der Entkörnungsanlage ermöglichte aber innerhalb 2 Monate bereits

die Ausfuhr von 500 Ballen. Die Aussichten für eine zukünftige stärkere Entwicklung des Anbaus sind günstig, da der Seeweg nach Europa relativ kurz ist (zirka 4400 Kilometer bis Liverpool), der Boden sich für Baumwollbau ausgezeichnet eignet, die Hauptregenmenge in die Monate Juni, Juli und August, das heißt die Hauptvegetationsperiode der Baumwollstaude, fällt und bei der für tropisch-afrikanische Verhältnisse ziemlich dichten Bevölkerung Mangel an Arbeitskräften nicht zu befürchten ist. Die Gesteungskosten für ein englisches Pfund Baumwolle (einschließlich Fracht nach Liverpool) betragen etwa 40 Pfennig, während der Preis amerikanischer Baumwolle der selben Qualität auf über 1 Mark für das Pfund steht. Man hofft, daß innerhalb der nächsten Jahre der Anbau eine Ausfuhr von mehreren tausend Ballen pro Jahr ergeben wird. Enthusiasten rechnen sogar mit einer Baumwollproduktion von 200 000 Tonnen pro Jahr.

#### Brasilien: Zementproduktion

Die brasilianische Regierung erließ ein Gesetz, das den Zweck hat die brasilianische Zementproduktion künstlich heraufzuzüchten. Sie verspricht den Zementfabriken für 20 Jahre Befreiung von den Einfuhrzöllen und statistischen Gebühren für Maschinen, Apparate und Artikel zur Installation der Betriebseinrichtung, für Maschinen zur Krafterzeugung, für Materialien zum Bau von Anschlußgleisen und anderen Transportmitteln und für die Einrichtung von Laboratorien, ferner Befreiung von Bundessteuern auf 20 Jahre, endlich ermäßigte Frachtsätze für den Transport von Maschinen, Brennstoff und fertigen Produkten auf den Eisenbahnen der Bundesregierung auf 10 Jahre. Sie stellt in Aussicht, daß sie Konzessionen für die Benutzung von Wasserkraften zur Stromerzeugung erteilen, kurze Eisenbahnstrecken auf Bundeskosten erbauen und sich außerdem bemühen will für die Fabriken Befreiung von den Steuern der brasilianischen Einzelstaaten und Gemeinden durchzusetzen. Die Fabriken, die diese Vorteile genießen wollen, müssen folgende Verpflichtungen erfüllen: Sie müssen eine jährliche Abgabe von 12 Contos de Reis (zirka 28 000 Mark) bezahlen, sie dürfen nur brasilianische Roh- und Heizstoffe verwenden, kein Betrieb darf unter 30 000 Tonnen Zement jährlich erzeugen, 50 % der beschäftigten Arbeitskräfte müssen brasilianische Staatsangehörigkeit besitzen, und sie müssen der Regierung

30 % ihrer Produktion zu einem Preis anbieten, der niedriger ist als der Preis für eingeführten Zement im Hafen von Rio de Janeiro einschließlich des Zolls. Der brasilianische Zementverbrauch ist immerhin erheblich. Er betrug im Jahr 1922 zirka 320 000 Tonnen, im Jahr 1923 zirka 220 000 Tonnen und im Jahr 1924 zirka 400 000 Tonnen. Von dem eingeführten Zement kamen im letzten Jahr etwa 100 000 Tonnen aus Dänemark, 50 000 Tonnen aus Deutschland usw. Die bisherigen Anläufe eine eigene Zementfabrikation in Brasilien aufzubauen hatten keinen Erfolg. Im Land findet sich zwar sehr geeigneter Kalkstein, aber es fehlt an Kapital und technischer Erfahrung, und, da die Produktion nicht fortlaufend im Laboratorium kontrolliert wurde, wechselte die Qualität der Produkte in der selben Fabrik oft von Woche zu Woche in erheblichem Maß. Diesen Übelständen hofft man nunmehr auf die angegebene Art abzuwehren. 2 Gesellschaften sind bereits gegründet worden. Eine von ihnen durch dänische und brasilianische Kapitalisten, während die Mehrheit des Kapitals in britischer Hand ist. Die andere (mit einem Kapital von 3 Millionen Dollars) ist in der Hand brasilianischer und canadischer Kapitalisten, von denen diese die Mehrheit des Kapitals in Besitz haben.

#### Porto Rico: Rassenfrage

Porto Rico, die östlichste der 4 großen Antilleninseln, ging im Anschluß an den Spanisch-Amerikanischen Krieg aus spanischem in nordamerikanischen Besitz über, das heißt, sie wurde zu einer Kolonie der Vereinigten Staaten. Ursprünglich, vor der Entdeckung des Landes durch die Europäer, bestand die Einwohnerschaft der Insel aus caraischen Indianerstämmen; ihre Kopffzahl mag sich im Jahr 1509 (bei Beginn der spanischen Herrschaft) auf etwa 50 000 belaufen haben. Diese früheren Einwohner wurden innerhalb der ersten 30 Jahre nach der europäischen Invasion durch Krieg, Sklaverei, Syphilis, Pocken und Auswanderung bis auf einen sehr kleinen Teil vernichtet; im 1. Viertel des 18. Jahrhunderts verschwand das letzte indianische Dorf. Die Bevölkerung wurde durch Einfuhr von Negerklaven und Einwanderung von Europäern aufgefüllt. Die nichtweißfarbigen Bevölkerungselemente verschmolzen dann im Lauf der Jahrhunderte zu einer neuen, eigentümlichen Negermischrasse; es trat auch in nicht unerheblichem Maß und in allen Abstufungen eine Vermischung der alten

Bevölkerung mit Weißen ein. Die Vollendung des ganzen Prozesses fand seit der formellen Abschaffung der Sklaverei statt. Über die Verhältnisse, die sich seit dieser Zeit entwickelt haben, berichtet ein interessanter Aufsatz eines in den Vereinigten Staaten lebenden Portoricaners, Luis Muñoz Marín: Porto Rico, the American Colony, in der New Yorker Nation vom 8. April 1924 ausführlich. Die Sklaverei wurde 1872 auf friedlichem Weg nach vielen Jahren ernsthafter Propaganda von den Sklavenhaltern selbst abgeschafft. Die Insel zeigt die stärkste Annäherung an gesellschaftliche Gleichstellung der weiß- und der schwarzarbigen Rasse, die in den Vereinigten Staaten überhaupt zustande kam. Im Proletariat und in der Mittelklasse sind Mischehen durchaus an der Tagesordnung, und auch in den obersten Schichten begegnet man höchstens gesellschaftlichem Klatsch über die Abstammung eines Menschen von Neger. Freilich hat das Klima der Insel eine Scheidung der Besiedelung bewirkt: Das gebirgige Innere wird vorzugsweise von Weißen bewohnt. Aber irgendwelche gesetzlichen Bestimmungen liegen dieser Scheidung nicht zugrunde. Die in den Vereinigten Staaten üblichen Straßenbahnwagen mit Sonderabteilen für Weiße und Andersfarbige würden, wie Marín sagt, »so verrückt erscheinen wie ein Mann mit 2 Daumen an der einen Hand und 8 Fingern an der andern«. Ein erheblicher Teil der Lehrerschaft besteht aus Negern oder Mischlingen, und sie unterrichten Neger, Mischlinge und Weiße ohne Unterschied. Ebenso verteilen sich Rechtsanwälte, Ärzte, Journalisten, Dichter, Politiker und Philosophen ohne Unterschied auf alle 3 Gruppen. In der Stadt Ponce hatte lange Zeit hindurch eine Zeitung einen Neger als Chefredakteur und im übrigen weißfarbige Redakteure. Einer der bekanntesten Komponisten war ein Mischling. Die Männer aller Rassen verkehren im täglichen Leben als vollkommen Gleichberechtigte unter einander. Nur die Frauen der Oberklasse wehren sich gegen solche Gleichberechtigung, und das wirkt stark darauf hin, daß in dieser Gesellschaftsschicht Weiße nur Weiße heiraten, Neger sich dagegen bemühen "helleres" Blut in ihre Familie zu bringen. Die amerikanischen Verwaltungsbehörden haben jedoch, zum Beispiel in der Nationalgarde, besondere Truppenteile für die einzelnen Hautfarbengruppen eingeführt. Das Angelsächentum verträgt die Gleichachtung der Rassen nicht.

**Kurze Chronik** Zur Ausbeutung der großen *Teersandlager* in der canadischen Provinz Alberta wurde in England ein neues Verfahren ausgearbeitet. Es besteht darin durch Einführung von überhitztem Dampf in die Lager des Teersands das Teeröl zu verflüssigen und dann an die Oberfläche zu pumpen. Damit würde ein Mineral technisch nutzbar gemacht, dessen bisher bekannte Vorkommen sich bereits auf eine Fläche von etwa 30 000 Quadratkilometer belaufen. ◊ Ein natürliches *Sodalager*, dessen Größe auf 107 Millionen Tonnen berechnet wird, liegt in der Nähe des Magadisees in Britisch Ostafrika, etwa halbwegs zwischen dem Kilimandscharo und dem Victoriasee. Das Salz enthält ungefähr 4 % Verunreinigungen und 15 % Wasser; 81 % stellen ein Gemisch aus verschiedenen Natriumsalzen der Kohlensäure dar. Von der Ugandabahn aus ist 1911 durch die Magadi Soda Company eine 150 Kilometer lange Seitenbahn in dieses Gebiet geführt worden. Das Produkt war aber bisher nicht abzusetzen. Nunmehr hat die größte Sodaproduktionsgesellschaft der Welt, die englische Firma Brunner, Mond & Co., den Betrieb übernommen. ◊ Zur Ausbeutung der *Ölquellen im Irak* hat sich eine Vereinigung aller namhaften Petroleumunternehmen gebildet. Dem Konzern gehören die Anglo-Persian Oil Company, die Royal Dutch Shell Company, die nordamerikanische Standard Oil Company und 6 andere amerikanische Gruppen, darunter auch die Sinclairgruppe, schließlich 65 französische Gesellschaften an. Im ganzen verfügen diese Gesellschaften über ein Kapital von über 1 Milliarde Pfund Sterling. Auf die französische, amerikanische, holländische und englische Gruppe entfällt je ein Viertel des beteiligten Kapitals. Die Gesellschaft ist verpflichtet in jedem Jahr 1500 Fuß Schachtstrecke zu bohren, bis eine jährliche Erdölproduktion von 100 000 Tonnen erreicht ist. Außerdem soll zum Abtransport des Öls eine Röhrenleitung zu ingendeinem Hafen des Mittelländischen Meeres gebaut werden, die wahrscheinlich etwa 800 Kilometer lang werden wird. ◊ Die Anzahl der Juden, die in *Palästina* einwanderten, betrug vom Oktober 1923 bis zum September 1924 im ganzen 14 228. Davon waren 6793 Männer, 3813 Frauen und 3622 Kinder. ◊ 1923-1924 wanderten 124 450 Personen in *Canada* ein, davon aus Großbritannien 57 612, aus den Vereinigten Staaten 16 328, aus anderen Ländern 50 510.